

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Bfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserations-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Bfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Bfg. (unfällig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bfg. Stellengesuche und Stellenanzeigen gehen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Das strebsame Zentrum.

Im Merkantilismus mischen sich religiöse und wirtschaftliche Interessen. Die Kirche fand sich zusammen mit den bäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen, zu denen später noch die Arbeiter traten. Beide einte der Gegensatz zum liberalen Großbürgertum, wobei die Kirche sich mehr gegen die Weltanschauung, der Anhang sich mehr gegen die Wirtschaftsordnung des Liberalismus wandte. Die Kirche sah im Liberalismus die Verkörperung des Unglaubens, die Bauern, Krämer und Kräuter sahen in ihm den wirtschaftlichen Gegner, der den kleinen Mann mit-leidlos niederkonkurrierte, den Arbeiter ebenso mit-leidlos ausbeutete und dabei nicht einmal den Glauben des frommen Volkes schonte. Die Kirche übernahm die Führung und die gläubigen Massen folgten willig in diesem Kampfe gegen das „liberale Kapital“. So nannte man den gemeinsamen Feind, und wollte man ihn recht kräftig kennzeichnen, sprach man auch wohl vom „jüdisch-liberalen Kapital“, wobei man auf die antisemitischen Instinkte der Menge spezialisierte. Demgegenüber wurde die Fiktion des „christlichen Kapitals“ um so stärker betont, dessen Inhaber zwar die Kleinen nicht weniger bedrängten und die Arbeiter nicht weniger ausbeuteten, die aber durch fleißiges Kirchengeschehen und gelegentliches Almosengeben sich und ihrem Tun eine sühnende Weihe zu geben vermochten. Man lese die Schriften Kettelers aus den sechziger, die Schriften Hises aus den siebziger und achtziger Jahren, die katholische soziale Literatur und die Verhandlungen der Katholikentage aus derselben Zeit — überall die Sorge um den Mittelstand: die Bauern, die Krämer und die Kleinhandwerker, und später dann auch um die Arbeiter. Wegen das Kapital, mit Ausnahme natürlich des „christlichen“, richtete sich liberal in Merkantilen Kreisen der Widerstand. Und was mit ihm zusammenhing: Einheitsstaat, Gewerbefreiheit, Großindustrie, Großstadt — fand unter den Merkantilen Sozialpolitikern die stärksten Widerfächer. Die Arbeiter zog man heran, weil auch sie zu den vom Kapital Bedrückten gehörten. In der Hauptsache erstreckte sich jedoch lange Zeit die Merkantile Arbeiterfürsorge vorwiegend auf die Handwerkerfamilien. Vor den beschlossenen Proletariats, den großstädtischen Fabrikarbeitern hatten die Ketteler und Hise eine Heidenangst, man sah sie als Verlorene und Verzweifelte, als Unholde und „Umstürzler“ an und lernte sie erst „schägen“, als das Wahlrecht ihnen politische Macht gab, als die Sozialdemokratie sich der Städte bemächtigte und von hier aus weiter und weiter vor-drang.

Zum Beweise, wie ehemals der Merkantilismus sich dem modernen Wirtschaftsleben gegenüberstellte, seien einige Sätze aus der Rede wiedergegeben, die ein Geistlicher aus Köln auf dem Katholikentag in Freiburg (1859) hielt: „Ich war heute — so sagte der hochwürdige Herr — auf dem Schloßberg. Da sah ich, wie der hiesige Münster so heiter und so frei, nicht beengt durch rauchende Schornsteine, in der blauen Luft zum Himmel emporgragt und jedem sagt: Irre nicht ab vom katholischen Glauben! Ich sah neben ihm nicht, wie um den Kölner Dom herum, die Dampfamine des Industrialismus. Das gab mir ein Bild von der Schwierigkeit unserer Lage. Gerade jenen, denen Kohlentee und Maschinendampf angenehmer ist als der Geruch des Weihrauchs, danken wir es, daß in der Gegenwart wir noch so viele Kämpfe zu bestehen haben. Aber unsere Münster werden ihre schwindelartigen Nachbarn überleben.“

So oder ähnlich konnte man es bis in die achtziger Jahre hinein in der Merkantilen Presse lesen und in Zentrumsver-sammlungen hören. Unterdes hat sich manches geändert. Wie das Bürgertum im allgemeinen, so ist auch das katholische Bürgertum reich geworden. Mancher kleine Mann in Zentrums-gegenden hat sich zum großen Mann entwickelt. In der so-genannten Kölner Richtung kommen die Bestrebungen dieser Kreise zum Ausdruck. Sie wollen aus dem Turm der konfessionellen Absperrung heraus; sie wollen Anschluß an das kapitalistische Getriebe und Zugang zu der staatlichen Futter-trippe. Sie sehen, daß die Münstertürme unter der Waffe der Schornsteine verschwinden, und ist der Qualm der modernen Industriestätten auch nicht so wohlriechend wie Weihrauch, so verheißt er doch Profit, und den weiß der christkatholische Mann heute so gut zu schätzen wie andere strebsame Zeitgenossen.

Daher ist man denn in diesen Kreisen zu der Erkenntnis gekommen, daß der katholische Volksteil wissenschaftlich wie wirtschaftlich in der „Inferiorität“ ist, und daß er sich am eigenen wie am Wohl des Vaterlandes versündigt, wenn er sich nicht bemüht, dieses Ranko an geistigem und mate-riellem Gut einzuholen. Ueber diese Frage sind Schriften erschienen, sind Zeitartikel verfaßt und Reden gehalten worden, und auch eine der öffentlichen Versammlungen des hiesigen Katholikentages hat sich mit der Frage beschäftigt. Ueber den Anteil der Katholiken am geistigen Leben hat ein Gymnasial-professor aus Münster, und über die Stellung der Katholiken im Wirtschaftsleben hat ein Zentrumsabgeordneter, Rechts-anwalt Mayer (Kaufmann) geredet. In diesen beiden Reden sieht die „Kölnische Volkszeitung“ den Beweis, daß der hiesige Katholikentag „bei praktischer Arbeit zum

Besten des deutschen Katholizismus und zum Wohle des Vaterlandes“ geleistet hat.

Zu der Wirtschaftsrede des Zentrumsabgeordneten Mayer bemerkt das Blatt: „Der deutsche Katholizismus hat ein Interesse daran und die deutschen Katholiken haben ein Anrecht darauf, daß sie im wirt-schaftlichen Leben alle möglichen Positionen ausfüllen, daß sie nicht dauernd bloße Hilfsmittel sind, sondern in selbständigen Existenzen an der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens mitwirken. Ein deutsches Irland wäre ein Unglück für unser Volksganzes und unser Reich.“ Mit anderen Worten: die besseren Katholiken wollen mit pro-fittieren an den Milliarden, um die Deutschland, d. h. sein kapitalistisch interessierter Teil, jährlich reicher wird; sie wollen wahrnehmen, was Windthorst einst der strebsamen Jugend in dem katholischen Kaufmannsverbande als Aufgabe vor Augen führte: mehr katholische Kommerzienräte! — wobei es natür-lich nicht nur auf den Titel, sondern vor allem auf das mit dem Titel verbundene Geld und Ansehen abgesehen ist.

Wir gönnen dem Zentrum seine Kommerzienräte, seine Kapitalisten, Handels- und Industrieherrn. Aber es will uns scheinen, daß die Merkantilen Sozialpolitiker der alten Schule in ihrer Art doch richtiger dachten, wenn sie in dem Kapitalismus, in der Großindustrie, in der modernen Wirt-schafts- und Staatsentwicklung ein böses Gespenst erblickten, das hinter sich eine ungehörige Rasse voll Umsturz- und Unglaubensgedanken herzog, eine Rasse, die immer weiteren Zuwachs erhält und der Menge derer, die man mit so großer Mühe erzogen hat zum Gehorchen, zum Darben und zum Beten. Es ist den Merkantilen des vorigen Jahrhunderts nicht gelungen, das Gespenst zu bannen, die Verschwörung durch fromme Sprüche und Lobreden auf die gute alte Zeit erwie-sen sich als zu schwach. Aber immerhin, es lag wenigstens Plan und Ueberlegung in dem Tun dieser Merkantilen. Dagegen ist das Vorgehen der Merkantilen des zwanzigsten Jahrhunderts sinnlos von Anfang bis zu Ende. Sie wollen, entchiedener noch als ihre Vorgänger, dem „Umsturz“ und dem „Unglauben“ zu Leibe und bemühen sich doch mit Eifer und Erfolg, den Boden zu düngen, dem dasjenige, was sie „Umsturz“ und „Unglauben“ nennen, nämlich die Sozial-demokratie, entspricht.

Jeder katholische Kommerzienrat und Industrieherr ver-nichtet Hunderte von kleinen Existenzen und züchtet Tausende und Zehntausende von Sozialdemokraten. Herr August Thyssen, den die Zentrumspresse jüngst als ein leuchtendes Beispiel dafür gefeiert hat, daß auch ein gläubiger Katholik seine Stellung im modernen Wirtschaftsleben auszufüllen ver-möge, beschäftigt 40 000 Arbeiter; jeht man erst ein Teil davon sozialdemokratisch gesinnt sein, der Anteil wird wachsen, und je größer der Thyssensche Betrieb, desto größer die Anzahl der darin beschäftigten Arbeiter. Die Zeit wird kommen, wo vielleicht auch der letzte Mann im Bereiche der Thyssenschen Schöte der Sozialdemo-kratie angehört — mag Herr Thyssen oder sein Nachfolger noch soviel Kirchen bauen, mag das Zentrum noch soviel Pläne schmieden zur Bedrückung und Verdummung der Arbeiter. Wägen die Jesuiten auf den Katholikentagen noch lauter und noch fanatischer wider den „Umsturz“ wettern als Pater Cohanq, je mehr katholische Kommerzien-räte und Großindustrielle, desto mehr sozial-demokratische Arbeiter! Den strebsamen bürgerlichen Profitmachern im Zentrum sehen wir in aller Gemüts-ruhe zu: sie arbeiten nur für uns!

## Zur Teuerung.

### Die Verteidigung der Regierung.

In einem auffällig langen und eingehenden Artikel — der offenbar aus der Feder eines dem Lehrkörper der Universität an-gehörenden Nationalökonomens stammt — beschäftigt sich die „Nordd. Allgem. Zeitung“ mit der Tatsache und „den“ Ursachen der Teuerung. Natürlich sucht das Blatt an der Tatsache noch etwas herumzu-mäkeln, aber schließlich spricht es in erfreulicher Klarheit den (ge-sperrt gedruckten) Satz aus: „Eine Viehteuering ist un-bestreitbar“. Als Beweise werden dazu die bekannten Ziffern der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ über die Steigerung der Fleisch- und Viehpreise in Preußen und Berlin gegeben.

Auch mit den Angaben über die Ursachen der Teuerung könnten wir dann einverstanden sein, wenn es sich nur um die Frage handelte: Wie erklärt sich das Aufsteigen der Preise inner-halb des bestehenden Zollsystems? Aber eine Untersuchung über den Anteil des agrarischen Zollschutzes an den Lebensmittelpreisen gegenüber Freihandelsländern wird nicht nur nicht angestellt, sondern dies — allerdings längst gelöste — Problem nicht einmal aufgeworfen! All die schönen Bekenntnisse, daß die Unkosten des einzelnen Viehhalters und Fleischers seit — 1816 erheblich gestiegen sind, braucht das Kanzlerblatt sich nicht wiederholen zu lassen. Das Volk verlangt keine nationalökonomische Untersuchung über eine Teuerung, sondern das Eingeständnis, daß unsere Wirtschaftspolitik die Hauptschuld an der Hungersnot des Volkes trage und daß die Regierung zur Be-seitigung dieser Not die Hand biete. Die Erhöhung der Löhnmieten in den größeren Städten, die Steigerung der Besoldungen, die neu hinzugekommenen Kosten der Veterinärpolizei — alles Ursachen, die für England und jedes beliebige kapitalistisch wirt-schaftende Volk ebenso zutreffen wie für Deutschland. Es verlangt

auch kein Mensch, daß uns die Regierung die Fleischpreise der Jahre 1816 zurückschaffe. Das kann keine Regierung. Aber das darben-de Volk Deutschlands verlangt dringend, daß es seine Lebensmittel nicht teurer bezahlen muß als England, Holland oder sonst irgendein Reich ohne Nahrungsmittelzölle. Und das vermag die Regierung, wenn sie sich auf den unbedingten Willen der breiten Massen stützt.

Der Mangel an Futtermitteln im vergangenen Jahre hat jetzt das ständige Leiden des Volkes bis zur Unent-räglichkeit vermehrt. Nicht ist die Mähernte „die“ Ursache der ungeheueren Teuerung, sondern die Dürre des vergangenen Sommers hat nur alle Schäden unserer Zollpolitik in ein so grelles Licht gesetzt, daß selbst die Regierung die Tatsache zugeben muß und den reaktionären Parteien das veruchte Wort vom Fleischnotrummel auf den Lippen erstickt.

An Einseitigkeiten der Darstellung leidet natürlich auch dieser Artikel der „Norddeutschen“, obgleich er sonst ängstlich jede Schärfe und Anklagen gegen die noch im Frühjahr von den Ministern allein beschuldigten Groß- und Kleinschlächter vermeidet. Alle an dem Bucher Beteiligten will die Regierung in ihren schlagenden Arm nehmen, wohl möglichst auch die gegen-seitigen Anklagen der Fleischer und Viehhändler zum Stillstehen bringen, damit endlich Ruhe eintrete. Der Regierung bangt vor den Stürmen, die sie entfesselt. Aus der Zurückhaltung ihres Artikels schaut die Furcht vor dem Zorn des Volkes, nicht die Sicherheit ihrer Position.

Wenn ihr Sachverständiger auch versichert, die Kaufkraft der Bevölkerung, der Konsum an Fleisch im be-sonderen sei gestiegen und das alles sei das Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik — so übersteht er dabei, wie schlecht diese Politik fundiert sein muß, wenn durch einen immerhin unbedeutenden Ausfall an Futtermitteln, dem eine er-hebliche Mehrernte an Körnerfrüchten gegenüberstand, so sehr die Kaufkraft gelähmt und der Konsum verringert werden kann. Im vergangenen Jahre war es die Mähernte an Futtermitteln, im nächsten kann es die an Brotgetreide sein. Die vielgepriesene Wirtschaftspolitik hindert nicht, daß die breiten Massen sofort auf Hungertost gestellt werden. Das nützt daher die Aussicht, daß vielleicht im Herbst oder Winter die Preise um ein geringes sinken könnten. Heute hungert das Volk, morgen darbt es noch immer, und um ein kurzes kann es wieder in tiefste Not gestürzt werden.

Die Hungernden fordern Sättigung für heute, sie verlangen auch heute Abhilfe für immer, keinen bloßen Wechsel auf die Zu-kunft. Das deutsche arbeitende Volk wird nicht aufhören mit seinem Ruf: die Grenzen auf, bis die Regierung und die herrschenden Parteien vor seinem Ansturm aurrückweichen. Die Not leiht stärkere Kräfte als der Genuß.

Arbeiter! Gebt am 3. September Eurer Forderung Ausdruck!

## Freibankfleisch und Pferdedärme fürs Volk.

Als einzige „Abhilfe“ gegen die Teuerung hat die Regierung bisher die Erlaubnis erteilt, daß gepökeltes Fleisch einsinniger (also kranker) Rinder ohne die Bezeichnung „bedingt tauglich“ in den freien Verkehr übergeführt werden darf. Die Erleichterung besteht also darin, daß den Konsumenten krankes Rindfleisch jetzt zum gleich hohen Preise des gesunden Fleisches verkauft werden darf! Außerdem hat der Bundesrat gestattet, daß aus dem Aus-lande Pferdedärme eingeführt werden dürfen, und weiter trat eine Milderung des Verfahrens bei Beanstandung von Tier-körpern wegen Nesselstiebers ein. — Das sind die Minderungen der Regierung: höhere Preise für krankes Fleisch, Milderung des gesundheitlichen Schutzes,

Den reaktionären Parteien ist unsere Kennzeichnung der Teuerungsurheber sehr unangenehm, wenigstens soweit sie die Hauptschuldigen, nämlich sie selbst, trifft. Die trante Gemeinschaft zwischen Zentrum und Konservativen verleiht nicht auch hier nicht. Die schwarzen Blätter behaupten, daß in der ganzen Welt Viehnot herrsche und daher ein Sinken der Fleischpreise durch Lödfnung der Grenzen nicht zu erwarten sei. Ja, wenn wirklich alle Länder so sehr an Viehknappheit leiden — weshalb bedarf es dann noch der Grenzsperrern? Eine Aufhebung der Zölle könnte ja dann die Profite der Agrarier nicht in Gefahr bringen. „Märchen vom Viehüberfluß“ im Auslande hat die Sozialdemokratie nie erzählt; im Gegenteil, sie hat selbst nachdrücklich auf die Teuerung als eine internationale Erscheinung hingewiesen. Die Zentrumsblätter ber-leumen den bewußt, wenn sie uns vorwerfen, wir verschwiegen die Tatsache, daß in einzelnen europäischen Staaten ebenfalls Viehmangel herrsche. Gerade wir betonten, daß eine Öffnung der Grenzen für Vieh nicht so viel helfe, als die Einfuhrerlaubnis für überseeisches gekühltes Fleisch. Darin unterscheidet sich unsere Forderung von den Wünschen der Fleischer, die nur die Vieh-einfuhrbeschränkungen beseitigen wollen. Frey alles scheinbaren Kampfes stehen sich Agrarier und Fleischer recht nahe in dem Wunsche, die Konsumenten weiter zu schröpfen. Ihr Wehklagen gegen uns ist immer noch viel größer und vor allem viel ernster als gegen einander. Daß auf dem Deutschen Fleischerverbandstag zu Trier von den Interessenten behauptet worden ist, es gebe nirgends in der Welt Vieh, das in Deutschland eingeführt werden könnte, glauben wir recht gern. Aber weshalb können die Engländer noch immer jährlich 5—8 Millionen Zentner gekühltes australisches und amerikanisches Rindfleisch und Hunderttausende von Hammeln einführen? Sollten da keine Millionen mehr für Deutschland übrigbleiben? In der Schweiz, in England



kauf man gutes argentinisches Rindfleisch für 70 bis 75 Pf. pro Pfund. Selbst wenn es durch die vermehrte Nachfrage um einige Pfennige stiege, erreichte es noch immer nicht den jetzt in Berlin gezahlten Preis von 100 bis 110 Pf. Nicht die Sozialdemokratie verschweigt und erzählt Märchen, sondern die Reaktion verheimlicht und lägt.

Auch Dertel, der in der „Deutschen Tageszeitung“ höchst eigenhändig unseren Artikel über die Fleischsteuererhöhungen nicht zu widerlegen, aber zu bestreiten sucht, scheint noch immer keine Statistik zur Hand genommen zu haben. Sogar könnte er nicht kategorisch von einer Zunahme des Viehaufliebes sprechen. Auch wir müssen unendlich oft Gefagtes wiederholen, wenn wir diese demagogische Schieflucht mit der Feststellung kennzeichnen, daß die Zunahme im wesentlichen nur für Schweine und hier auch nur für die Märkte der großen Städte gilt. Die Frage, ob die Aufhebung der Grenzsperrn einen Rückgang der Viehwirtschaft herbeiführen würde, hat erst kürzlich Professor Erlen-Jürich im „Archiv für Sozialwissenschaft“ behandelt. Er lenkt sofort gerade die Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle, um die Viehzucht und die Fleischproduktion in Deutschland so zu heben, daß sie der Nachfrage genügen kann. Auch hat Dertel noch nicht begriffen, daß die Grenzsperrn erst den Fleischwucher der Zwischenhändler und Großschlächter möglich machen. Den Einwand, daß man lieber selber rauben sollte, weil später andere stehlen könnten, hatten wir allerdings nicht erwartet. Herr Dertel wird uns nebst seinen Getreuen doch in der Erreichung eines Antitrustgesetzes unterstützen, falls sich wirklich ein Fleischring bilden sollte! Es ist auch nicht wahr, daß wir nur „nebenbei“ uns gegen den Wucher der Viehkapitalisten gewandt haben; Dertel hätte nur die Ueberschrift „Wider den Fleischwucher der Agrarier und Großschlächter“ zu zitieren brauchen, um seine Leser den Tatsachen entsprechend zu unterrichten.

Das Volk leidet und seufzt unter der Not. Keine schönen Redensarten stiften seinen hungrigen Magen. Das kann nur billiges Brot und Fleisch tun.

Gibt uns Brot statt Steine!

### Pferdekadaver als Nahrung.

Wie die jüngsten Zeitungsmeldungen zeigen, macht sich die Empörung über die Teuerung besonders in Schlesien recht drastisch bemerkbar. Wie schlimm die Not hier ist, dafür diene das folgende Beispiel: In dem Waldenburger Bergarbeiterdorf Juliandorf war ein Pferd krepiert. Der Eigentümer des Kadavers gestattete einem Weisenbinder das Tier abzuhauen und es dann zu verscharren. Der arme Teufel schleppte mit Hilfe mehrerer Vergleute den krepierten Gaul in die Wohnung, wo er nicht nur abgezogen, sondern auch buchstäblich von zahlreichen Ortsbewohnern aufgeteilt wurde. Trotzdem alle wußten, daß es sich um ein krankes Tier handelte, war der Anblick des Fleisches für die fleischentwöhnten Leute so lochend, daß sie Stücke von 10 bis 20 Pfund in ihre Wohnungen schleppten. Schließlich kam die billige Fleischgeschichte zur Kenntnis der Ortsbehörde und die Folge war eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz und Diebstahl. Die Angeklagten wurden in beiden Instanzen freigesprochen und nur der Weisenbinder erhielt 10 M. Geldstrafe.

Fleisch vom krepierten Pferd! Darüber fallen Arbeiter heißhuldig her. So lebt im deutschen Kulturstaat das Volk.

### Der Kampf gegen die Teuerung in Bayern.

Die sozialdemokratische Fraktion wird im bayerischen Landtage wegen der Teuerung interpellieren. — Im Münchener Magistrat stellten unsere Parteigenossen am Dienstag den Antrag: Der Magistrat wolle im Hinblick auf die zu erwartende große Arbeitslosigkeit im kommenden Winter, die im Baugewerbe und in anderen Betriebsarten jetzt schon ganz empfindlich eingetreten ist, und in Anbetracht der gemeinschaftlichen, noch nie erreichten Teuerung aller notwendigen Nahrungsmittel beschließen, der Bundesrat ist zu ersuchen, sofort die Einberufung des Reichstags zu veranlassen und diesem eine wenigstens zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel und Futtermittel und die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh in Vorschlag zu bringen. Außerdem soll durch Änderung der einschlägigen Bestimmungen die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches sowie die Einfuhr von Geflügelfleisch ermöglicht werden. Ferner sind die zuständigen Organe der Stadtverwaltung zu beauftragen, dem Magistrat unbenutzlich jene Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet erscheinen, zur Linderung der Not beizutragen und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aller Art zu erdiesigen Preisen zu fördern. — Am nächsten Montag werden sich in München neun Volksversammlungen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

### Raubpolitik in Persien.

Die vielbesprochene Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Petersburg hat unter anderem auch den Zweck gehabt, die Frage der transperischen Eisenbahn, an der das französische Kapital finanziell, England und Rußland jedoch politisch hervorragend interessiert sind, einer Lösung näher zu bringen. Wie der französische Votschafter in Petersburg, Herr Louis, neuerdings erklärt hat, ist eine Lösung dieser Angelegenheit nicht erfolgt, wenn es auch Poincaré gelungen ist, sie tüchtig zu fördern. Diese Frage, die erst vor kurzer Zeit auf der politischen Bildfläche erschienen ist, verdient die aufmerksamste Beachtung, weil sie einerseits mit der persischen Politik Rußlands auf das engste verknüpft ist, andererseits auf das Vordringen des westeuropäischen Finanzkapitals in Vorderasien grelle Schlaglichter wirft.

Das größte Interesse an diesem Unternehmen, das den Kaukasus mit Indien verbinden soll, nimmt das französische Kapital, das von dieser mit der Bagdadbahn konkurrierenden Bahn fette Profite und das Anwachsen des französischen Einflusses in Vorderasien erwartet. Die russischen Expansionspolitiker befürworten stürmisch dieses Unternehmen, um Persien politisch und strategisch an Rußland zu fesseln und England gegenüber einen weiteren Trumpf in die Hand zu bekommen, wirtschaftlich jedoch sind sie an dieser Bahn nur wenig interessiert, ja sie haben sogar bei der russischen Unternehmerrasse, die ihren persischen Markt bedroht sieht, heftige Proteste wachgerufen. In England endlich wird die transperische Bahn aus strategischen wie aus politischen Gründen aufs schärfste verurteilt und nur von dem auswärtigen Amt und einzelnen Finanzgruppen, als deren Sprachrohr die „Times“ dient, befürwortet. Die Gründe für eine solche Haltung sind klar. Selbst die Befürworter der russenfreundlichen Politik Sir Edward Grey sehen in der Verwirklichung dieses Planes den vollständigen Bankrott der 1907 inaugurierten mittelasiatischen Politik, die angeblich den Zweck verfolgte, die englischen und russischen „Einflußsphären“ abzugrenzen, um Deutschland gegenüber die Hände frei zu bekommen, nun aber die Gefahr herausbeschworen hat, die vordrängende russische Soldateska an den Toren Indiens zu sehen. Die französische Presse trägt selbstverständlich dieser Stimmung in England,

in der sich Liberale und Konservative, Militärs, Politiker und Kaufleute vereinigen, Rechnung und würde, wie der offiziöse „Temps“ kürzlich geschrieben hat, angefaßt einer solchen Stimmung in dem befreundeten Staate, von dem ganzen Unternehmen Abstand nehmen. Vorläufig jedoch steht der russisch-indische Bahnplan im Vordergrund des politischen Interesses und gehört — wie die liberale „Daily News“ sehr treffend bemerkt hat — mit zu der Erpressung, die Rußland aus England herausgedrückt hat!

Die letzte Bemerkung des liberalen Blattes, das die Auslandspolitik Sir Edward Greys von Anfang an bekämpft hat, führt uns mitten hinein in die Wirrnisse der russisch-englischen Politik in Persien. Der im vorigen Jahre aus Persien vertriebene amerikanische Generalkonsul Morgan Schuster schreibt in seinem soeben veröffentlichten Buche „The Strangling of Persia“ sehr richtig, nur die Feder eines Macaulay oder die Pinsel eines Vereschagin können diese Politik schildern, „bei dem zwei mächtige und angeblich christliche Länder ein treuloses Spiel treiben mit Wahrheit, Ehre, Anstand und Gesetz“. Die Absicht der englischen Politik ging 1907 dahin, mit dem im Kriege geschwächten Rußland in Asien ein Abkommen zu treffen, das durch die Bildung eines in zwei Einflußsphären und eine neutrale Mittelzone geteilten Pufferstaates die englische Politik von der Sorge um Indien befreite und dem vordringenden deutschen Imperialismus ein Gegengewicht im Osten entgegenstellte. Diese Berechnungen haben sich als gründlich verfehlt erwiesen. Nachdem Rußland mit englischer Hilfe seine Stellung in der Weltpolitik verbesserte, das autokratische Regiment und die Reaktion im Innern verstärkte und seine militärischen Kräfte ausbaute, ging es ohne weiteres daran, die Okkupation Nordpersiens, die eigentlich durch das Abkommen von 1907 verhütet werden sollte, in Wirklichkeit umzusetzen. Zugleich machte es durch seinen Potsdamer Vertrag mit Deutschland die weiteren Hoffnungen der englischen Politik zu schanden und sicherte sich nicht nur die Genehmigung Deutschlands zu seiner Raubpolitik in Persien, sondern stärkte noch seine Position als meist umworbener Glied der europäischen Mächtegruppen, das heute dem Dreieck und morgen den beiden anderen Mitgliedern der Tripelentente die lächelnde Seite seines Januskopfes zuwendet und von beiden Zugeständnisse und Begünstigungen seiner Expansionspolitik erhält. Die außerordentliche Regsamkeit, die die russische Diplomatie gerade in den letzten Monaten wieder entfaltet, führt uns die Reihenden und die Ergebnisse dieser doppelgesichtigen Politik deutlich vor Augen.

Während die Früchte dieser Politik am Balkan und im fernen Osten erst langsam heranreifen, schreiten sie, wie nunmehr keinem Zweifel unterliegt, in Persien einer stürmischen Entwicklung entgegen. Die Zentralregierung in Teheran befindet sich schon seit dem verflochtenen Winter in den Händen der russischen Diplomaten; das persische Parlament ist aufgelöst und soll erst einberufen werden, wenn die sachkundigen russischen Staatsstreicher ein neues Wahlgesetz mit indirekter öffentlicher Wahl erlassen haben; die finanzielle Lage des Landes ist infolge der russischen Raubwirtschaft und der künstlich aufrecht erhaltenen Anarchie eine elende, und die teuflische Anleihepolitik Rußlands und Englands tut das ihrige, um die goldene Schlinge um den Hals Persiens zuzuziehen; alles geht Hand in Hand mit der auf russischen Wunsch erfolgenden Hege gegen die Demokraten, mit dem Wüten Samba Chans in Täbris und der ziellosen Herrschaft der russischen Soldateska in allen Teilen der russischen „Einflußsphäre“. Zugleich führen die russischen Truppen, die immerfort neue Verstärkungen aus dem Kaukasus erhalten, einen regelrechten Krieg gegen die Schadschewenen, einem norpersischen Romadenstamm, der trefflich ausgerüstet und von der ganzen Bevölkerung unterstützt, den „heiligen Krieg“ gegen die russischen Eroberer eröffnet hat. Der kaukasische Statthalter, als der Oberkommandierende der persischen Operationsstruppen, hat zwar in seinem Truppenbefehl vorgeschrieben, die Schadschewenen bloß als „Räuber“ zu betrachten, aber die Offiziere gesehen es offen ein, daß hier von russischer Seite ein regelrechter Krieg gegen die Perser geführt wird. Nicht um die „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ im Grenzgebiete geht es nun den russischen Eroberern, sondern um die tatsächliche Besitzergreifung der nationalen Entwicklung, um die Befriedigung der russischen Expansionsgelüste — vorläufig unter der Maske des befreundeten und am meisten interessierten Staates. Demselben Zweck dient auch die neuerdings durchgeführte Verstärkung der unter russischem Befehl stehenden Kosakenbrigade von 1750 auf 4700 Mann, die in Teheran als erster Erfolg der russischen Diplomatie angesehen wird; ferner die Unterhandlungen, die wegen der Rückkehr des Gesandten mit England geführt werden, und endlich die immer stürmischer werdenden Drohungen und Forderungen, die die russische Diplomatie wegen des Grenzstreites in Armin an die Türkei richtet. Das Organ der Kriegspartei, „Kotwoje Wremja“, schreibt offen, man müsse „die frech und übermütig gewordene Türkei in ihre natürlichen Grenzen zurückführen“, ohne die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts abzuwarten, und das um so mehr, als die Situation, die infolge der Ereignisse in Albanien und des Krieges mit Italien für die Türkei äußerst schwierig sei, von Rußland energisch ausgenutzt werden müsse. Dem „verbündeten“ England wird von demselben Blatte zugleich die Anweisung erteilt, doch für die Ordnung in Südpersien zu sorgen und Rußland nicht zu hindern, in Nordpersien zu schalten und zu walten. „Jrgend einen Zweck — bemerkt das Blatt höhnisch — muß doch unsere Annäherung und Vereinbarung mit England haben!“ Das ist die Sprache, mit der die russischen Eroberungspolitiker sich an den Bundesgenossen wenden und die Realisierung des 1907 ausgestellten Beschlusses vorbereiten. Wenn die jetzigen Anzeichen nicht trügen, so dürften schon die nächsten Wochen Ereignisse in Persien heraufbeschwören, die auf die gesamte internationale Politik zurückwirken werden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August 1912.

#### Amerikale „Prinzipienfehler“.

Der sich heute als härteste Stütze des reuren deutschen Vaterlandes aufspielenden Zentrumspartei ist es höchst unangenehm, daß sie von unseren Genossen in der bayerischen Abgeordnetenkammer nicht nur in letzter Zeit mehrfach an ihre früheren Wahlbündnisse mit der bayerischen Sozialdemokratie erinnert worden ist, sondern auch an allerlei damalige Redenumstände, die auf die religiöse Bewusstseinslosigkeit so mancher weltlichen und geistlichen Führer des

Zentrums ein recht seltsames Licht werfen — und unter diesen Führern, die damals nichts darin fanden, mit wasserlandlosen Gefellen zu Tische zu sitzen und Händedrücke auszutauschen, befanden sich sogar heutige Kirchenfürsten. Als gute, geliebene Geschäftspolitiker war es damals den frommen Herren ganz gleich, mit wem sie sich verbanden, wenn sie nur ihren Zweck erreichten. Wenn es ihnen nützlich erschienen wäre, hätten sie auch mit den Großmeistern sämtlicher Freimaurerlogen oder selbst mit dem Teufel einen Wahlkompromiß geschlossen. Die Wärrer, „Staatsverwaltung“ und „Schutz des Alters“ standen damals noch nicht in ihrem politischen Staats- und Agitationslexikon. Heute, wo das Zentrum in Bayern die Macht in Händen hat und seine Führer zur Abwechslung sich in der staatsverhaltenden Pose gefallen, sind ihnen solche Reminiszenzen aus alter Zeit natürlich recht unangenehm, und so suchen sie jene Vorgänge, da sie sie nicht ablegen können, als unbedeutende gelegentliche Jugendverirrungen hinzustellen. Die ehrsame „Germania“ und der ultramontane „Bayer. Kurier“ veröffentlichten zu gleicher Zeit einen allem Anschein nach in München geschriebenen parteiunabhängigen Artikel, in dem es heißt:

Das Zentrum hat in Bayern im Jahre 1899 in den Landtagswahlen in München I, Eyrer-Ludwigshafen und Birmasend-Preibitz ein Wahlkompromiß mit der Sozialdemokratie geschlossen. In München I hatte das Zentrum 1898 bei der Reichstagswahl dem Liberalismus zum Siege verholfen. Um so größer war die Enttäuschung, als die Münchener „Neuesten Nachrichten“ die übliche Hege gegen Zentrum und katholisch-kirchliche Ringe fortsetzten. Diese Hege war die unmittelbare Ursache, daß das Zentrum 1899 bei den Landtagswahlen Vergeltung übte und mit der Sozialdemokratie ging...

Das Wahljahr 1905 brachte wiederum, diesmal für etwa 10 Wahlkreise in Bayern, ein Landtagswahlkompromiß mit dem Roten, um eine Zweidrittelmehrheit für das neue Wahlrecht zu schaffen und die Wahlkreisgeometrie in die Kumpel-gelehnung zu werfen. Die Liberalen hatten das Wahlgesetz abgelehnt. — Bei den Reichstagswahlen von 1907 schloß das Zentrum in vier Wahlkreisen ein Kompromiß mit dem Roten. Es mihlang in der Hauptsache, und auch der Zweck: Fernhaltung einer Reichstagsblockmehrheit aus Liberalen und Konservativen, wurde nicht erreicht.

An diesen Vorgängen wird vom Zentrum nichts beschönigt; es belohnt sich offen und ehrlich zu diesen Taten. Diese Wahlkompromisse des Zentrums mit dem Roten lassen sich grundsätzlich in keiner Weise verteidigen, sie waren ein Verstoß gegen eine grundsätzliche konservative Staatspolitik, wenn gleich gerade für diese Politik mit diesen Wahlkompromissen für den Landtag die Basis geschaffen worden ist durch Verbeiführung einer stabilen Zentrumsmehrheit mittels eines neuen Wahlrechts. Heute kann man ruhig sagen, jene Wahlkompromisse waren Prinzipienfehler, sie würden heute auch nicht mehr abgeschlossen, allein schon aus Rücksicht auf die ganze Entwicklung.

Die Bezeichnung jener Wahlkompromisse als „Prinzipienfehler“ ist recht ipsofacto. Nur glauben wir der Versicherung nicht, daß künftig in der Zentrumspolitik solche Prinzipienfehler nicht mehr vorkommen werden. Wenn es der Herrlichen Macht nützlich ist, werden sich die staatsverhaltenden Kämpfer für die Rechte der heiligen Kirche genau so wenig wie bisher um irgendwelche Prinzipien kümmern. Tatsächlich haben sich die Herren denn auch bereits im Schlußsatz ein Hintertürchen aufgeschlossen: sie werden solche „Prinzipienfehler“ heute nicht mehr machen, allein schon aus Rücksicht auf die ganze Entwicklung! Wenn die Entwicklung wieder einmal andere Wege einschlagen läßt, mit der Sozialdemokratie zu gehen, dann werden, wenn auch nicht der Erzbischof Wetinger, so doch sicher andere Leuchten des Zentrums den Weg zur Sozialdemokratie wieder finden. Und der Weg auch wieder an Kaisergräbern vorüber in die „heiligen Stätten“ katholischer Kirchen.

#### Wie die Agrarier Steuern sparen.

Ueber eine bisher wenig beachtete Methode der agrarischen Steuerersparnis wird dem „Berl. Tagebl.“ geschrieben:

Die Erfahrungen der letzten Zeit haben infolge des Zusammenbruchs von Bankfirmen eigenartige Zustände in landwirtschaftlichen Kreisen bekannt werden lassen. Reich begüterte Landwirte, die schuldenfrei auf ihren Gütern sein konnten, haben billige Landbankgelder und andere Hypotheken zu niedrigen Zinssätzen aufgenommen, soviel sie erhalten konnten, die haren Kapitalien aber legten sie zu höheren Zinsen bei Banken an, wo sie ansehnliche Konten und große Guthaben unterhielten. Da solche arm erscheinende Landwirte viel Schulden nachwiesen, waren sie — oft trotz ihres großartigen Auftretens — wenig steuerkräftig und zahlten geringe Einkommen-, Vermögens-, Gemeinde-, Kirchen- und Schulpflichten. In der Umgebung von Jauer sind infolge des Zusammenbruchs der Bankfirma Knappe u. Thomas eine ganze Anzahl von Landwirten ruiniert worden.

Da die Steuerzahler mit ihrem Geld die „Landkassen“ (öffentliche rechtliche Kreditinstitute zur Entschuldung des Grundbesitzes) unterhalten, entziehen die künstlichen Güterschulden nicht allein Steuern, sondern belasten auch noch positiv die ärmeren Schichten. Ein Bankrott wird an diesem System der Steuerhinterziehung wenig ändern. Die Agrarier werden eben künftig mehr die Großbanken — trotz ihres Protestes gegen die „Kammernzentralen“ — benutzen. Der Geheule ist schließlich doch das Volk.

#### Zu den Arbeiterentlassungen auf der Reichswerft in Kiel.

Am Montag fand eine Sitzung des Arbeiterausschusses der Werft statt; in dieser Sitzung teilte der Oberwerftdirektor, Admiral Denkel mit, daß die Leitung der Werft gezwungen sei, im Schiffbau 230 Mann, im Maschinenbau 850 Mann zu entlassen, für den Torpedobau sei die Zahl noch nicht festgestellt. Im ganzen würden wohl an 1000 Mann zur Entlassung kommen. Die Entlassung sei notwendig, weil bei dem Neubau des Linien Schiffes „Kaiser“ sehr viel Leute eingestellt worden seien; zeitweise seien auf der Werft über 12000 Arbeiter beschäftigt gewesen (diese Zahl ist bisher noch nicht erreicht gewesen). Es würden die jüngeren Jahrgänge und die Unberheirateten zuerst entlassen werden. Die Oberwerftdirektion habe sich auch mit der Direktion der Howaldtschen Werft, der Struppischen Werft und der kaiserlichen Werft in Wilhelmshafen ins Einvernehmen gesetzt, damit diese bei der Reichswerft in Kiel entlassenen Arbeiter, wenn möglich, in Arbeit nehmen. Alle drei Werften hätten zugesagt, dies soweit wie möglich zu tun.

Als Beweis für das planlose Arbeitssystem auf der Reichswerft sei erwähnt, daß Tausende Arbeiter 1 1/2 Jahre lang auf der Reichswerft überflüssig und unbeschäftigt geblieben, um das Linien Schiff „Kaiser“ ein Jahr früher fertig zu stellen.

#### Legitimation Deutscher in der Schweiz.

Die Behörden der Schweiz verlangen auf Grund der Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages vom 13. November 1909, daß Deutsche, die sich in der Schweiz niederlassen oder sich dort dauernd oder zeitweise aufhalten, mit einem gültigen Heimatschein versehen sind. Deutsche, die in der Schweiz einen längeren Aufenthalt nehmen wollen, wird daher, wie falls-



amtlich betont wird, angeraten, sich vorher eine solche Urkunde zu beschaffen, da sie sich sonst der Gefahr der Ausweisung aussetzen.

### Kirchliche Revolution!

Der Zwiespalt im ultramontanen Lager ist trotz der schönen Reden in Kachen noch tiefer geworden. Man lese nur den mehr als vier Seiten langen Artikel in der soeben erschienenen Nr. 24 von „Wahrheit und Klarheit“, der vom Grafen Oppersdorff herausgegebenen katholischen Wochenchrift. Dieser Artikel stellt die Antwort dar auf eine aus den Reihen der Sachem-Richtung im „Hannoverschen Kurier“ unter dem Pseudonym „Spectator Rhemus“ (zu Deutsch: Der rheinische Beobachter) veröffentlichte bemerkenswerte Auslassung, die von dem Oppersdorffschen Blatt als einen der „dem leidenschaftlichen Haß gegen den verehrungswürdigen Träger der Tiara (Papstkrone) entspringenden köhner Wutausbrüche“ charakterisiert wird.

Das Oppersdorffsche Organ nennt die in diesem Artikel vertretene Auffassung eine „Kirchliche Revolution“ und meint:

„Die „Köhner“ stehen mit solchen Anschauungen nicht bloß mit einem, sondern bereits mit beiden Füßen auf protestantischem Boden. Was Wunder, daß sich protestantische Staatsmänner und die protestantischen Parteien aller Schattierungen dieser ihrer Gesinnungsgenossen mit allem Nachdruck gegen die päpstlich gesinnten katholischen Deutschlands annehmen?“

Der Spectator-Artikel im „Hann. Kurier“ stellt in der Tat inhaltlich das Stärkste dar, was bisher aus den Federn der Sachemiten geflossen ist. Nach katholischer Anschauung ist der Papst der höchste Sterbliche, den es auf dem Erdball gibt; er ist nicht mehr und nicht weniger als der Statthalter Gottes auf Erden. Der Sachemite in dem liberalen hannoverschen Blatt aber schreibt über den gegenwärtigen Papst u. a.:

„Von Pius X. Scharfsicht und Klugheit verlangen, wäre ebenso absurd, wie von der ihn beeinflussenden Partei Objektivität gegenüber deutschen Verhältnissen. Die deutschen Katholiken scheinen noch immer nicht zu ahnen, wie unheimlich mensüchlich es um den Stellvertreter Gottes zugeht. Man denke sich einen Mann wie Pius X., der, aus engen bürgerlichen und kirchlichen Verhältnissen kommend, sich lediglich durch frommen Eifer in der praktischen, für italienische Verhältnisse zugeschnittenen Seelsorge hervortut und einige Kenntnisse in der kirchlichen Verwaltungstechnik besitzt, ein Mann nicht nur ohne jede Intuition für die moderne Menschheit und ihre geistige Not, sondern nicht einmal von jener praktischen Diplomatenklugheit mancher römischer Prälaten, ein solcher mächtiger Genius wird als Kompromißpapst zum Nachfolger eines Leo XIII. gewählt. Daß ein solcher Mann ein Spielball der im Vatikan so ungemein rührigen Claqueen werden mußte, daß Pius X. nur in die Hände der schlimmsten Fanatiker geraten konnte, ist so menschlich begreiflich, daß man diesem Papst kaum mehr eine Schuld beimessen kann. Er glaubt zu schmeicheln und wird geschoben; wenn jemals, so trifft das Wort in diesem Falle zu. Und schließlich auch von jenen intransigenten Kreisen in Rom und in den übrigen Ländern, vor allem in Deutschland, darf man nicht groß erstaunt sein, daß sie zu den Mitteln greifen, die ihrer Mentalität am nächsten liegen und unter den gegebenen Verhältnissen die sichersten und wirksamsten sind: „zur Denunziation und zur Verleumdung.“

Weiter führt „Spectator Rhemus“ aus, die päpstliche Unschärfe sei „in der Praxis der letzten Jahre zur Karikatur und zur brutalen Gewissensnechtung nach orientalisches despotischem Muster geworden“, und es solle nicht nur das Recht, sondern eine Pflicht der deutschen Katholiken sein, den Papst und die Kurie, die jedes Maß und jedes Verständnis für ihre eigene Machtsphäre verloren haben, durch geschlossenen Widerstand zur Besinnung zu bringen.“

Das sind allerdings Worte, die in den Ohren jedes Konsequenten, d. h. päpstlichen Katholiken nicht mehr und nicht weniger darstellen als „kirchliche Revolution“!

### Katholikentagsmaché.

Wie in Augsburg, so ist auch diesmal die Zentrumspreffe mit ihrem vorher gefeyerten Verichten vom Katholikentag wieder gründlich hereingefallen. Oppersdorffs „Wahrheit und Klarheit“ macht darauf aufmerksam, daß die von der E. P. C. bediente Zentrumspreffe in dem Referat des Direktors Börgen über die Schulorganisation einen Absatz von 42 Zeilen brachte, von denen der Redner auch nicht ein Wort gesagt hat!

Die Oppersdorffsche Zeitschrift erhebt scharfen höhnischen Vorwurf gegen die „Katholische Volkszeitung“, weil diese nach dem Satz: Der Ruf nach Sachausicht führt in die Irre, „lebhaften Beifall“ verzeichnet. Oppersdorffs Blatt fragt, welche Stillschweigen denn bei der „Katholischen Volkszeitung“ ihres Amtes walte. „Jedenfalls“, meint das Blatt, „hat diese Art der Berichterstattung mit Gewissenhaftigkeit nichts mehr gemein.“

Das Blatt hat sicherlich recht, aber seine Vorwürfe treffen nicht die „Katholische Volkszeitung“ allein, auch andere Zentrumsblätter brachten an derselben nicht gesprochenen Stelle der Rede die Bemerkung: „Lebhafte Beifall“. Das beweist nicht nur, daß 1912 ebenso wie früher die Reden der Katholikentagsredner schon vor der Tagung den Zentrumsredaktionen zum Abschrey zur Verfügung gestellt worden sind, sondern auch, daß diese Redakteure bereits an den passenden Stellen die Einlassungen „Lebhafte Beifall“, „Stürmischer, nicht enden wollender Beifall“ usw. enthielten.

Wenn dann, wie in Augsburg, eine ganze Rede, oder wie in Kachen, ein Teil der Rede nicht gehalten wird, so wird allerdings aus dem lebhaften Beifall der Katholikentagsredner leicht ein Gelächter der übrigen Welt.

### Widerlicher Chauvinismus.

Bei einer Gedächtnisfeier an die Augustschlachten des Jahres 1870, die von alten ehemaligen 16er und 74er Regimentskameraden am 6. August in einem Hotel in Dsnabruk stattfand, hatte die Speisefarte folgendes Aussehen:

#### Speisenfolge.

- Suppe, wie die Franzosen sie sich 1870 selbst eingebrockt haben.
- Fisch, gefangen in der Saar bei Saarbrücken, Sauce a la Napoleon. Kartoffeln von Sedan.
- Magout, hergestellt aus den Lederbissen des eroberten französischen Lagers bei Saarbrücken.
- Filet de boeuf, zum Anbieten an den französischen General gleichen Namens. Als Kompott fehlende Gamaschenhüpfle und Syrenschilde vom Lahnstein bei Saarbrücken. Strahburger Salat.
- Speise, Bombe a la Gravelotte und Gaspapokugeln.
- Räse aus der Genossenschaftsmolkerei Bernaboite bei Arbois, Departement Jura.
- Café, hergestellt aus Biskorien a la Thiers und von dem Wasser der Seille bei Reg.
- Zigarren, die letzten noch von den vorhandenen Liebesgaben.

Auch dies Vorkommnis beweist, daß von gewissen Elementen in Deutschland der Chauvinismus zurzeit in Formen gepflegt wird, die, wenn es sich um französische Vorkommnisse gehandelt hätte, noch vor ein paar Jahren von der

gesamten deutschen Presse als widerlichste Geschmacklosigkeit gebrandmarkt worden wäre.

### Hanseatischer Liberalismus.

Der Liberalismus der Fortschrittler der Hansestädte gehört seit langem zu denjenigen Sorten, die dazu in wirksamster Weise beigetragen hat, den Liberalismus überhaupt in Mißkredit zu bringen. Alle Wahlrechtsverschlechterungen, die in den drei Hansestädten im Laufe der Jahre vorgenommen worden sind, sind unter Mitwirkung von sogenannten Liberalen erfolgt. Trotzdem wagen die Liberalen es, bei allen öffentlichen Wahlen um die Stimmen der Arbeiter zu buhlen. Bei der letzten Reichstagswahl waren die Liberalen in Lübeck auch eifrig bemüht, die Frauen zu ihrer Werberarbeit und Agitation heranzuziehen. Man sollte nun glauben, daß die Liberalen dann auch für die Gleichberechtigung der Frauen eintreten würden. Aber weit gefehlt. In der letzten Mitgliederversammlung der fortschrittlichen Volkspartei in Lübeck beschloß man ausdrücklich, daß die Mitglieder der Liberalen auf dem Parteitag in Wandsbeck die Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau abzulehnen hätten. Wenn der Beschluß auch nicht gerade eine welterschütternde Bedeutung hat, so ist er doch bezeichnend für die politische Rückständigkeit des hanseatischen Liberalismus. Noch bezeichnender als der Beschluß selbst sind aber die Gründe, die für ihn vorgebracht wurden. Es wurde allen Ernstes gesagt, die Frau sei von Natur dazu bestimmt, der Vermehrung des Volkes zu dienen und im Hause das Familienleben zu fördern. Weides leide aber, wenn der Frau vom Staate die gleichen politischen Rechte wie dem Manne eingeräumt würden. Der Einwurf, daß die im Erwerbleben stehende Frau dieselben Steuern zahlen müsse wie der Mann, sei nicht stichhaltig, denn nicht für das Wahlrecht würden Steuern gezahlt, sondern für den Schutz des Staates, den der Steuerzahler genieße. Die Behauptung der Freunde der Gleichberechtigung der Frau, daß über 9 Millionen Frauen in Deutschland im Erwerbleben stehen, treffe nicht zu, weil man auch alle weiblichen Personen mitgezählt habe, die im Haushalt als Dienstmädchen und zur Hilfe der Hausfrau beschäftigt würden!

### Zeugniszwangsverfahren.

Vom Schutzverband deutscher Schriftsteller erhalten wir nachfolgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Der Schutzverband deutscher Schriftsteller, der selbstverständlich das Zeugniszwangsverfahren aufs Schärfste verurteilt, hat sich durch Einschirmung in die Akten des Prozesses Dr. Wiegner/Wurlitt davon überzeugt, daß im vorliegenden Falle der Redakteur Franz Pfemfert nicht gezwungen werden sollte, ein Reaktionsgeheimnis preiszugeben. Eine Verletzung dieses Geheimnisses konnte gar nicht in Betracht kommen, da der als vermeintlicher Autor angeklagte Professor Wurlitt den Redakteur Franz Pfemfert ausdrücklich von seiner Schweigepflicht entbunden hatte. Durch die Verweigerung der Aussage Pfemferts hatte das Gericht Herrn Prof. Wurlitt als Autor des von Herrn Pfemfert mit vollem Namen unterzeichneten Artikels ansehen und demgemäß verurteilen können. In Erkenntnis dieses Tatbestandes sehen wir das Verhalten des Herrn Dr. Wiegner als völlig einwandfrei an.

### Menschlichkeit über Militärparagrafen.

Die rigorosen Militär-Strafgesetzbuch-Paragrafen verurteilten einmal vor dem Kriegsgericht der 8. Division, so berichtet man uns aus Halle a. S., in der Sache gegen die Pflücker Gustav Löben und Stanislaus Schenk von dem Regiment Nr. 86 in Halle. Die beiden Soldaten, bisher unbefristete Verurteilten von guter Führung, waren wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten, Achtungsverletzung, Ungehorsams und Beleidigung angeklagt. Am Sonntag, den 21. Juli d. J., als das Regiment auf dem Truppenübungsplatz in Altengrabow weilte, hatte man dem Alkohol etwas stark zugesprochen. Die beiden Angeklagten hatten je 15 bis 20 Schmitt Bier getrunken und waren auf dem Heimwege von dem Dorfe Dörny nach Altengrabow gegen 1/10 Uhr abends mit einem Gefreiten zusammengestossen, der betrunken an einem Waldsaume lag. Als sie den Betrunkenen aufrichteten, kamen die Unteroffiziere Schröder und Baum von dem Husarenregiment in Stendal herbei und erteilten den Befehl, die Pflücker sollten den Gefreiten nach Hause bringen. Darauf sollen die beiden Pflücker entgegnet haben, die Unteroffiziere hätten ihnen keine Befehle zu erteilen, die Befehle wären Spinner-, Strippen- und Windladenjungen. Dann soll Schenk eine Latte ergreifen haben und in drohender Haltung auf Unteroffizier Baum „losgeschlagen“ sein, während Löben diesem Unteroffizier eine Ohrfeige verabreichte. — Die Angeklagten gaben an, sie wären am betreffenden Abend betrunken gewesen und hätten nicht gewußt, was sie getan hätten. Die beiden Unteroffiziere, 23jährige junge Leute, meinten aber, sie hätten die Angeklagten in der Dunkelheit gleich darauf aufmerksam gemacht, daß sie Unteroffiziere „vor sich hätten“.

Der Anklagevertreter bedauerte, keinen minder schweren Fall als vorliegend annehmen zu können und beantragte gegen Löben drei Jahre und gegen Schenk sechs Monate Gefängnis. Die Angeklagten wären gewiß gute Soldaten, aber keine wohl-erzogenen Untergebenen. Sie hätten in einer höhnisch-sprechenden Weise gegen die Disziplin gehandelt. — Der Verteidiger, ein Oberleutnant von dem Regiment der Angeklagten, meinte, man möge den Fall einmal rein menschlich und nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes beurteilen. Vielleicht sei der Vorgang auch mit auf die Spannung zwischen den verschiedenen Regimentern zurückzuführen. Verschiedene Waffengattungen seien sich zuweilen „Spinnfeind“. Die Angeklagten verdienten die weitgehendste Milde. — Das Gericht nahm an, daß der Unteroffizier zweifelsohne von Löben geschlagen worden ist; es verneinte aber, daß der Untergebene damals gewußt habe, es mit einem Vorgesetzten zu tun zu haben. Löben wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und Schenk wurde mangels ausreichender Beweise gänzlich freigesprochen.

### Militärjustiz.

Das Oberkriegsgericht in Diebentzen verhandelte am Sonnabend gegen die Kapläne Adam, Hennequin, Raifien und Spache wegen Widerlichkeit. Wie bekannt, wollten die Angeklagten, die in ihrem militärischen Verhältnis der Ersatzreserve angehören und nicht gelibt haben, von der Kontrollversammlung befreit sein. Sie erschienen deshalb persönlich auf dem Hauptmeldeamt und dort verlangte der Bezirksoffizier, Hauptmann Boden, im barschen Tone von ihnen, sie sollten stramm stehen. Dadurch fühlten sich die Kapläne in ihrer Ehre gekränkt und wandten sich in einer Beschwerde schrift an den Bezirkskommandeur. In dieser Beschwerdeschrift drohten sie, falls die Angelegenheit nicht in einer sie befriedigenden Weise erledigt wird, die Sache im Landtage zur Sprache bringen zu lassen. Die vier Kapläne wurden deshalb vor das Kriegsgericht gestellt, und das Kriegsgericht erkannte auf die geringste zulässige Gefängnisstrafe von sechs Monaten und einen Tag. Wegen dieses Urteils legten die Angeklagten Berufung ein; das Oberkriegsgericht kam nach einstündiger Verhandlung ebenfalls zu einer Verurteilung und erkannte auf je sechs Monate Festungshaft. Gleichzeitig wurde ein anderer Kaplan, der über die Behandlung durch den Hauptmann Beschwerde geführt hatte, zu drei Tagen Mittelarrest verurteilt.

### Die Ereignisse in der Türkei.

Saloniki, 26. August. Laut amtlichen Verichten haben sich in der Gegend von Elbasan abermals gegen 4000 Arnauten angesammelt, die die Plünderung der Waffendepots von Schatral beabsichtigen.

Die Behörden erbitten Verstärkungen aus Skutari, um einen Angriff abweisen zu können. In Adlona stürmte die zumeist bewaffnete Bevölkerung das Gefängnis und befreite sämtliche Gefangenen.

### Die Haltung Montenegros.

Cetinje, 26. August. (Aus amtlicher montenegrinischer Quelle.) In Anbetracht der sehr gespannten Lage zwischen Montenegro und der Türkei, die sich im Gefolge der Zwischenfälle an der Grenze und den Grenzüberschreitungen seitens der türkischen Patrouillen ergeben hat, unternahmen die Vertreter der Großmächte im Namen ihrer Regierungen bei dem König und der montenegrinischen Regierung freundschaftliche Schritte, wobei sie zum Frieden mahnten. Der König und die Regierung antworteten, daß sie trotz der entstandenen Schwierigkeiten den Wünschen der Großmächte in weitgehendster Weise Rechnung tragen würden. Montenegro habe keinerlei aggressive Absichten, sondern wolle nur seine Grenze vor Angriffen und Ueberschreitungen der Türken verteidigen. Es könne jedoch nicht dulden, daß weiterhin Wachthäuser und Verschanzungen von den Türken auf montenegrinischem Boden errichtet würden, denn dies widerspreche der Integrität des Landes. Der König und die Regierung drückten schließlich die Hoffnung aus, daß die Großmächte in ihrem Bestreben, die Ruhe aufrechtzuerhalten ein Mittel finden würden, um die türkisch-montenegrinischen Grenzfragen zu lösen und die Ursachen des Konfliktes aus der Welt zu schaffen.

### Gegen griechische Angriffsgelüste.

Paris, 27. August. Die Agence Havas meldet aus London: Die englische Regierung hat in Paris und Petersburg das Ansuchen gestellt, mit ihr gemeinsam die Aufmerksamkeit Griechenlands auf die Gefahren einer Landung in Samos und der Einleitung einer Bewegung zugunsten einer Annexion durch Griechenland, wie sie gegenwärtig von Griechenland und Areta vorbereitet werde, zu lenken. — Ein englisches und ein französisches Kriegsschiff haben Befehl erhalten, nach Samos zu gehen, um eine Landung, wenn nötig mit Gewalt, zu verhindern.

### Ein serbischer Protest.

Belgrad, 27. August. Die Regierung hat den serbischen Gesandten in Konstantinopel beauftragt, bei der Pforte wegen des Serbenmassakers in Sienka energische Schritte zu unternehmen und gleichzeitig Schutz der Serben im ganzen Sandtschal gegen jeglichen Angriff zu verlangen. Die Regierung hat einen Grenzkommissar nach Sienka entsandt zur ausführlichen Berichterstattung über das Gemetzel.

### Vom Kriegshandplatz.

Rom, 27. August. Die Agenzia Stefani meldet aus Juara: General Carloni begab sich gestern nach Sidi abd Effema und entsandte ein Bataillon erbhäufiger Askaris nach der Dase Gemil. Das Bataillon durchstreifte die ganze Dase und rückte bis Warut und darüber hinaus vor, wodurch bestätigt wurde, daß die Türken diese Orte vollständig verlassen haben. Zu gleicher Zeit vollführte eine Eskadron Kavallerie unter dem Kommando des Majors Curti einen ausgedehnten Erkundungszug weit über die sächsische Grenze der Dase hinaus. Die Eskadron stieß mit Abteilungen arabischer Reiter zusammen, griff sie heftig an und fügte ihnen beträchtliche Verluste zu.

### Rußland.

#### Die Gärung in der Flotte.

Petersburg, 27. August. Nach zuverlässigen privaten Meldungen hat die Kommission, die mit der Voruntersuchung der Matrosenverschwörung in der Schwarzen-See-Flotte betraut war, fünfzig Mann für schuldig befunden und sie dem Marinekriegsgericht überwiesen. Gegen 300 unzuverlässige Matrosen sind von Bord zum Zweck scharfer Beobachtung in Landkommandos versetzt.

### Marokko.

#### Bange Erwartung.

Paris, 27. August. Die meisten Blätter enthalten sich jedes Urteils über die Ereignisse in Marokko und begnügen sich damit, die von dort eingehenden Nachrichten zu verzeichnen. Der „Matin“ erhebt ein schlimmes Zeichen in dem Abfall des Raids Anflus von der französischen Sache. Das Blatt schreibt: Da unsere Landsleute gefangen sind und da die letzten Depeschen und einen unmittelbaren bevorstehenden Kampf vorherzusehen, wirkt das gegenwärtig eingetretene Schweigen beängstigend.

### China.

#### Sunyatzen und Juanschkai.

London, 27. August. Dr. Sunyatzen sprach nach einer Blättermeldung aus Peking gestern vor zwei führenden politischen Gesellschaften und betonte die Notwendigkeit, soweit möglich, allen Parteihader aufzugeben und alle Energie auf die Schaffung einer neuen Verwaltungsorganisation zu verwenden. Er betonte außerdem die Notwendigkeit einer starken Zentralregierung, erklärte Juanschkai für den fähigsten Mann an der Spitze der Exekutive und empfahl dringend, Juanschkai nach den Wahlen zum Präsidenten zu ernennen. Sunyatzen sagte weiter, er selbst habe nicht die Absicht, sich gegenwärtig aktiv politisch zu betätigen.

#### Ein Zusammenstoß mit russischen Soldaten.

Kaschgar, 27. August. Außerhalb der Stadt fand ein Zusammenstoß von Schützen des russischen Detachements mit chinesischen Soldaten statt. Auf beiden Seiten gab es Verwundete. Der russische Konsul und der Befehlshaber der chinesischen Truppen haben eine Untersuchung des Vorfalles eingeleitet.

#### Kämpfe in der Mongolei.

Koschogatsch (Mongolei), 27. August. Die Mongolen haben die Festung Kabdo gestürmt und die Hälfte der Stadt eingeschloßert. Die Festung hat die weiße Flagge gezogen. Die chinesischen Behörden haben den russischen Konsul um Entschädigung dafür gebeten, daß er bei einem Vermittlungsversuch von Chinesen beschaffen worden ist, und haben ihn gebeten, bei den Mongolen dafür einzutreten, daß sie ungefährdet nach China befördert werden.

### Amerika.

#### Die Wahlbestimmungen.

Washington, 27. August. Der Senat hat einstimmig eine Resolution Penrose angenommen, durch welche die Wahlfonds-Kommission beauftragt wird, die Untersuchung über die finanziellen Transaktionen zwischen Roosevelt und dem Delirium sowie über die von Penrose erhobene Beschuldigung, daß von Perkins für die bevorstehende Präsidentschaftswahl 3 Millionen Dollar aufgebracht worden seien, fortzusetzen. Nach Annahme dieser Resolution wurde der Kongreß vertagt.



# Gewerkschaftliches.

## Nach der „Wohlfahrts“-Stiftung bei Krupp — Lohnabzug.

### Kruppwohlfahrt und ihre Folgen.

Noch ist in der bürgerlichen Welt der Begeisterungsrausch über die „hochherzigen“ Millionenstiftungen der Firma Krupp nicht verfliegen und schon machen sich für die Arbeiter der Gießerei in Essen die üblen Folgen der reifemehrfachen Stifterei bemerkbar.

Am Tage nach der sogenannten Jubelfeier bereits wurden in einigen Betrieben die Affordlöcher gekürzt. Später, bei der ersten Lohnzahlung nach dem Jubiläum, gewährten die etwa 1000 in der Kesselschmiede beschäftigten Arbeiter, daß ihr Lohn um drei Mark geringer war, als sie erwartet hatten. Es ergab sich, daß ein dauernder Affordabzug gemacht worden war, der im Jahr mindestens 78 000 Mark zugunsten der Firma ausmacht, weit mehr, als zur Jubiläumsfeier den Arbeitern „geschenkt“ wurde. Anderen Arbeitern wurde die Ueberstundenarbeit genommen, was an sich ja zu begrüßen wäre; doch irgend eine Lohnzulage erhielten sie nicht, so daß, da ihr Haushalt auf der Mehrschufterei balanzierte, das Jubiläumsjahr für sie einen sehr bitteren Nachgeschmack haben dürfte. Noch schlimmer erging es verschiedenen hundert in der Gießerei des Martinwerkes VI beschäftigten Affordarbeitern. Diesen wurde nach 12 Schichten schwerer Arbeit ein Lohn ausgehändigt, der sonst auf nur 11 Schichten entfiel. Dabei wurde ihnen aber großmütig erklärt, daß die Firma „selbstverständlich“ die Fetterschicht am Tage des Kaiserbesuches mit bezahle. Also auch hier ein Affordabzug, der für den einzelnen Arbeiter einen Fehlbetrag zwischen 3 bis 10 M. ausmacht! Es scheint also, als wenn die Firma ihre „Wohlfahrt“ mit Zins und Zinseszins wieder hereinholen wollte.

Zu diesen Vorworfungen nahm eine große Metallarbeiterversammlung in Essen Stellung, die folgende Resolution beschloß:

„Die Versammlung der Arbeiter der Firma Friedrich Krupp A.-G. kann in den zur Jahrhundertfeier gestifteten Millionen eine Arbeiterfürsorge nicht erblicken. Sie stellt im Gegenteil fest, daß keine der von ihr erwarteten sozialen Pflichten erfüllt worden ist. Wegen die vor und nach der Jahrhundertfeier erfolgten Lohn- und Verdienststeigerungen erheben die Versammelten entschiedenen Protest. Sie bestreiten ganz entschieden, daß das in Ess., und Festreden zum Ausdruck gebrachte gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Firma besteht. Sie wissen, daß zur Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage vom Unternehmer nichts Durchgreifendes zu erwarten ist. Die Versammelten versprechen deshalb, mit aller Energie für die Ausbreitung der Organisation Sorge tragen zu wollen.“

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik in den Buchdruckmaschinenfabriken

Ist mit seltener Einmütigkeit am Montag früh begonnen worden. Nur etwa 4-5 Mann sind in den acht Betrieben stehen geblieben. Die Unternehmer sind von dem Streik sehr überrascht, denn sie hatten keineswegs damit gerechnet, daß die Arbeiter den Kampf überhaupt aufnehmen würden, geschweige denn mit solcher Geschlossenheit. Alle Versuche, für die Ausständigen schnell Ersatz zu schaffen, sind auch bisher gescheitert. Die Firmen, welche in Leipzig, Johannsberg usw. ihren Stammsitz haben, liegen von dort Monteure kommen, welche aber sofort wieder abreisen, als sie vom Stande der Dinge unterrichtet waren. Daß die Unternehmer von dem Ausbruch des Streiks überrascht waren, geht auch schon daraus hervor, daß einzelne von ihnen nachträglich versichert haben, sie würden die Forderungen bewilligen, sie müßten aber erst abwarten, ob die übrigen Firmen sich nochmals für eine Verhandlung entschließen werden. Die Kommission hat daraufhin erklärt, daß die Streikenden natürlich auch so schnell wie möglich wieder Frieden schließen würden, wenn ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Neue Verhandlungen sind deshalb inzwischen wieder angebahnt worden, die hoffentlich dazu führen, daß der Kampf mit einem annehmbaren Erfolge für die Streikenden beendet werden kann.

Die Arbeiter der Firma Wilhelm Bursch (Polstermaterialien), Dresden Str. 76, sind aus Anlaß einer plötzlichen Lohnreduzierung von 25 Proz. in einen Abwehrstreik eingetreten. Eine Verhandlung, die seitens der Organisationsleitung zwecks Beilegung der Differenzen versucht wurde, hat der Firmeneinhaber mit brüskten Bemerkungen abgelehnt. Wir bitten dies zu beachten und Arbeit in diesen Betrieben nicht anzunehmen.

#### Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Zum Streik der Geschäfts- und Warenhauskutscher der Firma Wilske, Karlsruher 42 und Alt-Neubau 19, ist zu berichten: Der Geist unter den Streikenden ist nach wie vor ein guter und wird auch nicht im geringsten dadurch getrübt, daß es der Firma Wilske gelungen ist, einige Arbeitswillige zu bekommen, welche ihre Hausarbeiten leisten. Ob die Fir. in Wilske auch den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend in der Auswahl der jetzt engagierten arbeitswilligen Kutscher die nötige Vorsicht geübt hat, beweisen die Streikenden. Freude wird die Firma an diesen Leuten nicht haben und die Firma Wilske wird es sich überlegen müssen, ob sie auf die Dauer diesen Elementen ihre Wagen und Waren anvertrauen kann. Die Engagierung dieser Arbeitswilligen, die für den öffentlichen Verkehr eine gewisse Gefahr bilden, erfolgte auf eigenartige Weise. Verschiedene Arbeitswunde hatten das Glück, auf der Straße angehalten und von der Firma Wilske engagiert zu werden. In der Karlsruher Straße wurde mehrfach beobachtet wie Polizeibeamte Arbeitswunde nach dem Kontor der Firma Wilske führten, während die Streikposten in alle Winde verjagt wurden. Zur Kennzeichnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Wilske sei bemerkt: die Firma zahlt einen Anfangslohn von 20 M. pro Woche; hiervon gehen noch 84 Pf. Kranken- und Invalidenbeiträge ab, so daß manchen verheirateten Kutscher 19,10 M. für sich und seine Familie verbleiben. Der Höchstlohn betrug 22 M. abzüglich der gesetzlichen Abzüge. In Anbetracht der augenblicklichen enormen Teuerung sind dies wahre Hungerlöhne. Herr Klinkowski hätte alle Ursache, mit seinen bisher zufriedenen Kutschern Frieden zu halten.

Der Betrieb Wilske ist nach wie vor für jeden ehrlich und gerecht denkenden Kutscher und Arbeiter gesperrt.

#### Deutscher Transportarbeiterverband.

Statture werden erucht, nicht nach Kopenhagen zu gehen, weil dort große Arbeitslosigkeit herrscht.

Zahlarbeiter. Die am heutigen Mittwoch stattfindende Versammlung ist nicht für die in der Zigarettenindustrie Beschäftigten (wie das Interat in der Sonntagsnummer sagte), sondern für die Angehörigen der Zigarrenindustrie, Koller, Widelmacher, Jurischer usw., einberufen.

#### Deutscher Zigarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Streik der Mainflöher.

Die Mainflöher beschloßen am Sonntag in einer außerordentlichen Versammlung in Marktstr. 10, die Arbeit einzustellen. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes hatte der Mitgliedschaftsleitung der Winnschiffer und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse auf die eingereichte Forderung geschrieben, daß auf der nächsten

Generalversammlung des Mainflöher-Verbandes die Forderung der Mainflöher Gegenstand der Tagesordnung bilden und daß alsdann den Flößern Antwort gegeben werde. Dann nun der Mainflöher-Verband die Generalversammlung abzuhalten gedenkt, wurde in dem Schreiben nicht gesagt.

Die Mainflöher, die noch am Sonnabend, den 24. August, telegraphisch um Festlegung eines Termins zur Verhandlung, wenn irgend möglich zu Anfang dieser Woche, ersucht hatten, erblinden in der Antwort des Mainflöher-Verbandes eine Verschleppung ihrer Angelegenheit bis zu einem Zeitpunkt, der für die Flößer als Termin zu Verhandlungen der allgünstigste sein würde. Sie beschloßen einstimmig, die Arbeit einzustellen. — Vom Streik werden insgesamt 14 Flößereiunternehmen mit rund 250 Arbeitern betroffen.

Da die Holzzufuhr nach dem Niederrhein und nach Holland wegen Holzmannel in den Ausfuhrländern und wegen der hohen Seefrachten, die eine immense Verteuerung des Holzes nach sich ziehen, in der Hauptsache vom Main und dem Schwarzwald kommt, so ist eine ziemlich lebhaft Flößerei auf dem Main zu verzeichnen, es dürfte daher den Flößereiunternehmen die Arbeitseinstellung in der Spätjahrsperiode sehr unangelegen sein. Ein großer Teil Flößer ist in die Heimat abgereist.

#### Der Streik in der Kartonnageindustrie in Annaberg-Buchholz-Zehma.

In der erzgebirgischen Unternehmerpresse wird der Streik so dargestellt, als wenn die Arbeiter aus reiner Lust zum Streiken die Arbeit eingestellt hätten. Es wird behauptet, die Unternehmer hätten sich zu weitgehenden Zugeständnissen bereit erklärt. Der Streik wird bekanntlich wegen Verzögerung der Affordarbeit geführt. Die „weitgehenden Zugeständnisse“ der Unternehmer sind diese: Sie wollen die aufbesserungsbedürftigen Affordlöhne nach einer Verhandlung erhöhen, die bestehenden Affordlöhne, die den Lohnverhältnissen entsprechen, sollen bestehen bleiben, neue Affordlöhne sollen den jetzigen Löhnen entsprechend kalkuliert werden und die bereits vorliegenden Aufträge sollten bis ultimo 1912 zu den bisherigen Affordlöhnen ausgeführt werden. In der letzten Verhandlung wurde noch das „Zugeständnis“ gemacht: Es sollten Kommissionen gewählt werden, die für die nächsten vier Wochen in Bestellung gegebene Muster mit den Unternehmern gemeinschaftlich die Affordpreise festlegen sollten. Auf diese gar nichts besagenden Versprechungen sollten die Arbeiter einen Vertrag auf vier Jahre abschließen. Selbstverständlich kann auf einer so unsicheren Basis kein Vertrag abgeschlossen werden. Die Arbeiter hatten, weil sie sich bemüht waren, wie schmerzhaft die Ausarbeitung der Affordfrage ist, einen Prozentsatzschlag gefordert. Wenn sie 25 Proz. vorgelesen hätten und die Brinzwale in der Presse erklären, daß dies wohl einzig in der Arbeiterbewegung dabeie, so haben diese vergessen hinzuzusetzen, daß die Mehrzahl der Affordarbeiter zwischen 14 und 20 M. wöchentlich verdient. Eine ebenso schief Darstellung wird über die Zahl der am Streik Beteiligten gegenüber den noch in Arbeit Stehenden gegeben. In der Tagespresse wird behauptet, daß etwa nur ein Drittel der Beschäftigten am Streik beteiligt sei. Die Unternehmer haben bei diesen Angaben Veruschreie mit hineingezogen, die mit der Kartonnagenfabrikation gar nichts zu tun haben. Wenn die Fabrikanten der Wahrheit die Ehre geben wollten, müßten sie berichten, daß die Mehrzahl der Betriebe mit 95 Prozent der Beschäftigten am Streik beteiligt ist. Für die Unternehmer wäre also eine Verständigung leicht; mit leeren Redensarten können sich die immer hiesmütterlich behandelten Affordarbeiter nicht zufrieden geben.

Achtung, Gürtler! Bei der Firma W. Schmidt, Militär-effektenfabrik in Hannover, bestehen seit Jahren Vereinbarungen mit den dort beschäftigten Gürtlern über das Arbeitsverhältnis. Es wird vorwiegend in Afford gearbeitet. Die jetzt bestehende Affordvereinbarung enthält circa 650 Positionen. Die Vereinbarung läuft am 1. September d. J. ab. Zurzeit schweben Verhandlungen zwecks Abschlußes neuer Abmachungen. Die Firma zeigte bis jetzt nur wenig Entgegenkommen und sind deshalb Differenzen nicht ausgeschlossen. Es wird deshalb erwartet, daß unter diesen Umständen kein Gürtler bei der Firma W. Schmidt Arbeit annimmt, ehe er sich nicht bei der unterzeichneten Verwaltung erkundigt hat.

#### Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltung Hannover-Linden.

## Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Montag im großen Saal der Brauerei Friedrichshain eine Generalversammlung ab. — Zunächst wurde die gedruckt vorliegende Abrechnung vom zweiten Quartal 1912, vom Kassierer Henning noch in einigen Punkten erläutert, zur Kenntnis genommen. Danach schloß die Hauptliste in Einnahme und Ausgabe mit 661 237,57 M. ab. Der Kassenbestand am 1. Juli betrug 2873,47 M. Unter den Ausgaben ragen besonders hervor die Unterstütungen bei Krankheit mit 122 827,35 M. und bei Arbeitslosigkeit mit 159 819,55 M., Streiks und Nachregelungen erforderten 37 021,90 M. Der Lokalasse wurden 50 000 M., der Hauptkasse 150 000 M. überwiesen. — Der Kassenbestand der Lokalasse betrug am 1. Juli 1 143 271,71 M., das sind 148 109,19 M. mehr als am Schluß des ersten Quartals. Die gesamten Einnahmen beliefen sich auf insgesamt 1 254 290,55 M., die Ausgaben auf 1 111 018,84 M., darunter für Streiks und Nachregelungen 35 896,30 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. — Es folgten dann einige Wahlen, die sich glatt erledigten. Als 2. Bevollmächtigter wurde wieder Handl gewählt, als 1. Kassierer Henning als Kassier Stojak und als Revisoren Krause und Erler. Als Agitationsleiter für die Siemenswerke, welcher Posten auf Wunsch der letzten Generalversammlung geschaffen worden ist, wurde Lüd gewählt, der diese Tätigkeit probatorisch schon längere Zeit ausgeübt hat. — Hieraus gelangte ein Antrag der Ortsverwaltung, die in Berlin beim Schmiedeverband angestellten drei Kollegen nach dem Uebertritt des Schmiedeverbandes als Angestellte der Verwaltungsstelle zu übernehmen, ohne Debatte zur Annahme. — Eine lebhaft, zum Teil äußerst heftige Debatte entfaltete der Antrag der Ortsverwaltung, den § 14 Abs. 2 des Statuts so zu ändern, daß derselbe folgenden Wortlaut hat:

„Die mittlere Verwaltung. Dieselbe besteht aus:

- a) den Mitgliedern der engeren Verwaltung,
- b) den ersten Bezirksleitern,
- c) den Branchenvorstehern.

Außerdem gehören zur mittleren Verwaltung von den Angestellten diejenigen Kollegen, die den Aufendienst versehen, und aus jedem Ressort ein Vertreter.“

Die engere Ortsverwaltung ist damit einem in der letzten Generalversammlung gestellten und der Ortsverwaltung überwiegenen Antrag Müller entgegengekommen, welcher verlangt hatte, daß die Beamten nicht mehr der mittleren Ortsverwaltung angehören und durch die Objekte der 40 größten Betriebe ersetzt werden sollten. Das letztere hat die engere Ortsverwaltung nicht akzeptiert, dafür aber auch die Vertreterzahl der Beamten auf etwa ein Viertel derselben beschränkt, wodurch deren numerisches Uebergewicht über die noch werktätigen Mitglieder der mittleren Ortsverwaltung beseitigt ist. Dessen Kompromißantrag hat sich auch die mittlere Ortsverwaltung und der Antragsteller Müller angeschlossen. Seitens einiger Angestellten, die dadurch um ein jahrelang bestehendes Recht kommen, wurde der Antrag scharf bekämpft. Demgegenüber wurde aber betont, daß dieses Recht sich mit dem Wachstum der Organisation nicht länger aufrecht erhalten lasse. Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Ein Amendement, alle Angestellten, aber nur mit beratender Stimme zur mittleren Ortsverwaltung zuzulassen, war dadurch erledigt. — Laut einem anderen von der Generalversammlung angenommenen Antrag werden nun diejenigen Beamten, die aus der mittleren Ortsverwaltung ausscheiden müssen, Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung. — Ein Antrag Vardi wurde nach kurzer Debatte angenommen, nachdem der Antragsteller

sich zu einer kleinen Änderung verstanden hatte. Der § 15 des Statuts lautet gemäß diesem Antrag von jetzt ab:

1. Beschlüsse einer Körperschaft, engere, mittlere und erweiterte Ortsverwaltung sind, soweit dieselben endgültig sind, auch für die Minorität bindend und verpflichtend.

2. Beschlüsse, welche zur endgültigen Erledigung einer weiteren Körperschaft zugehen, sind für die Minorität nicht nur nicht bindend, sondern es hat dieselbe das Recht, bei Beratung in der nachfolgenden Körperschaft ihren Standpunkt dort zu vertreten. Mit Zustimmung der den Beschlüssen fassenden Körperschaft kann auch ein Korreferent ernannt werden.

Ein Antrag Rauprich verlangte, daß der bestehende Wahlmodus folgendermaßen umgewandelt werde:

Erhalten mehr Kandidaten die Unterstützung der Generalversammlung, als zu wählen sind, so daß eine Urwahl vorgenommen werden muß, so wird diese Wahl nicht mehr am Sonntag, sondern in der nach der Generalversammlung stattfindenden Bezirksversammlung vorgenommen. Für Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongressen findet vorstehendes keine Anwendung.

Der Antrag wurde damit begründet, daß für die Urwahlen bei den Mitgliedern kein sonderliches Interesse vorhanden sei und die manchmal sehr hohen Kosten dafür besser angewandt werden könnten. Der Vorsitzende Cohen bekämpfte aber den Antrag schon aus dem Grunde, weil dadurch die Schlichter, soweit sie sich für die Wahlen interessierten, um ihr Wahlrecht gebracht werden würden. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die Revisoren der städtischen Gaswerke beschäftigten sich in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung mit ihren Gehaltsverhältnissen. Aus dem Referat, welches der Bevollmächtigte des Verbandes der Bureauangestellten hielt, war folgendes zu entnehmen: Zurzeit werden in 88 Revisionsinspektionen rund 280 Kollegen beschäftigt, dazu kommen circa 70 weibliche Angestellte. Von 170 verheirateten Kollegen müssen deren Ehefrauen durch Erwerb zu den Haushaltskosten beitragen. Die Angestellten hat man in drei Gruppen geteilt: in erste Schreiber, zweite Schreiber und Hilfs-schreiber. Das Anfangsgehalt der Hilfschreiber beträgt 112 M., steigend auf 133 M. monatlich in 10 Dienstjahren. Die zweiten Schreiber erhalten 128 M., steigend auf 158 M. in 12 Dienstjahren. Die ersten Schreiber haben ein Anfangsgehalt von 182 M., steigend in 12 Jahren bis 171 M. Hierzu ist zu bemerken, daß in jedem Revier nur ein erster und ein zweiter Schreiber beschäftigt ist, also das Gros der Kollegen immer als sogenannte Hilfschreiber gilt und demnach in zehn Jahren und darüber hinaus nur 183 M. beziehen kann. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

Die Bureauangestellten der städtischen Betriebe (Gaswerke) beauftragen die Branchenleitung des Verbandes der Bureauangestellten, folgende Wünsche der Stadtverwaltung zu unterbreiten und um deren Erfüllung zu ersuchen:

1. Erhöhung des Anfangsgehaltes auf 180 M. monatlich, steigend in zehn Jahren bis auf 200 M.; die zurzeit gezahlten Gehälter sind entsprechend der Erhöhung des Anfangsgehaltes zu regeln.

2. Abschaffung des Sonntags- und Feiertagsdienstes.

3. Anerkennung eines von den Angestellten zu wählenden Ausschusses.

Zum Bericht über die Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine von Groß-Berlin bittet uns Genosse Grunwald mitzuteilen, daß er in bezug auf den Bezirksbildungsaußschuß sich nicht gefügt habe: „nachdem der Ausschuß gebildet sei, könne eine außerordentliche Generalversammlung endgültige Beschlüsse fassen“, sondern er habe ausgeführt: die Instanzen sollten den Ausschuß schleunigst vorbereiten, seine endgültige Wahl und seine endgültige Aufgabensstellung müsse aber einer Generalversammlung von Groß-Berlin vorbehalten bleiben.

## Letzte Nachrichten.

### Schweres Bergwerkunglück.

Bernburg, 27. August. (Fig. Tel. des „Vorwärts“.) Auf dem im Abteufen begriffenen Schacht Bernburg wurden heute infolge Platzens eines Dampfrohres der Steiger Herzog getötet und der Drittelführer Schmidt lebensgefährlich verletzt.

### Der jungtürkische Kongress.

Konstantinopel, 27. August. (P.-G.) Die jungtürkischen Anhänger hielten eine vorbereitende Sitzung ab, in der über die Festlegung der Arbeiten des jungtürkischen Kongresses beraten wurde. Die Zahl der Delegierten wurde auf 25 festgesetzt. Falls es notwendig erscheint, dürften alle Mitglieder der aufgelösten Kammer und des Senats dem Kongresse beiwohnen.

### Das bulgarische Regierungsorgan wiegelt ab.

Sofia, 27. August. (B. L. B.) Das Blatt „Mik“ fordert die bulgarische Presse auf, das Projekt des Grafen Berchtold nicht leichtsinnig und einzig und allein deswegen zu verurteilen, weil es von einem österreichisch-ungarischen Minister stamme, sondern mit Vertrauen, wenn auch ohne Begeisterung abzuwarten. Das Blatt gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Projekt keine Beleidigung der Gefühle der Balkanvölker bedeuten werde, mit denen Oesterreich-Ungarn so viele Interessen gemein habe. Das Balkanproblem werde nicht ohne tätige Teilnahme Oesterreich-Ungarns gelöst werden. Oesterreich-Ungarn werde sich sicherlich darüber klar sein, daß die beste Lösung der Frage die sein werde, die nicht auf Opposition der Balkanstaaten stöße.

### Ueberschwemmungsgefahr.

Rothhausen, 27. August. (P.-G.) Die Werra, Fulda, Saale, Ansturt, Oder und Diemel führen seit heute nachmittags Hochwasser. Eine allgemeine Ueberschwemmung wird befürchtet.

### Zwei Todesurteile.

Leipzig, 27. August. (B. L. B.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Raters Hofer, der am 6. Juli vom Schwurgericht in Mannheim wegen Nordes zum Tode verurteilt worden war. Hofer hatte am 17. März in Heidelberg seine Geliebte in den Neckar geworfen, um sich ihrer zu entledigen. Ferner verwarf das Reichsgericht die Revision des Tagelöhners Knopp, der dem Schwurgericht in Köln am 10. Juli wegen Nordes zum Tode verurteilt worden war. Knopp hatte im betrunknen Zustande sein Kind in einem Schranke erhängt.

### Schon wieder ein Spionagefall.

Wanne i. W., 27. August. (B. L. B.) Heute nachmittag wurde der bei der Tiefbaufirma Leonhard Roll angestellte Holzer Heinrich Rechner unter dem dringenden Verdacht der Spionage zugunsten Frankreichs verhaftet und dem Amtsgericht Gelsenkirchen zugeführt. Rechner war früher Diplomingenieur. Als solcher wurde er bereits vor einigen Jahren wegen verurteilter Spionage verhaftet und überführt.

### In den Bergen abgestürzt.

Jandbrunn, 27. August. (B. L. B.) Der Maschinenmeister Rüh aus Bogen ist bei einer Bergpartie im Tierferial abgestürzt und tödlich verunglückt. Die Leiche wurde von einer heute vormittag ausgehenden Rettungsexpedition geborgen.

### Streik spanischer Textilarbeiter.

Cerbere, 27. August. (B. L. B.) Wie aus Tortosa (Spanien) gemeldet wird, hat eine Fabrik der Textilindustrie infolge des Streiks von achthundert Arbeitern beschloßen, den Betrieb einzustellen.



# Die Stellung der Frau im Recht der Kulturstaaten.

Unter diesem Titel sind kürzlich in Buchform (Verlag G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. V., 188 Seiten) in deutscher, englischer und französischer Sprache die Berichte erschienen, die der Internationale Frauenbund im Jahre 1909 veranlaßt hat, um festzustellen, in welchem Grade die Frau in den Gesetzesbestimmungen der verschiedenen Länder in den Rechten ist als der Mann. Die einzelnen Nationalverbände des Internationalen Frauenbundes haben die volle Verantwortung für die absolute Zuverlässigkeit ihrer Angaben übernommen. Das veröffentlichte Material dürfte also unanfechtbar sein; es ermöglicht uns, Vergleiche zu ziehen zwischen den sogenannten Kulturstaaten, inwiefern sie der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frau im privaten und öffentlichen Recht entsprechen.

In der Familie und im Hause, der ureigensten Wirkungsstätte der Frau, ist sie fast ausnahmslos dem Manne untergeordnet. Das russische Gesetzbuch z. B. stellt die Rechte der Frau in der Ehe in den §§ 106—108 wie folgt fest: „Die Frau schuldet dem Manne als dem Haupte der Familie Gehorsam, Liebe, Ehrerbietung und unbegrenzte Hingebung.“ Das griechische Gesetz fordert, die Frau solle ihrem Manne gehorchen und ihn fürchten. Selbst ein so altes Kulturland wie Frankreich mit seinen freiheitlichen Traditionen aus den Zeiten der Revolution verpflichtet die Frau bis auf den heutigen Tag ausdrücklich zu bedingungslosem Gehorsam gegen den Mann. Dasselbe gilt für die Niederlande. Die Folge der Herrschaftsstellung des Mannes ist, daß die Frau gewöhnlich über ihr Vermögen und die Einkünfte aus ihrer Berufsarbeit nicht frei verfügen kann. Ein liebreicher Mann kann also die Früchte der Arbeit seiner fleißigen Frau in völlig legaler Weise vergeuden. Das dänische Gesetz schränkt die Rechte des Mannes über die Einkünfte der Frau in etwas ein. Italien, Oesterreich und der australische Staat Neusüd-Wales erkennen prinzipiell das Selbstverfügungsrecht der Frau über ihren Besitz an, machen aber einige Einschränkungen zugunsten des Mannes. Ungehinderte freie Verfügung über ihre persönlichen Einkünfte hat die verheiratete Frau nur in der Schweiz, in Ungarn, Griechenland, Bulgarien, Schweden, Großbritannien, in den Vereinigten Staaten und in den australischen Staaten Tasmanien und Queensland. Das Entscheidungsrecht in allen Angelegenheiten des Hauswesens und der Kindererziehung steht fast überall dem Manne allein zu. Statt elterlicher Gewalt — wie es recht und billig wäre — besteht einseitig väterliche Gewalt. Sie dauert nicht selten noch fort, wenn die Ehe geschieden ist und sogar dann, wenn der Gatte als schuldiger Teil erklärt und der schuldlos geschiedenen Frau das Erziehungsrecht und das Recht mit ihren Kindern zu leben, zuerkannt worden sind. Trotzdem behält der Mann in solchen Fällen unter anderen Rechten z. B. das Nutzniehungsrecht am Vermögen der Kinder. Dieser Fall trifft für Deutschland und Frankreich zu. Die geringschätzigste Behandlung der Frau im Gesetz ist um so ungerechter, als sie die physische Last der Aufzucht der Kinder ganz trägt und geistlich verpflichtet ist, wenn der Mann ihr die nötigen Mittel dazu verweigert oder nicht geben kann, selbst für den materiellen Unterhalt der Kinder zu sorgen. Das gleiche Erziehungs- und Bestimmungsrecht beider Eltern wird nur anerkannt in 12 der Vereinigten Staaten — 34 Staaten in Nordamerika geben dem Vater das Uebergewicht —, in Argentinien, der Schweiz, in Norwegen, Italien, Bulgarien und Rußland. Da die russische Frau aber zu absolutem Gehorsam gegen ihren Mann ver-

pflichtet ist, sieht ihre Gleichberechtigung in allen Dingen, die die Kinder betreffen, nur auf dem Papier.

In bezug auf die Scheidung der Ehe finden sich bei vielen Völkern schwere Benachteiligungen der Frau. Gleiche Bestimmungen für Mann und Frau, ohne daß einem Teile die Wiederverheiratung verboten werden kann, gibt es mit Ausnahme von Nord-Carolina, das überhaupt keine Scheidung zuläßt, in allen Staaten der nordamerikanischen Union. Die Zahl der Scheidungsgründe ist in den einzelnen amerikanischen Staaten verschieden. Auch in der Schweiz, in Bulgarien, Norwegen und in dem australischen Staate Neuseeland haben Mann und Frau gleiche Scheidungsrechte. In Deutschland, Schweden, Schottland und Frankreich wirkt die eheliche Bevormundung der Frau durch den Mann selbst nach der Scheidung fort und hindert die Frau an selbständiger Verfügung über ihr Vermögen. Ehebruch der Frau genügt in Frankreich, England, Irland, Tasmanien, Italien und Griechenland, um den Mann zur Scheidungsklage zu berechtigen; dagegen müssen zum Ehebruch des Mannes noch grausame Behandlung, böswilliges Verlassen oder andere erschwerende Umstände hinzutreten, damit die Ehe auf Antrag der Frau geschieden werden kann. Wenn die griechische Ehefrau auch nur eine Nacht außerhalb der ehelichen Behausung verbringt, so hat der Mann das Recht auf Scheidung, ohne daß er die Mitgift der Frau zurückerstatten braucht. Der Mann dagegen kann jede Nacht außerhalb des Hauses schlafen, ohne daß er seiner Frau Rechenschaft abzulegen braucht. So glaubt die Gesellschaft die „Heiligkeit“ der Ehe zu schätzen, indem sie nicht nur die Scheidung nach Möglichkeit erschwert oder unmöglich macht, sondern auch — mit wenigen Ausnahmen — die Schuld von Mann und Frau mit zweierlei Maß mißt.

Die rechtliche Stellung der Frau zu ihren unehelichen Kindern ist ein Kapitel zahlloser Leid- und tränenvoller Tragödien. In der bürgerlichen Gesellschaft sind Ehe und Familie privilegierte Stützen des Staates und des Privateigentums. Nur in diesem Rahmen wird der Mutterpflicht Wert zuerkannt, statt sie ganz allgemein als eine Bereicherung der Gesamtheit zu würdigen. Nur den ehelichen Kindern kommt die volle Fürsorge des Vaters und nach seinem Tode seine Hinterlassenschaft zu. Das uneheliche Kind ist ja nach § 1589 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches mit seinem Vater überhaupt nicht verwandt, eine Auffassung, die, wenn sie auch nicht immer so brutal ausgesprochen wird wie bei uns, doch die Gesetze fast aller Länder beherrscht. Zu der Schande, die die landläufige doppelte Moral auf die uneheliche Mutter häuft, kommt noch ihre ökonomische und soziale Benachteiligung im Recht. Selbst wenn der Vater, wie es gewöhnlich, z. B. auch in Deutschland üblich ist, zum Unterhalt des unehelichen Kindes herangezogen werden kann, so wird doch meistens die uneheliche Mutter ganz allein für ihr Kind einzustehen haben, so lange der Staat nicht die Unterhaltspflicht übernimmt in den zahlreichen Fällen, wo der uneheliche Vater sich der Zahlung von Alimenten zu entziehen weiß. In Deutschland geht die Mutter sogar aller Alimentenansprüche verlustig, wenn ihr nachgewiesen wird, daß in der Empfängniszeit noch ein anderer Mann intime Beziehungen zu ihr hatte. Eine weitere Ungerechtigkeit — die der deutsche Gericht zu erwähnen vergessen hat — liegt darin, daß die Alimente nach der Lebensstellung der unehelichen Mutter bemessen werden. Auf diese Art zahlt unter Umständen der Millionär für sein uneheliches Kind kein höheres Erziehungs-geld als der Arbeiter. Von grausamer Härte gegen die Verführte und Verlassene ist jedoch die berüchtigte Bestimmung des Code Napoléon: „Das Fortschicken nach der Vaterschaft ist verboten, das Fortschicken nach der Mutterchaft ist gestattet.“ In ungeschwächter Brutalität herrscht dieser Grundsatz noch in Bulgarien, während Frankreich und Italien sich in letzter Zeit zu einigen kleinen Milderungen verstanden haben. Wo ein

schriftliches Eingeständnis der Vaterschaft vorliegt, wo das uneheliche Kind die Frucht einer Vergewaltigung ist, wo Verführung unter Mißbrauch eines Autoritätsverhältnisses oder auf Grund eines Heiratsversprechens bewiesen wird, kann die uneheliche Vaterschaft in Frankreich neuerdings gerichtlich anerkannt werden. Während die uneheliche Mutter in England und Schottland sehr bescheiden bemessene Unterhaltsansprüche gegen den Vater für ihr Kind geltend machen kann, hat sie im irischen Gesetz keinen Rechtsanspruch an ihren Versorger. Nur wenn die Mutter mit ihrem Kinde in das workhouse, das Armenhaus, geht, können die gesetzlichen Vormünder den Vater haftbar zu machen zwingen. Diese Unterhaltspflicht erlischt aber, sobald die Mutter ihr Kind aus dem workhouse nimmt. Tatsächlich kommen Alimentationsklagen dieser Art in Irland so selten vor, daß der zuständige County Court, das Provinzialgericht, nur viermal im Jahre zusammentritt. In der Zwischenzeit hat der gewissenlose Mann reichlich Zeit, zu verschwinden. Wir sehen also in fast allen Ländern, daß das Gesetz die uneheliche Mutter zum Unterhalt ihrer Kinder verpflichtet, daß der Staat aber nichts tut, um ihr die schwere Bürde zu erleichtern, die gewöhnlich über ihre Kräfte geht. So vereinigt sich oft alles, um die uneheliche Mutter in Schande und Verzweiflung zu jagen, sie der Prostitution zuzutreiben oder aber den entsetzlichen Entschluß, ihr Kind zu töten, in ihr reifen zu lassen. Der Verwahrlosung überlieferte uneheliche Kinder bilden bekanntlich in großer Zahl die Rekruten des Verbrechens. So rächt sich an der Gesellschaft das Unrecht, daß sie den Unehelichen die menschenwürdige Existenz schuldig blieb. Humanere Gesetzesbestimmungen finden wir nur in Dänemark und Norwegen. Hier hat man wirksame Mittel gegen säumige Alimentenzahler gefunden. Sorgt der Vater nicht für den Unterhalt seines unehelichen Kindes, so wird er in Dänemark zu Schuldhaft, in Norwegen zu Zwangsarbeit verurteilt und verliert das Wahlrecht. Die Gemeinde sorgt an seiner Statt für Mutter und Kind und rechnet dem Vater — niemals der Mutter — den verauslagten Betrag als Armenunterstützung an.

Es ist kein Wunder, daß die Frau, die selbst ihr ganzes Leben lang unter der Vormundschaft des Mannes steht, entweder gar nicht — wie in Schweden — oder nur mit unwürdigen Einschränkungen Vormund sein kann. Die Vormundschaft über andere Kinder als ihre eigenen ist ihr unterjagt in Frankreich, Holland, Oesterreich, Ungarn und Griechenland. In Deutschland bedarf sie zur Vormundschaft über fremde Kinder der Einwilligung des Mannes. In Oesterreich kommt die Frau ihren eigenen Kindern gegenüber als Vormund erst in letzter Linie in Frage und auch dann nur in Gemeinschaft mit einem männlichen Mitvormund. Diesen Mitvormund muß sie auch in England gefallen lassen. Uneingeschränktes Vormundschaftsrecht hat sie nur in der Schweiz. So ist die Frau in ihrem privaten Leben noch überall gebunden und in ihren Entschlüssen eingeengt. Bis über seinen Tod hinaus kann der Mann häufig in ihr Leben bestimmend eingreifen, wie sie schon bei seinen Lebzeiten in allen Dingen von ihm abhängt. Sie muß bei der Verheiratung seinen Namen annehmen, seinen Wohnort teilen, die Ausländerin verliert durch Heirat ihre Staatsangehörigkeit. Alle diese privatrechtlichen Benachteiligungen der Frau sind Reste längst vergangener Zeiten, in denen es noch Sklaverei und Leibeigenschaft gab. Sie kamen auf, als das Mutterrecht auf kommunistischer Grundlage dem Vaterrecht und der Herrschaft des Privateigentums weichen mußte.

Annähernde Gleichberechtigung erwirkt für die Frau nur in einem Teil des öffentlichen Rechtes — im Strafrecht. Einer der folgenschwersten Paragraphen unter den wenigen Strafbestimmungen, die sich einseitig gegen das Weib richten, ist der, der die Grundlage zur Reglementierung der Prostitution (Stellung unter Sitten-

## Kleines feuilleton.

**Berliner Radkultur.** Rad! Rad! — nicht Rad... (Mit der Radkultur ist das so eine Sache, sie ist im Aussterben, ihre Jünger waschen sich nicht mehr so häufig...) Mit der Berliner Radkultur aber ist es so bestellt:

In einem Raum mittlerer Größe sitzen an den Tischen die Lehrlinge und jüngeren Angestellten der bedeutenderen Berliner Firmen, untermischt mit Studenten, die durch Einklemmen eines runden Blases in eins ihrer Ringe und durch eine stolpe Haltung eine vornehme Abkunft vorzuspielen sich bemühen — und andererseits sitzen an den Tischen jene Art Frauen, die der kundige Beobachter, dem mittleren Bürgerstande und der Provinz entzogen, nicht zu Unrecht als leichtfertig und zweifelhaft zu bezeichnen liebt. Die Vertreter beider Geschlechter stehen in regem Gedankenaustausch: es kann sogar im Laufe des Abends vorkommen, daß ein munteres Scherzwort, wie: „Ra, Kleener!“ — einen Heiterkeitsturm bei den Umstehenden auslöst. Auffallend für den nicht Einheimischen ist das Bestreben, mehr zu scheinen, als man ist: der Kommiss fällt vor, ein Graf zu sein — was ihm oftmals nicht allzu schwer fällt — junge Leute, die tagsüber Seidenrollen in die richtigen Fächer zu transportieren haben, legen hier das sorglose Benehmen eines „Lebemannes“ an den Tag, und die Damen...! Es ist ganz erklärlich, wie diese armen Wesen sich anstrengen müssen, um den anwesenden Herren eine Eleganz, einen Dukt von — großer Welt vorzutäuschen, einen Stil, den diese einst ehrbaren Töchter fleißiger Handwerker nicht von entfernt gerochen haben.

In der Mitte ist Tanz. Man bettet, offen das Letzte der Liebe hierbei andeuten... Musik gibt es, helles Licht, Leute, die hinausgehen, und solche, die prägenden Auges hereinkommen... Und ich kann nicht umhin, zu betonen, wie sehr traurig das alles ist. Es hat nicht den Ton unbefangener Fröhlichkeit, aber auch nicht die Kultur einer durchtriebenen Pariser Koloite — Labenschwengel, Französiner. Was, das sich mit Gewalt höher schrauben will und sich vornehm dünkt... Es ist zu blöde, um unmoralisch zu sein.

Wohin aber einer hier mit dem mittelalterlichen Geschick der „Moral!“ aufrücken wollte, so fällt mir der Hund auf der Straße ein, der sich stößt; sein Herr verbietet es ihm. Er sollte ihn baden!

Über die sittliche Bedeutung der sozialistischen Arbeiterbewegung hat Dr. L. Magaz, Zoologie-Professor an der Universität Zürich, anlässlich des Züricher Generalstreiks in einem Artikel der Zeitschrift „Neue Wege“ Worte gefunden, die gleichermaßen von tiefem Ernst wie von wahrer Gerechtigkeitsliebe Zeugnis geben und besonders erfreulich an einer Stelle sind, von der wir in Deutschland fast nur dienstwillige Pfaffen reden hören. Magaz tadelt die Anordnung des Generalstreiks, die auch viele Züricher Genossen abgelehnt hatten, da noch kein Grund zu einer äußersten Maßregel vorgelegen habe. Aber die glänzende und wahrhaft würdige Durchführung wie die Haltung der Regierung habe ihn nachträglich gerechtfertigt. „Nun haben wir ein Wunder erlebt. Vor-

der Nacht des sittlichen Gedankens, der die Arbeiterbewegung trägt, sind alle Dämonen verschwunden. Ja, ein hohes Wunder ist es: der Geist einer sittlich gebundenen Freiheit hat die Massen ergriffen.“ Er kennzeichnet die lospfele und verlogene Haltung der „öffentlichen Meinung“ gegenüber dem „Geiste der Selbstachtung und reifen Männlichkeit der Arbeiterbewegung, die mit ihrer Erziehung der Massen die bürgerliche Welt vor Anarchie und Zersörung schützt.“ Er spricht von einem „Wunder der Nacht des Guten, einer Offenbarung des Göttlichen im Menschen, Morgenluft jenes Tages, wo die Arbeit frei und das Proletariatium zu Ende sein wird.“ Er kritisiert scharf das Truppenaufgebot, das tausenden Arbeitern das Militär verleiden mußte. „In mir ist an jenem Abend etwas gestorben, aller Stolz auf die Schweizerfreiheit und die Mission der Schweiz.“ Am bittersten aber traf ihn die „Abwesenheit sozialen Denkens und Empfindens, die sich in unserer bürgerlichen Gesellschaft zeigt.“ — Bitter kritisiert er die Angst vor der „Revolution“, zu der der Streik umgelagert wurde, die gerade in der Schweiz mit ihrer revolutionären Geschichte so lächerlich sei — ebenso die Hege gegen die „ausländischen Hege“, während zahlungsfähige ausländische Kämpfer umkochen werden. „Das ist des Pudels Kern: unsere bürgerliche Gesellschaft beurteilt, ohne es zu wissen, die Arbeiterchaft, als ob sie eine Art Helotenklasse wäre und bleiben müßte... Die soziale Revolution ist ein Stück Verwirklichung des Programms: Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!

Ein Schauspielertongress in Mailand. Die italienischen Bühnenkünstler haben dieser Tage den zweiten Kongress ihrer Berufsorganisation abgehalten. Vertreten waren durch 35 Delegierte im ganzen 1700 Mitglieder. Trostlos, wie allenthalben, ist auch die Lage der italienischen Schauspieler. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland und Oesterreich wird in Italien der Schauspieler nicht vom Theaterdirektor oder „Besitzer“ engagiert, sondern er wird von einem Capo-comico, von dem Direktor einer Truppe, angeworben und tritt mit dieser Truppe in den verschiedenen Städten auf. Hieraus ergibt sich insofern eine prekäre Lage, als ein Capo-comico noch viel häufiger in Zahlungsschwierigkeiten gerät. Auch ist das Reiseleben anstrengender, die Unkosten sind größer, die Einnahmen ungewisser usw. Bis jetzt hat die Organisation der Schauspieler in Italien wenigstens das erreicht, daß ein Teil der größeren und angelegenen Truppen den Normalvertrag des Verbandes ihren Abmachungen mit dem Personal zugrunde legen. Der Kongress forderte zunächst eine Klassifizierung der Schauspielertruppen in solche ersten und zweiten Ranges. Eine Kommission, in die die Verbände der Schauspieler, der Capo-comici und der Theaterbesitzer je einen Delegierten senden, soll diese Klassifizierung vornehmen. Für alle Truppen erster Klasse wird gefordert, daß sie den Künstlern Jahresgehalt gewähren und einen Monat Ferien im Jahr. Während des Kongresses machte sich die Tendenz geltend, auch bei den weiteren Forderungen die Truppen zweiten Ranges weniger zu belasten, aber diese Tendenz vermochte sich nicht durchzusetzen. Bei der Kostümforderung die Mehrheit, daß alle historischen Kostüme, mit Ausnahme der aus-

der Zeit Goldonis, bis zum Jahre 1845 von dem Capo-comico zu liefern seien. Auf hochgradige Ausbeutung läßt die Forderung schließen, einen Maximalarbeitstag von zwölf Stunden zu gewährleisten! Die Zeit der Eisenbahnfahrt soll als Arbeitszeit betrachtet werden. In der Frage des Minimallohnes lehnte der Kongress es auch ab, einen Unterschied zwischen den Truppen ersten und zweiten Ranges zu machen. Unter Hinweis darauf, daß auch viele Truppen berühmter Schauspieler heute viel weniger zahlen würden ein Mindesttagelohn von 7 Lire gefordert, wozu 2 Lire Zuschlag kommen sollen, sobald eine reisende Truppe nicht länger als einen Tag an einem Ort verweilt. Ferner forderte der Kongress die Einrichtung von Gewerbegerichten für den Schauspielerstand, die Ausdehnung der Frauen- und Kinderbeschutzgesetze auf diesen und die Einschaltung in das von der Organisation anerkannte Kontraktstema der Verpflichtung für die Capo-comico, ihre Schauspieler bei der freien Disposition „Tommaso Salvini“ einzutragen, und ihnen den Beitrag vom Gehalt einzubehalten. Endlich wurde noch eine Erhöhung des Verbandsbeitrags beschlossen, der nunmehr für die Schauspielertruppen ersten Ranges 1,50, für die zweiten Ranges 0,75 Lire im Monat beträgt. Der syndikalistische Abgeordnete Marangoni, der dem Kongress beizuhöhen, erbot sich, die Forderungen der Schauspieler an die Gesetzgebung im Parlament zu vertreten.

### Notizen.

— Raeterlinds „Aglavaine“ und „Selsette“ wird Donnerstag zum 50. Geburtstag des Dichters in Reinhardts Kammertheater gegeben.

— Die Ausstellung für Wohnungskunst in der „Philharmonie“, Vornburger Straße, war am vorigen Sonntag von reichlich 3000 Personen besucht. Die ausgestellten Wohnungseinrichtungen und Ledermöbel, ganz besonders aber die Hochschule für Tapezierer und Dekorateur erfreuten sich eines sehr regen Zuspruchs. Jeden Nachmittag von 4—7½ Uhr konzertiert das Berliner Sinfonie-Orchester.

— Die Komödie „Bägi“ von Holz-Fersche wird von nun an auch in England und Amerika zur Aufführung kommen. — Theodor Körner, der Sänger des Freiheitskrieges, soll, nach verbürgten Tatsachen, nicht in der Schlacht gefallen, sondern wegen seiner Spöttereien über den leicht erzwungenen Sieg durch einen gefangenen französischen Offizier, der deutsch verstand und sein Volk beleidigt erachtete, meuchlings erschossen worden sein. Wenn das wahr ist — wo bleibt dann die dem Dichter 1813 zugeordnete glorifizierung ob seines erlittenen „Heldentodes“?

— Ernst Postart denkt auch in der kommenden Theater-saison seine „Abschiedsspiele“ fortzusetzen.

— Dem holländischen Marineoffizier Carl W. Thomas soll es gelungen sein, einen Apparat zu konstruieren, der es jedermann möglich mache, selbst die astronomische Ortsbestimmung sofort abzulesen, ohne erst eine etwa zwei Stunden dauernde astronomisch-mathematische Berechnung vorzunehmen. Klingt ja ein bißchen ungläublich, weshalb es täuschend erscheint, einmal die Probe aufs Exempel — abzuwarten.



polizei) bildet. Er wird in dem vorliegenden Buche nur erwähnt in den Berichten aus Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Queensland. — Wo Ehebruch auf Antrag unter Strafe gestellt werden kann, sind die gesetzlichen Folgen für die Frau meistens härter als für den Mann, dessen ehebrecherische Handlungen viel leichter gewertet werden. So kann die des Ehebruchs überführte Frau in Frankreich mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 2 Jahren bestraft werden, während der Mann, der eine Konkubine in dem ehelichen Haushalt unterhält, auf Klage der Frau nur mit Geldstrafe von 100 bis 2000 Frank bestraft werden kann. Ueberrascht der Mann seine Frau in seinem Hause beim Ehebruch und tötet sie, so bleibt er straflos. Das französische Gesetz dehnt also die eheherrliche Gewalt bis zur Verächtlichmachung über Leben und Tod der Frau aus. In bezug auf die Strafen für Kindesmord in den einzelnen Ländern sind die Verurtheilungen sehr verschieden, obwohl diese unnatürlichste und bei unseren sozialen Verhältnissen oft doch so verständliche Tat ein spezifisch weibliches Verbrechen ist und auf das engste zusammenhängt mit der Schutzlosigkeit der unehelichen Mutter. Die Gesetze einiger Länder tragen dem besonderen Seelenzustand und der körperlichen Verfassung der unehelichen Mutter Rechnung, indem sie Kindesmord milder bestrafen als gewöhnlichen Mord. Dagegen steht in England auf Kindesmord Todesstrafe. In keinem Lande aber — außer Norwegen — wird der Verführer, der seine schwangere Geliebte hilflos der Verzweiflung überließ, als Mitschuldiger an ihrem Verbrechen zur Verantwortung gezogen. Schwer wird in allen Ländern an der schuldigen Frau die Abtreibung der Leibesfrucht geahndet, die in den meisten Fällen ein Akt der Notwehr gegen drohende Schande oder die Existenzgefährdung schon vorhandener Kinder ist.

Zahlreich sind die Rechtsbeschränkungen der Frau in der Gerichtsverfassung und im Prozeßrecht. Vom Richterberuf ist sie überall ausgeschlossen, mit Ausnahme von Argentinien, Tasmanien, Victoria und Queensland, wo ihr überhaupt alle Berufe offen stehen. In Europa ist Norwegen das einzige Land, das Frauen als Laienrichter in Strafsachen und als Beisitzer bei Zivilstreitigkeiten zuläßt. Als Anwältinnen dürfen sie außer in den zuletzt genannten Ländern nur noch in Dänemark, Frankreich und den Vereinigten Staaten wirken. Es ist klar, daß der einseitige Männerstandpunkt in der Rechtspflege der Frau oft verhängnisvoll wird, wenn sie als Angeklagte vor Gericht steht.

Mit diesen Feststellungen ist die rechtliche Stellung der Frau in den Kulturstaaten in den Hauptzügen skizziert. Jeder der erwähnten Berichte — ohne Ausnahme — weist von tiefergreifender rechtlicher Benachteiligung der Frau dem Manne gegenüber zu melden. Nirgendwo hat die volle Gleichberechtigung der Frau eine Stätte gefunden. Gleichen Lohn für gleiche Leistung haben selbst die am meisten fortgeschrittenen Staaten noch nicht anerkannt. Verheißungsbolle Ansätze zum Besseren finden sich nur in den Ländern, die den Frauen das politische Wahlrecht verliehen haben. Politisches Wahlrecht besitzen die Frauen bekanntlich nur in vier Staaten der amerikanischen Union, ferner in Australien, wo sie im Staate Queensland dem Wortlaut des Gesetzes nach sogar ins Parlament gewählt werden können. Der Bericht von Neu-Seeland enthält die charakteristische Bemerkung, daß alle Gesetze, die den Frauen günstig sind, seit dem Jahre 1903 datieren, als den Frauen das Wahlrecht zum Parlament verliehen wurde. In Europa steht der Frau das aktive und passive Wahlrecht in Gemeinde und Staat in Norwegen zu. Schweden hat ihr bisher nur das Gemeindevahlrecht gegeben. Finnland, wo die Frauen auch das volle Bürgerrecht besitzen, wird in dem Buche selbstamerweise nicht erwähnt. In Deutschland haben einige Staaten den Frauen ein an Besitz und Bürgerrecht gebundenes Gemeindevahlrecht gegeben. Ein Recht auf irgend ein Amt, das auf Wahl beruht (Armenpflege, Wohnungsinspektion usw.) besitzt die deutsche Frau in der Gemeinde in der Regel nicht.

Die bürgerlichen Herausgeberinnen des Buches „Die Stellung der Frau im Recht der Kulturstaaten“ erheben „im Namen der Gerechtigkeit“ von neuem die Forderung des Stimmrechts für die Frau, damit sie die Ungleichheit der Gesetze beseitigen kann, unter der sie im Hause, im Beruf, in der Gemeinde und im Staate leidet.

Längst haben die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gewandelt. Die Frau wird in immer steigendem Maße in das Erwerbsleben einbezogen und im harten Daseinskampfe auf eigene Füße gestellt. Die Schutzherrschaft des Mannes über die Frau ist sinnlos geworden. Es genügt deshalb nicht, die Forderung des Frauenstimmrechts nur im Namen der Gerechtigkeit zu erheben. Ihr gesellen sich im Zeitalter der Frauenarbeit die stärksten sozialen und wirtschaftlichen Motive zu und verleihen der Frauenbewegung eine Wucht und Gewalt, die sie vordem nicht besaß. Die Millionenheer der arbeitenden Frauen in allen Ländern ist heute an der Erringung politischer Rechte am meisten interessiert. Aber als Opfern der kapitalistischen Ausbeutung ist ihnen mit der Mitwirkung an der Gesetzgebung allein nicht geholfen, die ihnen nicht das Endziel schlechthin, nicht die Lösung der Frauenfrage sein kann, wie der bürgerlichen Frauenbewegung. Nein, politische Befreiung durch das Stimmrecht ist der aufgeklärten Arbeiterin nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zu ihrer und ihrer Klasse wirtschaftlichen Befreiung, und sie erkämpft die Gleichberechtigung nicht in politischer Neutralität, wie sie der bürgerlichen Frauenbewegung vorschwebt, sondern im engsten Anschluß an die erprobte Vorkämpferin der Frauenrechte, die Sozialdemokratie. Sie fordert die Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen und tritt national und international ein für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Die Kreisgeneralversammlung des 1. württembergischen Wahlkreises (Stuttgart-Stadt und Land) wurde am Sonntag, 25. August, im Gewerkschaftshause in Stuttgart fortgesetzt. Die Versammlung war wiederum sehr stark besucht; 128 Delegierte waren anwesend. Als wichtigste Punkte standen auf der Tagesordnung die bevorstehenden Landtagswahlen, die Landesversammlung, der Parteitag, das Kreissekretariat und die Anstellung eines Kreissekretärs. Ueber die Landtagswahlen referierte Reichstags- und Landtagsabgeordneter Genosse Hildenbrand. Er führte u. a. aus: Statt den Abgeordneten Vertrauen entgegenzubringen, eine Politik der Aneinerung zu treiben, habe man eine Politik der Vergeiferung der Abgeordneten getrieben. Man gehe mit dem Plane um, die bisherigen Stuttgarter Abgeordneten durch neue Männer zu ersetzen. Man sollte aber bedenken, daß man

zur Wahl nicht nur die Stimmen der Parteigenossen gebrauche, sondern auch einen großen Teil bürgerliche Stimmen. — Nachdem Hildenbrand unter großer Erregung der Versammlung geendet hatte, richtete Genosse Brenner, Degerloch an die Delegierten die Bitte, im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei auf die Provokationen Hildenbrands nicht einzugehen, sondern von einer Diskussion des Referats abzusehen (Beifall). Der Bericht einiger Delegierter, der Reichheit „den Rand zu öffnen“, mißlang, nachdem Genosse Wang die starke Wahrheitsliebe betonte, daß der Provokation-Hildenbrands ein bestimmter Platz zugrunde liege. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde sodann mit sehr starker Mehrheit angenommen. In seinem Schlußwort bekräftigte Hildenbrand die Absicht der Provokation. Er habe vielmehr die Personen, an die er seine Worte gerichtet habe, sehr genau im Auge gehabt. (Stürmische Heiterkeit und Zurufe: Na also!)

Die Kreisgeneralversammlung stimmte sodann einem Antrage zu, die Landesversammlung zu ersuchen, bei wichtigen Angelegenheiten auf Antrag von 15 Delegierten eine namentliche Abstimmung vorzunehmen. Zur Gültigkeit der Beschlüsse soll dann die Mehrheit der von den Delegierten vertretenen Mitglieder notwendig sein. Weiter wurde beschlossen, den Zeitspenden-Wochenbeitrag, den außer Stuttgart auch andere Ortsvereine des Wahlkreises bereits eingeführt haben, auf den ganzen Wahlkreis auszudehnen. Der Parteitag soll mit vier Delegierten besetzt werden.

Nach Erledigung noch einiger Anträge kam man zum Punkte der Tagesordnung: Kreissekretariat und Anstellung eines Kreissekretärs. Wie berichtet, hat die Kreisgeneralversammlung, ausmündig in Eßlingen am 4. August d. J., der Schaffung eines Kreissekretariats im Prinzip mit starker Mehrheit zugestimmt und den Kreisvorstand beauftragt, mit der Parteileitung Stuttgart in möglichster Eile eine Vereinbarung zu treffen. Die Schaffung eines Kreissekretariats ist bereits früher erörtert worden, doch hat der Kreis aus finanziellen Gründen der Angelegenheit nicht näher treten können. Stuttgart hat sich mittlerweile ein gut funktionierendes Ortssekretariat geschaffen. Die Verhandlungen des Kreisvorstandes mit der Stuttgarter Organisation haben sich nun zu einem Vorschlag verdichtet, demzufolge das Stuttgarter Sekretariat in ein Kreissekretariat umgewandelt wird, die Anstellung der Sekretäre durch die Kreisgeneralversammlung erfolgt, die Kosten des Kreissekretariats vom Kreis und der Stuttgarter Organisation gemeinsam getragen werden. (Von den Gesamtbeiträgen der 26 Organisationen des Wahlkreises im letzten Geschäftsjahr 1911/12 in Höhe von 23 495 M. brachte Stuttgart allein 18 371 M. auf, von dem Anteil der Kreisliste an den Mitgliederbeiträgen entfielen 3553 M. auf Stuttgart, 1448 M. auf die 25 anderen Organisationen.) Die Stuttgarter Parteileitung hat in ihrer letzten Mitgliederversammlung der Umwandlung des Ortssekretariats in ein Kreissekretariat mit sehr starker Mehrheit zugestimmt, jedoch die Wahl eines der Sekretäre sich vorbehalten. Auf den dringenden Wunsch des Kreisvorstandes und ländlicher Delegierter verzichtete die Stuttgarter Delegation auch noch auf diese Forderung. Starke Erregung verursachte aber, als bekannt wurde, daß vormittags eine Sonderkonferenz der Delegierten einer Anzahl ländlicher Organisationen stattgefunden hatte, die unter Führung der Beamten des Hauptverbandes des Metallarbeiterverbandes Kraußner und Hüglin beschlossen hatte, die Wahl eines Kreissekretärs zu verhindern eventuell die Kreisgeneralversammlung zu verlassen und die Beitragsleistung an den Kreis einzustellen. Von diesen Delegierten wurde nun der Antrag gestellt, die Generaldebatte über die Schaffung eines Kreissekretariats entgegen dem Beschlusse der Kreisgeneralversammlung in Eßlingen nochmals zu eröffnen. Die Reichheit der Versammlung lehnte den Antrag ab. Eine Anzahl dieser Delegierten verließ daraufhin die Versammlung. Genosse Hildenbrand wünschte nunmehr, daß die Angelegenheit an die Ortsvereine zurückerwiesen werde. Genosse Kummer beantragte die Wahl des Kreissekretärs durch Urabstimmung durch den ganzen Wahlkreis vorzunehmen. Beides wurde abgelehnt, letzterer Antrag gegen zwei Stimmen. Genosse Wang erklärte in starker Erregung, daß er seine Bewerbung um den Posten des Kreissekretärs zurückziehe, nachdem ihn eine gewisse Gruppe in der Partei diesfalls in seiner persönlichen Ehre aufs schwerste verletzt habe. In der Diskussion wurde diese Kampfesweise gegen unbecommene Bewerber um den Posten aufs schärfste gerügt, und, da Genosse Wang nicht zu bewegen war, seine Kandidatur wieder aufzunehmen, an seiner Stelle Genosse Westmeyer vorgeschlagen. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Abgegebene wurden 99 Stimmzettel, darunter 13 weiße. Von den fünf vom Kreisvorstand zur engeren Wahl gestellten Genossen erhielten Stimmen: Westmeyer 82, Mejer 4.

Westmeyer dankte kurz für diesen Vertrauensbeweis. Er forderte alle Parteigenossen auf, durch ruhige, sachliche Arbeit unter Ausschließung aller Persönlichkeiten mitzuwirken, die künstlich geschaffene Kluft zwischen der großen Mehrheit der Parteigenossen des Wahlkreises und einer kleinen Minderheit zu schließen, damit die Parteigenossenschaft den kommenden schweren Kämpfen mit den bürgerlichen Gegnern einig und geschlossen entgegengehe. Damit war die Tagesordnung der Kreisgeneralversammlung erschöpft.

Die Kreisgeneralversammlung Brandenburg-Westhavelland tagte am Sonntag im Volkshaus in Brandenburg. Anwesend waren außer dem Kreisvorstand und den Ortsgruppenleitern 41 Delegierte aus 21 Orten. In seinem Jahresbericht konnte der Vorstand über erfreuliche Fortschritte in der Organisation vornehmlich auf dem Lande berichten. Der Zentralwahlverein hatte am Jahresabschluss in sechs Ortsvereinen 3388 Mitglieder, gleich 482 mehr als im Vorjahre. Einnahmen und Ausgaben der Kreisliste beliefen sich auf insgesamt 30 445,66 M. Es wurden an die Provinzialliste 2400,40 M., an den Parteivorstand 3203,30 M. abgeliefert. Die Kosten für die Reichstagswahl betrugen 3818,30 M. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadt- und Gemeindevorsteher beträgt insgesamt 30, davon entfallen 10 auf rein ländliche Orte. Die Abonnentenzahl der „Brandenburger Zeitung“ erreichte eine Zunahme von 1739, sie stieg im Kreise bis auf 7034. Der Agitation im Kreise dienen 132 Versammlungen, 303 000 Flugblätter und mehrere tausend anderer Schriften.

Ueber die Landarbeiterfrage und die Organisation der ländlichen Arbeiter hielt der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, Berlin einen instruktiven Vortrag. Ueber den Parteitag in Chemnitz referierte Genosse Baron-Brandenburg. Er wandte sich gegen die Sonderkonferenzen und die generelle Erhöhung der Beiträge, erklärte sich für den Parteiaussschuß und die vollständige Teilnahme der Reichstagsfraktion am Parteitage, billigte das Stichwahlabkommen mit den Liberalen und sprach eingehend über den Imperialismus, dem der Kampf des Proletariats gelten müsse. In entsprechenden Anträgen erklärte sich die Versammlung gegen die Beitragserrhöhung und Sonderkonferenzen, trat aber für den Parteiaussschuß ein. Des weiteren wurde eine planmäßige Agitation gegen den Fleischwucher und für die Organisation und die Presse beschlossen. Zur Vorbereitung für den gemeinsamen Landtagswahlkampf soll mit Vertretern des Kreises Jauhe-Ludowicke eine Konferenz stattfinden. In Delegierten des Parteitages wählte die Versammlung die Genossen Baron und Sidow-Brandenburg und Pauli-Rathenow. Vorsitzender des Kreiswahlvereins wurde wieder Genosse Sidow. Zur Stellungnahme zum preussischen Parteitag und zur Beratung der eventuellen Anstellung eines Parteisekretärs soll erforderlichenfalls nach dem Parteitag eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden.

Eine Kreisversammlung des 2. anhaltischen Wahlkreises (Vernburg-Röthen) tagte am letzten Sonntag in Vernburg. Vertreten waren 26 Orte durch 80 Delegierte. Der Jahresbericht der Kreisorganisation weist stattliche Erfolge auf. Der Wahlkreis, der bereits 1908 bis 1908 sozialdemokratisch vertreten war, wurde in der Stichwahl

mit 18 532 Stimmen gegen 16 024 nationalliberale zurückgeworfen. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 3400 auf 4088, unter letzteren befinden sich 1210 weibliche. Der Wahlkampf kostete insgesamt 10 985 M. Zur Verteilung kamen 882 000 Flugblätter. Ferner wurden 120 Volks- und 163 Vereinsversammlungen abgehalten. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher stieg von 62 auf 70, die der Abonnenten auf das Volksblatt von 4490 auf 5501. Die „Arbeiter-Jugend“ wird in 223 Exemplaren gelesen. — Nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Bender über die gegenwärtige politische Lage, wurde die Tagesordnung des Parteitages durchberaten. Das Ergebnis der Debatte kann dahin zusammengefaßt werden: Man erklärte sich gegen die Erhöhung der Beiträge, für Aufhebung des Rürnberger Antrags 90, für Beseitigung der Arbeitserube am 1. Mai, für die Teilnahme der gesamten Reichstagsfraktion mit beratender Stimme am Parteitag, gegen den geplanten Parteiaussschuß, für Beibehaltung und Ausbau der Konferenzen der Landes- und Bezirksvorstände.

Der Sozialdemokratische Zentralverein für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Riel-Neudöbberg-Neumünster) hielt am Sonntag im Riel-Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Es wurde beschlossen, den Parteitag in Chemnitz durch fünf Delegierte, darunter eine Genossin, zu besetzen. Die Wahl der Delegierten erfolgt in den Ortsvereinen.

Bei der Beratung des Entwurfs des Organisationsstatuts der Partei wurde dem 40. §. Beitrag für männliche Mitglieder zugestimmt, die obligatorische Erhöhung des Mindestbeitrages für weibliche Mitglieder abgelehnt. Die Verteilung der Reichstagsfraktion soll ein Viertel ihrer Stärke nicht überschreiten. Den vorge schlagenen Parteiaussschuß lehnte die Versammlung ab, fordert aber die Verstärkung des Parteivorstandes um wenigstens fünf vom Parteitag zu wählende unbefohlene Mitglieder. Ebenso soll die Kontrollkommission um fünf Mitglieder verstärkt werden. Der Freuentag soll mit vier Delegierten, darunter eine Genossin, besetzt werden. Ferner wurde noch ein Antrag für den Bezirksparteitag beschlossen, der eine Veränderung in der Zusammenfassung der Bezirksleitung verlangt.

### Parteiliteratur.

Im Verlag der Druck- und Verlagsanstalt „Zukunft“, Runge u. Co., Reichenberg i. Böhmen, ist soeben erschienen: Klassenkampf und Nation. Von Dr. Anton Pannofski. Die 66 Seiten starke Broschüre kostet 40 Pf.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Tragödie eines Arbeiterkinds.

Vor der Dortmunder Ferienstrassammer fand eine Verhandlung statt, die die Leidensgeschichte eines Arbeiterkinds in erschütternder Weise aufrollte. Auf der Anklagebank saß der 13jährige Schüler Paul Wücher. Der Vorsitzende stellte bei der Niederschrift der Personalien fest, daß der Angeklagte ohne festen Wohnsitz sei. Die Anklage lautete gegen das Kind auf Diebstahl. Die Leidensgeschichte des jugendlichen Angeklagten begann mit dem Tode der Mutter, die zu Anfang des Jahres gestorben ist. Der Vater kümmerte sich nicht um sein Kind. Im April wanderte dieser aus, den Jungen ließ er mittellos im Elend zurück. Der Knabe wandte sich nun in seiner Not an die Gemeinde Wellinghofen, wo sein Vater bisher gewohnt hatte. Der Gemeindevorsteher hielt sich jedoch nicht für verpflichtet, sich des bedauernswerten Jungen anzunehmen; er schickte ihn nach der Stadt Hörde. Hier hatte man für die hilflose Lage des Kindes das gleichgroße Verständnis wie in Wellinghofen. Die Stadt Hörde hielt sich ebenfalls nicht für verpflichtet für den hungerigen Jungen etwas zu tun, man beschränkte sich vielmehr darauf, ihn wieder nach Wellinghofen zu schicken.

So pilgerte denn das arme Kind, von allen Menschen verlassen, ohne alle Mittel wieder hinaus nach Wellinghofen. Die erste Abfertigung auf dem Amt muß so freundlich gewesen sein, daß der Schüler keine Reizung verspürte, hier sein Glück noch einmal zu versuchen. Der Junge ging nun, vom Hunger getrieben, in die Wohnung des Arbeiters Maritz, um sich Brot zu betteln. Die Wohnung war leer, auf dem Tisch lag jedoch ein Päckchen und eine silberne Uhr. Beides nahm der Knabe an sich, um sich für das Geld Nahrungsmittel zu kaufen. (Die Uhr wollte er, wie er später angab, verkaufen, um von dem Geld ebenfalls wenigstens für ein paar Tage sein Leben zu fristen.) Die Tat wurde entdeckt, bevor der Junge seine Absicht ausgeführt hatte. Wücher wurde in Haft genommen.

In der Verhandlung schilderte der jugendliche Angeklagte mit tränenerfüllter Stimme seine Leidensgeschichte. Die Tat gab er unumwunden zu. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen, die durch die siebenwöchige (1) Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde. Der Haftbefehl wurde unter der Bedingung aufgehoben, daß der Staatsanwalt den Jungen an einen Fürsorgeverein überweise.

Die göttliche Veltordnung kann nicht greller beleuchtet werden, als es durch diese Gerichtsverhandlung geschehen ist! Aber auch das Urteil an sich ist in mehr als einer Beziehung völlig unverständlich.

Warum mußte der Junge bei der Veringsfügigkeit des Objektes überhaupt sieben lange Wochen in Untersuchungshaft bleiben?

Warum, so wird man weiter mit Recht fragen, hat das Gericht nicht den jugendlichen Angeklagten angesichts der ganzen Sachlage freigesprochen? Selbst unser wenig modernes Strafrecht bietet doch durchaus diese Möglichkeit!

Warum schließlich wurde nicht wenigstens die bedingte Verurteilung ausgesprochen? Die Tat des jugendlichen Angeklagten ist doch für eine solche geradezu das Schulbeispiel. Aber hat die langmögliche, unnütze Untersuchungshaft hier vielleicht unbewußt die Richter beeinflusst?

Haben sich etwa die Gemeinde Wellinghofen und die Stadt Hörde, die das arme Proletariatskind in engherzigem Bureaukratismus dem Kind die Tür wiesen, anstatt ihn unterzubringen, nicht schwerer vergangen, als das in Not handelnde Kind? Jetzt überweist das Gericht es an einen Fürsorgeverein. Gätten die Gemeinden das getan, dann wäre dem Jungen das Gefängnis wahrscheinlich erspart geblieben.

### Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		am		
	26. 8.	25. 8.	26. 8.	25. 8.	
Remel, Müst	106	+2	Saale, Großh.	118	+60
Bregel, Anterburg	33	-6	Saale, Spandau	26	+14
Beichel, Lhonn	64	-8	Saale, Rathenow	6	-5
Oder, Rasthof	131	+8	Spree, Spremberg	92	+20
„ Krossen	111	0	„ Beetzow	78	0
„ Frankfurt	124	-5	„ Wäfer, Ribben	253	+73
„ Landsberg	-14	0	„ Wäfer, Ribben	278	+88
„ Landsberg	-23	-4	„ Wäfer, Maximiliansau	526	-9
„ Radeburg	-6	-2	„ Radeburg	306	+1
„ Radeburg	110	+50	„ Radeburg	309	+2
„ Radeburg	150	+25	„ Radeburg	106	-5
„ Radeburg	107	+3	„ Radeburg	144	-14
„ Radeburg			„ Radeburg	71	-4

+) + bedeutet Waß, - Gaß. -) Unterpegel.







<p><b>Lederwaren</b>                  Aspermeier, Neumarkt 10 E. Wilmsstr. 17.  <b>Hermann Gallies</b> Gröner Weg 100  <b>Carl Fessel</b> Nachfig. Gr. Frankf. St. 134.                  R. Genebr, Samselburg, Schillerstr. 31.  <b>Wilh. Langner</b>, Rixdorf, Bergstr. 57.  <b>Koffer-Schulze</b>, Wilmsdorf, St. 125.  <b>Richard Kurtzke</b>, Kottbusser-Damm 8.  <b>Otto Pahnitz</b>, Wienerstr. 14.  <b>Taschen-Müller</b>, Eig. Werkst. I. Haus, Kolonnenstr. 64.                  Nob. Viet, Damschulstr. 87, Elg. Fabr.</p>	<p><b>Korn; Hugo</b> Wrangel-Str. 117.  <b>A. Kobbelt</b> Invalidenstr. 129, T. A. Nord 6543                  via a-via-Schleib. Hauptbahnh.  <b>H. Krüger</b>, Schönheib., Hauptstr. 153.  <b>Lenz &amp; Jagmann</b>, Wilmstr. 33,                  Posenerstr. 18, Stralauer-Allee 18  <b>Lütke, H.</b>, Fruchtstr. 67.  <b>Gus. Meyer</b>, Helm. St. 19, Wilmstr. 31.                  C. Neugebauer, Ober-Schönheide  <b>Nietsch &amp; Rabsahl</b>, Carmen-Silvastr. 155  <b>Otto Nowack</b> Nachfol. Spandau-F. Pflügmacher, Colonnenstr. 48.  <b>Jul. Penner</b>, Greifswalderstr. 11,                  vis a vis Lippehnerstr.  <b>P. Rentner</b>, Mansteinstr. 17,                  Steinmetzstr. 37  <b>Schleinitz, A.</b> Mariannenstr. 14,                  Markth. Ecksteinst.                  Markth. Dornthapf.                  Reichenbergerstr. 38  <b>Schneider, Emil</b> bürgerstr. 38                  Walter Seidel, Beusselstr. 26.  <b>Thiele, Nachf.</b>, Prinsenstr. 10.                  E. Weudler, Reinkendorferstr. 54.                  H. Zyczynski, Neukölln-Panitzstr. 59.</p>	<p><b>Lüdecke, H.</b>, Nklm. Bergstr. 4.                  Charlottenburg,  <b>F. Neumann</b>, Kaiser-Friedrichstr. 100-1  <b>Rebsch, E., Spandau.</b>  <b>Emil Ruffler</b>                  Tischler-Innungmeister                  Prinsenstr. 34  <b>C. Reiber Nachf.</b>, Veteranenstr. 31.  <b>Schmidt, Otto</b>, Möbelfabrik                  Gartenstr. 52.  <b>Siebeky, W.</b>, Gneissaustr. 18                  A. Schuster, 68, Schönheide, Köpenick 59  <b>Schwabe, Rixdt.</b>, Hermannstr. 329  <b>Herm. Wendland</b>, Reinkend-                  Straße 114.</p>	<p><b>Singer Nähmaschinen</b>                  Läden in allen Stadtteilen.  <b>Afrana-Nähmaschinen</b>                  G. A. Bömer, Jandauerstr. 79, Petersburger-                  str. 87, Spandau, Schwanenstraße 19.  <b>Optiker</b>                  Bardorf, Moabit, Turmstr. 74.  <b>Gass, Paul, N.</b>, Möllerstr. 174.                  Groß, Paul, Warschauerstr. 66.                  Hasler, Gollnowstr. 18, Kasseler.                  Schubert, Carl, Nklm. Bergstr. 148                  Wienstruck, Spandau, Feldauerstr. 19.  <b>Papier- u. Schreibw.</b>                  O. Prochnow, Nklm. Hermannstr. 59                  Seidler, Louis, Nklm. Bergstr. 42.  <b>Pfandleihen</b>                  Rixd. Pfandleihe, Neukölln 58                  Speißhiller, Beitzstr. 10, Hakenstr. 10                  Herregard, Ukrever, Schmuckstr. 41c.                  E. Kron, Köpenickerstr. 55, A.                  Langer, Wrangelstr. 91, Billiger Verkauf.  <b>Schmidt, Fennstr. 3</b>                  E. Seiffen, Kottb.-Damm 28 I.  <b>Photgr. Apparate</b>  <b>M. Albrecht</b>, SO. Kottbusserstr. 3                  nach Gellingshofstr. 11.                  Hugo Schulze, Müllerstr. 168 a                  Eig. Artikel, Gellingshofstr. 11                  Zarenba, Wilmstr. 1, T. No. 8522  <b>Putz- u. Modewaren</b>  <b>M. Haase</b>, Nklm., Bergstr. 1                  Putzgeschäft                  Spezialh. f. Damenhüte                  E. Peters, Nklm., Frankf.-Chaus. 137a                  Lieferd. Konsumgenossenschaft.  <b>Puppen</b>  <b>P. R. Zierow</b>, Schönhauser-                  Allee 179  <b>Reiterhandlungen</b>                  Luise Frömel, Greifswalderstr. 159.                  Carl Joch, NO. Fallesstr. 97.                  Pauline Preisling, Reinkendstr. 118 I.  <b>Schuhwaren, Schuhm.</b>                  Ernst Adam, Friedrichshagen.                  Anhalt, E., Andreasstr. 12.                  Baumgart, H., Mantouffelftr. 25.                  Damaschke, Invalidenstr. 144.                  J. Denzig Nchl., Chausseestr. 26                  Ost. Engler, Wislizenstr. 61.                  Osw. Fabian, Köpenick, Kauerstr. 1.                  Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.                  Fermannow, Verstr. 53 (18) Bab.                  D. Ganz, Nklm., Hermannstr. 199 I.                  Lasser d. Ztg. 5, Rabatt  <b>Tipp-Topp</b>                  Ostermann, Goltz-Str. 41.                  Otto Grötsch, Chausseestr. 129. 87.                  Goldmann, Spandau, Schwanenstr. 54.                  Heinrich Johann, Petersb.-Str. 26.                  H. Jetzlaff, Badstr. 54.</p>	<p><b>Rich. Kohn</b> Frankf. Allee 118a                  Schick Allee 90 I. Elsen                  Verkauf v. Engspinnern.                  Leonrd. Kellung 5, Rabatt  <b>C. Kuhn</b> Bergstr. 52.                  Hermannstr. 169                  Herm. Körner, Cöpenick.                  Paul Lehmann, Friedrichshagen.                  Ernst Müller, Teitowerstr. 59.                  Nehring, Charl. Kais.-Appar.-Allee 89                  C. Neumann, Falkensteinstr. 37.                  Petersohn, Oak, Möllerstr. 159.  <b>Reetz, Max</b> Spandau, Schön-                  walderstr. 12.                  Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.  <b>Schuhwarenhaus des Westens</b> York-                  Kottbusser Damm 12a                  Tripp, Vertr. N. Stein                  Friß Schlot, Moabit, Waldstr. 34.                  Schwesinger, Turmstraße 48.                  Alb. Seeger, W. v. Lortzingstr. 6                  Sommer, Wilh., N. Schick-Allee 85.                  A. Tretlin, Friedrichshag., Friedrichstr. 33.                  Witt, Spand., Neundorferstr. 99.  <b>Schirme u. Stöcke</b>                  Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.                  Herrmann, Lychnitzstr. 3, Eig. Fabrikat.                  Jehlechen, Nklm., Kais. Friedr.-Str. 11.                  K. Lerche, Schöneberg, Kallionsstr. 41                  A. Riecke, Badstr. 11, Besüge billigst                  Herm. Rosenky, W. Kasernenstr. 4                  G. Schlessner, Warschauerstr. 96.  <b>Seifen</b>                  Heide, Paul, Barysdorfstr. 11.  <b>Toppiche u. Gardinen</b>                  Gardinen, Bernhard Schwarz                  Berlin, Wallstr. 12 (dreizehn).  <b>J. A. Schulz</b> Weinberg-                  Weg 10 I.  <b>Trauer-Magazin</b>  <b>Westmann</b>                  Mohrenstr. 27a, Gr. Frkf. Str. 118.  <b>Uhren u. Goldwaren</b>                  Oscar Aldag, Charl. Krumme 29.                  J. Behrendt, Wrangelstr. 52.                  Otto Bickel, Charlottenburg 2                  Kanstr. 144.  <b>Gustav Schoder</b>                  Fabrik moderner Gold- u. Uhren                  Hauptgesch. S. 42, Oranienstr. 153/54                  I. Filiale W. 80, Lützowstr. 80.                  II. „Schöneberg, Hauptstr. 142                  Otto Brauer, Möllerstr. 164.                  Spandauerstr. 23                  I. Birsch, fr. Traut                  Max Eisermann, Charl. Sebrigsstr. 18.                  Brüggemann, Reinkendstr. 98.                  Bürger, Jul., Möllerstr. 6.  <b>Max Busse</b> Brunnenstr.                  175/177.                  W. Elsoit, Carl. Wilmersdorferstr. 111.                  Eilinghausen, Gebr., Grisarweg 48.                  Fenske, S., Kottbusserdamm 96                  P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 5                  J. Gebhardt, Charlottenburg                  Berlinerstr. 124.                  George, Adolph, Badstr. 68.</p>	<p><b>Ernst Gräber</b>, Brunnenstr. 78.                  Bellevuestr. 57, List. 4  <b>M. Graupner</b> Krumm-Gez., Berlin SW                  H. Kammer, Charl., Krumme 31                  Brunnenstr.  <b>M. Mariel</b> 118.                  Kniebusch, W., Frkf. Chaussee 61                  Lehmann, Alb., Frankf. Allee 60.                  Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 28.  <b>Lüders, H.</b> Schöneberg,                  Kallionsstr. 14.                  Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.  <b>Rudolf Plauz</b>, Brunnenstr. 112.                  Brunnenstr. 81                  Quitzow, Joh., Möllerstr. 14 a.  <b>Emil Quade</b>, Schöneberg,                  Hauptstr. 148.                  Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.                  Reichenbergerstr. 143  <b>R. Schmelz</b>, Bergerstr. 143                  Willy Schmidt, Friedrass, Elisenstr. 13.  <b>Gustav Scholz</b> Schöneberg,                  Hauptstr. 155.                  Schönmans, G. Müll., Berl.-St. 73                  F. Schönwig, Berl. O., Casselerstr. 27                  W. Schützberg, Nease Bahnhofsstr. 32                  Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 5a.                  Schulz, Osw., Frankf. Allee 204.                  Max Storch, Elbingerstr. 100.                  M. Tomechna Nchl., Brückstr. 15.                  Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 22.                  A. Treuner, Wilmersb., Hauptstr. 13                  Truxa, W., Frankf. Allee 188.                  Uhren-Klinik, Brunse-Str. 11                  Neukölln,  <b>Wittig, Ad.</b>, Berlinerstr. 44.  <b>Versicherungen</b>  <b>„Deutschland“ Berlin</b>                  Arbeitsversicherung - Schutz-                  Sterbekassenversicherung, Straße 2.  <b>„Friedrich Wilhelm“</b>                  Berlin W8, Behrenstr. 59-61                  Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeitsver-                  Mit u. ohne Arzt. Untersuchung                  Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge  <b>„Iduna“ zu Halle a. S.</b>                  Berlin, Charlottenstr. 87                  Volks- und Lebensversicherung.  <b>Warenhäuser</b>  <b>Warenhaus M. Hirsch</b>                  Spandau  <b>Wilh. Herm. Lesser</b>                  Kaiserstr. 54 Schöneberg Kaiserstr. 54                  Bei jedem Einkauf Rabatt.  <b>Weine, Liköre u. Fruchtsäfte</b>  <b>Hugo Beling</b>                  60 Filialen in allen Stadtteilen.                  Elze u. Welys, Librafabr., Gerichstr. 16  <b>Brunnenstr. 16</b>  <b>Ignatz Sello</b> und Filialen,                  Hauptstr. 147, Tripp-                  Bettlinger, E., Wald-Eda, Wickstr.</p>	<p><b>Groß, Zur Sonne</b>, P. Freudenberg                  Horn, Seckla, Hermannsplatz.  <b>Conrad</b> Großdestillation                  Oranienstr. 207  <b>Waschmittel</b>  <b>Verlangen Sie</b>  <b>„Edelweiß“</b>                  Krone aller Waschmittel.  <b>Weiß-, Wollw., Trikot.</b>                  Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.                  H. Barts, Schönhauser Allee 107.                  Bredow, Otto, Skilla, Hermannstr. 56  <b>Carl Braun</b> Kottbusser-                  Damm 5.  <b>M. Gardels</b> Beusselstraße 75                  Traugottenerstr. 19  <b>Georgi, Ernst</b> Krast                  Str. 51a.                  Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6                  Hoppe, E., Scharnweberstr. 92.  <b>Julius John</b> Lortzingstr. 9.                  Dunkorstr. 1.  <b>Jonas, Hermann</b> Köstrin-Pfl.                  Inletta, Bellef.  <b>Juncker, H.</b> Neukölln                  Hermannstr. 172.                  Carl Klein, Höchstestr. 18, N. O. 18.                  Robert Kutsche, Gubenerstr. 53.                  A. Kaealer, Caprivistr. 8.                  Skilla, Bergstr. 52/53  <b>Ch. Loewy</b>, vis-a-vis der Kirche                  Meyer, Strassstr. 12 (Arbeiterheim)                  Nachmann, Müllerstr. 121a, Ess-                  Fr. Ölweitzki, Alts Jakobstr. 137.  <b>Schaefer</b>, Husiten-                  str. 43.                  Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.                  Otto Seelisch, Kochhanstr. 8.                  Hermann Meyer, Schilberstr. 21.                  J. Stein, Reinkendstr. 118  <b>Ad. Schäfer Nchl.</b>                  SO. Admiralstr. 4.                  Schneider, Weberstr. 61.                  Elisabeth, Köpenickstr. 13  <b>A. Tschäpe</b> Wischa, Bettfedern                  Thürow, O., Charl. b., Cauerstr. 14                  L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.                  E. Voigt, Reinkendstr. 118a, Ess-                  Albert Vogt, Urbanstr.                  - 31 -  <b>Wild u. Geflügel</b>                  Prima Logenhühner                  sowie Bettfedern  <b>Geflügel-Importhaus</b>                  Neukölln, Kneesebeckstraße 105.  <b>C. Dittmann</b> Neukölln                  Berliner Str. 42.  <b>P. Hildebrandt</b> Brunnen-                  Straße 122.                  Schmidt, E., Spandau, Ha. v. 129                  Zantow, Landberger-Allee 147, Fisch.  <b>Zahn-Atelier</b>                  E. Bade, N. Schönhauser Allee 43, I.                  Hollbruch, Herm., Pankst. 99, 1871                  Herold, H., Essenerstr. 97, a. Essenerstr. 97                  Jordan, Alfr., Fennstr. 81, 99, 1958.                  Körber, O., Barisdorf, Chausseestr. 108                  H. Lindeke, Warschauerstr. 80                  M. Rasenke, Birkenstr. 22.                  Muskanerstr. 16  <b>Witte, Max</b> Eke, Hauptstr.</p>
---	--	--	---	--	---	---

**Vera**  
 3 Pfg. Cigarette  
 Josemi

Berlin SW. 68 **Buchhandlung Vorwärts** Lindenstr. 69.

## Ferdinand Lassalles Reden und Schriften

Neue Gesamtausgabe. :: :: Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Eduard Bernstein

— Vollständig in drei Bänden in Halbfranz gebunden 14,50 M. —

**Einzelausgaben von Lassalles Schriften:**

- Ueber Verfassungswesen.** Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. — Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. — **Macht und Recht.** Ein offenes Sendschreiben. Neue Auflage. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,50)
- Die Wissenschaft und die Arbeiter.** Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage: die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,40)
- Meine Assisen-Rede,** gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 2. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königl. Gewalt aufgereizt zu haben. M. 0,40
- Arbeiterprogramm.** Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. M. 0,75 (Vereinsausgabe M. 0,30)
- Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen.** Eine Verteidigungsrede vor dem Königlichen Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage: die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. M. 1,50 (Vereinsausgabe M. 0,60)
- Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig.** Neue Auflage. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,40)
- Herr Bastiat Schulze v. Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit.** Mit einem kritischen Vorwort von Ed. Bernstein. M. 1,— u. a.
- Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse.** Zu seinem vierzigsten Todestag. Von Eduard Bernstein. Mit einem Lichtdruckbild Lassalles. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,50)
- Intime Briefe an Eltern und Schwester.** Herausgegeben von Eduard Bernstein. Nebst einem Anhang: Zwei Briefe Lassalles über Liebe und eheliche Treue. Zwei Briefe Sophie v. Hatfeldts an Angehörige Lassalles. M. 3,—

# Persil

das selbsttätige **Waschmittel**

macht die Wäsche nicht nur vollkommen rein und schneeweiß, sondern schon auch das Gewebe!

Dieses leidet bekanntlich sehr bei der alten Waschmethode durch das Reiben und Bürsten. Persil wäscht von selbst ohne jedes Reiben und Bürsten, daher kein Zerstören der Gewebe! Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Kleinige Fabrikanten such der ablehnen

**Henkel's Bleich-Soda**

**Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.**  
 Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.  
 Verantwortlicher Redakteur: Albert Bach, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Aus Industrie und Handel.

Ein Stück deutscher Kolonialgeschichte.

Auf den Trümmern der Kolonialbegeisterung erfolgen allenthalben Rückschläge. Im einzelnen spiegelt dies sich jetzt auch im Jahresabschluss der Deutschen Kolonialgesellschaft...

Jetzt brachen für die 1885 mühsam zusammengesuchten 75 Gründer plötzlich goldene Zeiten an. Die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft stiegen bis zu 3000 Proz.!

Table with 3 columns: Year, Reingewinn, Dividende. Rows for 1907/08, 1908/09, 1909/10, 1910/11, 1911/12.

Dabei geht die Deutsche Kolonialgesellschaft heute zu einem nicht zu verachtendem Teile aus den stillen Gewinnen früherer Jahre. Im einzelnen erscheint das Bild der Bilanz geradezu trostlos.

Private Lebensversicherung und Bodenentschuldung.

In dem letzten „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ beschäftigen wir uns mit der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung der Landwirte. Die der Kreditbeschaffung für den Grundbesitz dient.

Soziales.

Das Geheimnis der Zahl.

Dem lächerlichen Einwand gegen die Statistik, daß man mit Zahlen alles beweisen könne, begegnet man erfreulicherweise immer seltener. Nicht mehr der Statistik als solcher lächelt man es in die Schuhe, wenn Zahlen unbedacht falsch oder tendenziös zusammengestellt werden.

Erfreulicherweise ist das Interesse für die Statistik in dem proletarisch sehr stark. Viel ist sie doch für den politischen und gewerkschaftlich organisierten ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Erkenntnis der sozialen Entwicklung und zur Aufklärung über die soziale Lage.

Statistik und lehrt, es gibt auch Anweisung für eigene statistische Arbeiten, die ja in den Arbeiterorganisationen zu den Alltäglichkeiten gehören.

„Vollkrankentassen“.

Zu dem Kapitel „Vollkrankentassen“ erhalten wir folgenden interessanten Beitrag, der erneut zeigt, welcher Art die „Kulanz und das Entgegenkommen“ dieser Sorte von Tassen ist.

Ein Arbeiter J. B. in Kiel ließ sich in die „Frankfurter Versicherungsgesellschaft Unitas“ aufnehmen. Für seine zwei wöchentlichen Beiträge hat er im Erkrankungsfall ein Anrecht auf Krankengeld in Höhe von 2 M. pro Arbeitstag.

Am 13. Juli erlitt B. einen Unfall, den er ordnungsgemäß unter Vorlegung eines Krankheitsattestes, das nebenbei bemerkt 5 M. kostete, der Gesellschaft „Unitas“ mitteilte. Nicht etwa, daß die Gesellschaft nun den Anspruch des B. zurückwies, o nein! Das Gegenteil ist der Fall.

Wenn B. nun trotzdem, um das Krankengeld erlangen zu können, über 5 M. zugezahlt hat, so kann die Gesellschaft zu „ihrem Bedauern“ nichts daran ändern.

B. meldete also, wie bereits erwähnt, seine Erkrankung unter Einreichung des ärztlichen Attestes am 15. Juli an. Am 20. Juli erhielt er von der „Gesellschaft Unitas“ einen „Gesundmeldechein“, weil die Krankheit nach Ansicht des Arztes leichter Natur sei. Dieser Schein sollte sofort nach der Genesung eingefandt werden, damit die Berechnung des Schadens erfolgen könne.

Am 21. Juni meldete sich B. unter Benutzung des Gesundmeldecheines gesund. Für die Ausfüllung des Scheines hat er wiederum 5 M. entrichten müssen.

An Stelle des ihm zustehenden Krankengeldes erhielt B. nun am 23. Juli einen eingeschriebenen Brief, in dem er aufgefordert wurde, binnen drei Tagen einen ärztlichen Krankenbericht einzufenden, der jedenfalls wieder 5 M. gekostet hätte.

B. kam wieder ein Einschreibebrief, in welchem Herr B. zum Zwecke der schnellen Wiederherstellung seines Gesundheitszustandes dem Städtischen Krankenhaus in Kiel überwiesen wird.

Die sieben Krankentage wurde ein Sonntag sowie 3 Feiertage abgezogen, so daß Herr B. Anspruch auf Krankengeld für 3 Tage à 2 M. = 6 M. betrug. Von diesen 6 M. zog die Versicherungsgesellschaft noch das Porto für alle die überflüssigen Briefe in Höhe von 30 Pf. ab, so daß Herr B. in der Tat 5.10 M. ausgezahlt erhielt.

Für das ärztliche Attest und den Gesundmeldechein mußte B. 10 M. bezahlen, so daß er in Wirklichkeit, wenn er sein Porto für die Mitteilung an die Gesellschaft zurechnet, über 5 M. zugezahlt hat. Dies wurde der Gesellschaft mitgeteilt, dieselbe erklärte jedoch durch Schreiben vom 16. August d. J., daß sie zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, hierzu Stellung nehmen zu können.

„Denn“, so heißt es wörtlich, „wir garantieren den bei uns versicherten Personen vollständig freie Arztwahl und haben daher kein Recht, den Versicherten bezüglich der Arztwahl irgendwelche Vorschriften zu machen.“

Das schreibt dieselbe Gesellschaft, die einige Tage nach der Gesundmeldung den Erkrankten zwangsweise in das städtische Krankenhaus einweist.

Jeder weitere Kommentar ist überflüssig; bemerken wollen wir nur noch, daß die Honorarforderung des Arztes für ein Attest in Höhe von 5 M. außerordentlich hoch genannt werden muß.

Die Ärzte wollen damit gegen die Art von Tassen kämpfen, die abgibt und letzten Endes die Erkrankten und nicht, wie sie beabsichtigen, die Kasse.

Die Ablösung des freien „Danstrunks“.

macht nach den neuesten Jahresberichten der preussischen Regierungs- und Gewerbedirekte für das Jahr 1911 weitere Fortschritte. So löste eine Brauerei im Regierungsbezirk Hildesheim den Freitrunke durch Lohn- und Bierabgabe.

Die Folge war, daß der Verbrauch an Bier, das sich die Arbeiter kaufen mußten, auf die Hälfte sank. Eine andere dortige Brauerei gab an die Arbeiter Marken aus; für jede Marke konnte durch Automaten 0.8 Liter Bier entnommen werden, das nur in den Pausen getrunken werden durfte.

oder wurden 15 Pf. zurückvergütet. Infolge davon ging der Bierkonsum, der während dreier Monate im Vorjahre 17 271 Liter betragen hatte, in den gleichen Monaten des Berichtsjahres auf 9311 Liter, also nahezu auf die Hälfte, herab.

Auf diese Weise entfiel von der Vergütung für nichtgetrunkenes Bier, auf das ganze Jahr berechnet, auf jeden Arbeiter durchschnittlich eine Mehreinnahme von 125 M.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau als „Mutter“ des Mittelstandes.

Unaufhaltsam ist der Rückgang des gewerblichen Mittelstandes geworden. Der rationellste Großbetrieb hat den Kleinbetrieb zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Auch da, wo bei oberflächlichem Hinsehen ein Klein- oder selbst Mittelbetrieb selbstständig erschein, ist er fast immer tatsächlich vom Großkapital in irgendeiner Form abhängig.

Das hindert natürlich nicht, daß die Untertanen des Mittelstandes über die Ursachen seines Rückganges von interessierter Seite bemüht wird, die — Sozialdemokratie als Feindin des Mittelstandes hinzustellen.

Als ob die bßen Arbeiter den kleinen Handwerker tot konterrieren und nicht etwa die Proletarierkraft ausbeutenden Habsriten! Als ob die Sozialdemokratie die Rohstoffe und Lebensmittel betreuenden Volksgesetze geschaffen hätte und nicht die Parteien des Großkapitals und des Großgrundbesitzes!

Allzu viele lassen sich trotzdem nicht für die mittelständlerische Bewegung einfangen. So will man nun die Frauen einfangen, die jene Reaktionen bisher immer in die Küche verwiesen und der Politik möglichst fernhielten.

Anlässlich des zweiten Reichstages des Mittelstandes in Braunschweig soll eine Frauengruppe gegründet werden. Ein vorbereitender Ausschuss, dem nur Frauen angehören, erläßt dazu einen Aufruf, der mit folgenden Sätzen schließt:

„Zeigen wir den Frauen einmal, daß wir große Gedanken fördern können — nicht, indem wir nach Wahlrecht rufen, sondern indem wir den Männern helfen, ihre schwere Pflicht als Staatsbürger auch in schwerer Zeit zu erfüllen und als Befähigten ihre Interessen auch nach dieser Seite hin getreulich teilen. So können wir helfen, so wollen wir helfen!“

Wir finden die Damen nicht recht logisch. Ihre Männer rufen immer nach reichgefehltem Schuh. Da ist es doch das natürlichste, wenn die Frauen durch die Erlangung des Stimmrechts den Einfluß der Mittelsändler im Reichstag zu verhärtigen suchen. Leider folgen die Damen gar nichts darüber, wie sie den Männern helfen wollen.

Es wird auch nichts anderes übrig bleiben, als was die mittelständlerischen Staatsretter schon tun: über die Sozialdemokratie zu schimpfen und um die Hilfe der bürgerlichen Parteien zu betteln. Die nichts tun, nichts tun wollen und nichts tun können.

Neue Bücher.

Von der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek sind erschienen: Heft II: Die Frau und die Gemeindepolitik. Von Clara Weis. Preis 30 Pf.

Der Inhalt gliedert sich wie folgt: Geleitwort — Wortwort — Krankenfürsorge — Säuglingsfürsorge — Krippen, Kindergärten und Horte — Schule — Die Wohnungspolitik der Gemeinden — Arbeiterfürsorge — Lebensmittelversorgung — Mitarbeit der Frau in der Gemeinde — Gemeindevorrecht.

Heft III: Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen. Von Luise Bieh. Herausgegeben vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 50 Pf.

Aus dem Inhalt: Die Kinderarbeit und ihre schädlichen Folgen — Die Arbeit als Erziehungsmittel — Die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland bis 1890 — Die sozialdemokratische Kritik und Propaganda — Das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 — Die Wirksamkeit des Kinderschutzgesetzes — Der „Schutz“ der Kinder in Landwirtschaft und häuslichen Diensten — Die Gründung der Kinderschutzkommissionen — Die Wirksamkeit der Kinderschutzkommissionen — Die weiteren Aufgaben der Kinderschutzkommissionen.

Die Arbeit enthält außerdem folgende Anhänge: Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. — Verzeichnis derjenigen Werkstätten, in deren Betrieb, abgesehen vom Ausstragen von Waren und von sonstigen Vorkangängen, Kinder nicht beschäftigt werden dürfen — Bestimmungen der Gewerbeordnung über Kinderarbeit und Auszug aus dem Kinderschutzgesetz — Musterbogen und Kontrollkarte für die Kinderschutzkommissionen.

Die Hefte der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek sind durch alle Buchhandlungen und Expeditionen, sowie direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., m. b. H., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Aus aller Welt.

Made in Germany.

Aus London wird uns geschrieben: Die Freunde der allgemeinen Wehrpflicht in Großbritannien, die die Bildung eines großen Landheeres wünschen, mit dem man sich nötigenfalls auf dem Kontinent in kriegerische Abenteuer einlassen kann, haben sich in der letzten Zeit ziemlich still verhalten.

Das bedeutet jedoch nicht, daß sie den Mut verloren haben und ihre Unternehmen als hoffnungslos aufgeben. Sie haben nur ihre Taktik verändert; sie haben gefunden, daß es viel leichter ist, die heranwachsende Jugend militaristisch zu versetzen, als die erwachsenen Wähler zu gewinnen.

Als Mittel zur Verbreitung ihrer Ideen dienen ihnen Jugendorganisationen wie die Boy Scouts (Rundschaffler) und Boys Brigades, die in den letzten Jahren ganz gewaltig gewachsen sind. Gerade jetzt während der Schulferien erhält man einen Einblick in die Entwicklung dieser Organisationen, die sich als unschuldige Jugenduntervereine ausgeben, in Wirklichkeit aber Brutstätten des Militarismus sind.

Wohin man auch kommt, überall begegnet man langen Jüngen nach militärischem Muster gekleideten Knaben, die unter der Leitung älterer Personen, die offenbar dem Militärstande angehören, militärische Übungen machen. Viele von ihnen sind mit kleinen hölzernen Hinten ausgerüstet und man hat die Rundschaffler sogar an den Mandarinen der regulären und der Territorialarmee teilnehmen lassen.

Große Paraden, an denen Tausende teilnehmen, werden vor den Spigen des Heeres abgehalten und die redseligen Generale und Feldmarschälle lassen die günstige Gelegenheit natürlich nicht unbenutzt vorübergehen.

Träten die Leiter dieser Bewegung mit ihren Absichten offen an den Tag, so würden sie wenig Zuspruch finden. Sie verleugnen daher öffentlich ihre Ziele und protestieren manchmal sogar nachdrücklich dagegen, daß sie militaristische Propaganda betreiben.

Den Eltern wird erzählt, daß die Jugendbewegung sittliche und religiöse Ziele verfolge und der körperlichen Entartung der Nation entgegenarbeite. Sie wolle die Knaben vor der Verwilderung auf der Straße retten, ihnen Ehrfurcht, Disziplin und Selbstachtung beibringen, sie lehren, Leben zu retten, Hilflöse zu unterstützen und Gutes zu tun.

Viele Eltern haben sich durch diese schönen Worte täuschen lassen; selbst unter Genossen findet man keine unbeträchtliche Zahl, die ihre Kinder diesen Wölfen in Schafspelzen anvertrauen. Die Organisation der Rundschaffler scheint die größten Fortschritte zu machen. An der Spitze der Rundschaffler steht der General Baden Powell, der Operettenheld von Walsley, der in einem Aufruf an seine „Friedensschaffler“, wie er sie nennt, schrieb: „Jeder Knabe sollte lernen, zu schießen und Befehlen zu gehorchen, sonst ist er, wenn der Krieg ausbricht, ebenso unnütz wie ein altes Weib und wird getötet wie ein quiekendes Kaninchen.“

Derselbe Friedensapostel schreibt in seinem „Handbuch für Rundschaffler“, das für Soldaten bestimmt ist: „Fußball ist ein prächtiges Spiel, aber besser als es und besser als jedes Spiel ist das Spiel der Menschenjagd.“

Wachselig Hochheles muß der Rundschaffler nicht nur seinem König und Vaterlande, sondern auch seinen Arbeitgebern Treue schwören, er muß mit ihnen durch die und dünn gehen. Von demselben militärischen Geist sind auch die Leiter der älteren Jugendorganisationen durchdrungen, die den Kirchen und Kapellen angeschlossen sind. Genosse Walker, der im „Labour Leader“ auf diese militaristische Gefahr hinweist, zitiert einen Brief, den ein Weidhändler, ein aufrichtiger Friedensfreund, der eine Organisation, die „Ritter des Friedens“, ins Leben rief, von Leutnant Southam erhielt, der einer Knabenbrigade vorsteht.

Es heißt dort: „Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß es für die Jungen unserer Brigade immer eine Ehrensache ist, sich beim Verlassen der Organisation entweder dem regulären oder dem freiwilligen Heere anzuschließen, und wir werden alles, was in unserer Macht steht, tun, um den militärischen Geist zu pflegen, und haben keine Sympathie mit Ihrer Bewegung.“

In aller Stille geht diese militaristische Propaganda unter dem Mantel der Jugenpflege vor sich. Man züchtet in den jungen Gemütern künstlich den Krieg zur Gewalttätigkeit, verblödet sie mit den Lehren des Hurratriotismus und vergißt auch nicht, ihnen den Respekt vor den bestehenden Institutionen einzupflanzen.

Die Bewegung hat schon viel Unheil angerichtet. Man trifft hier immer häufiger junge Leute, die sich für ein stehendes Heer nach deutschem oder französischem Muster begeistern, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß eine reaktionäre Regierung in nicht allzu fernem Zeit eine chaubinnische Heze, die sich in Großbritannien leider noch zu leicht inszenieren läßt, dazu benutzen wird, um dem englischen Volke die Last des Landmilitarismus aufzubürden.

Die bestehenden Jugendorganisationen machen die Vorarbeiten zu einem solchen Coup. Das beste Gegenmittel gegen die militaristische Propaganda wäre eine sozialistische Jugendorganisation. Unglücklicherweise liegt die sozialistische Jugendpflege in Großbritannien wie alle anderen Bildungsbefreiungen der britischen Arbeiterschaft noch sehr im Argen.

Offentlich wird der erwähnte Artikel des Genossen Walker dazu beitragen, die Arbeiterschaft auf die Gefahren, die ihr von



der Tätigkeit der Jugendorganisationen mit den ungeschädigt ausfallenden Zielen drohen, aufmerksam zu machen.

**Unwetter im östlichen Deutschland.**

Am Montag ging über den südlichen Teil der Provinzen Ost- und Westpreußen ein außerordentlich schweres Gewitter verbunden mit wolkenbruchartigem Regen nieder. Dabei wurde der Besitzer Quase in Klein-Bölow bei Bischofsburg und sein 12-jähriger Sohn vom Blitze getroffen und sofort getötet. Das zweijährige Söhnchen des Besitzers, das dieser im Arm hielt, blieb unversehrt.

**Wieder ein Arbeitermörder freigesprochen.**

Aus Rom wird uns unter dem 24. d. M. geschrieben: Wir haben seiner Zeit über die Arbeitslosen Demonstration in Lissina berichtet, während der der Bürgermeister der Stadt, ein Herr Cittadino, seinen Revolver zog und zwei Arbeiter schwer verletzte. Einer von diesen starb am nächsten Tage. Die Presse verbreitete die üblichen Legenden über Steinwürfe, mit dem die Menge die Behörden überschüttet hätte, und solche schrecklichen Dinge mehr. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet, und auf den Protest der sozialistischen Presse hin auch der schließliche Bürgermeister. Der Prozeß gegen die Demonstranten ergab, daß aus der Menge nur vereinzelte Steine geworfen worden sind, weshalb nur

geringfügige Strafen verhängt wurden. Die Voruntersuchung gegen den Bürgermeister ergab dagegen, daß die Kugeln wirklich aus seinem Revolver stammten, und daß er ohne Not zu den Waffen gegriffen hatte, während er unter den Karabinier stand, die die Menge zu begütigen versuchten und die Waffen nicht einmal zur Einschüchterung ergriffen hatten. Trotzdem ersährt man heute, daß am 22. d. Mts. die Voruntersuchung gegen den Bürgermeister mit der Einstellung des Verfahrens geendet hat, weil die Herren Richter an dem Totschläger keine Schuld gefunden haben. Der „Avanti“ führt dieses Urteil auf die zahlreichen Konnexionen zurück, die der Bürgermeister, der inzwischen übrigens Exbürgermeister ist, in maßgebenden Kreisen hat. Wir glauben aber, daß der Freispruch seiner besonderen Erklärung bedarf. Es ist nachgerade ein Rechtsbruch der italienischen Rechtsprechung, daß Arbeitermörder freigesprochen sind!

**Kleine Notizen.**

**Wort und Selbstmord.** In einer Wiesbadener Pension wurde der seit mehreren Monaten zur Kur weilende frühere Pächter der Barburg Wieprecht und seine Ehefrau erschossen aufgefunden. Wieprecht hat nach der angestellten Untersuchung seine Frau erschossen und dann Selbstmord verübt. Der Grund zur Tat liegt in ehelichen Zerwürfnissen.

**Absturz in den Alpen.** Beim Edelweissuchen stürzte ein zwanzigjähriger Engländer namens Rapphan vom Ruchenglaern ab.

Er hatte sich zu dicht an einen Abgrund gewagt. Pflüch gab der Boden unter seinen Füßen nach, und Rapphan stürzte in einen 50 Meter tiefen Abgrund. Er war sofort tot.

**Absturz eines Fliegers.** Wie die Blätter aus Pardubitz melden, ist dort der Flieger Cichal abgestürzt und hat so schwere Verletzungen erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

**Durchstechereien auf dem Hamburger Zollamt.** Kolbetrügereien im großen Umfange sind gestern nachmittag beim Zollbüreau St. Annen entdeckt worden. Drei mit Kasse und Spiritus beladene Wagen hatten bereits die Zollgrenze unbeanstandet passiert, als zwei Wagen, die ebenfalls durchfahren wollten, angehalten wurden. Die Polizei verhaftete zwei Männer, während drei entkamen. Außerdem wurde der Zollbeamte, der die Verbrecher ungehindert passieren ließ, in Haft genommen.

**Bei der Arbeit geköpft.** Dienstag früh riß ein Seil der elektrischen Förderanlage der Bremer Kaufmann Rodik in Helgoland. Eine hochgezogene Last stürzte ab und traf einen 19-jährigen Arbeiter, dem der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde. Der Tod ist auf der Stelle eingetreten.

**Leser- und Diskantierklub „Südost“.** Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Reichardt, Köpcke Str. 55: Vortrag. Gäste willkommen.

**Todes-Anzeigen**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 26. d. M. verstarb unser  
Genosse, der Arbeiter  
**Wilhelm Jung**  
Pulauer Str. 45 (Bezirk 599).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 29. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle des  
Friedens-Richtshofes in Nordend-  
Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern die traurige  
Nachricht, daß unser langjähriges  
Mitglied, die Kollegin  
**Berta Kackstein**  
verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, den 29. August, nach-  
mittags 4 Uhr, auf dem Gemein-  
de-Friedhof in Orlitz, Gausstraße,  
statt.  
Nahreiche Beteiligung erwartet  
25/8  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Kreis Nieder-Baranin.**  
**Bezirk Weißensee.**  
Am 25. August verstarb unser  
Mitglied, der Klempner  
**Julius Biebergel**  
im 70. Lebensjahre.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, den 28. August, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
Nieder-Schönhausen - Nordend aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
18/12  
**Der Vorstand.**

**Verband der Gemeinde- und**  
**Staatsarbeiter.**  
**Filiale Groß-Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Wilhelm Jung**  
welcher in der Verdonnerung  
(Res. I) beschäftigt war, verstorben  
ist. Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 29. August, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedens-Richtshofes in  
Nieder-Schönhausen - Nordend aus  
statt.  
25/8  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler  
**Max Zänkert**  
Waldemarstr. 35, im Alter von  
50 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, den 28. August, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des  
Thomas-Richtshofes in Neudöln,  
Diermannstraße, aus statt.  
22/4  
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß mein lieber Mann,  
unser guter Vater, Onkel und  
Schwager, der Galtnist  
**Paul Heimann**  
am Sonntag, den 26. August 1912,  
im Alter von 48 Jahren nach  
langem, schwerem Krankenlager  
verstorben ist.  
Dies geht mit der Bitte um  
stillen Beistand an  
**Wwo. E. Heimann u. Sohn,**  
Dunderstr. 79.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 29. August 1912,  
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des städtischen Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
21a

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Klempner  
**Julius Biebergel**  
Weihenseer, Kronprinzenteichstr. 10,  
am 25. d. Mts. an Herzleiden  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch, den 28. August, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes zu  
Weihenseer, Köpckestraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
128/8  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**6. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 26. d. M. verstarb unser  
Genosse, der Galtnist  
**Paul Heimann**  
Dunderstraße 79 (Bez. 545).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, den 29. d. M., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des städtischen Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
231/8  
**Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Franz Türk**  
am 26. d. Mts., im Alter von  
19 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 29. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Kaiserhofes - Rich-  
thofes in Weihensee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
66/10  
Die Bezirksverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht,  
daß mein lieber Mann, unser  
guter Vater, der Tapezierer  
**Wilhelm Hoppe**  
am 25. August im Alter von  
47 Jahren verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 29. August, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, vom Zentral-  
Friedhof, Friedrichsfelde, aus statt.  
41a

Für die zahlreiche Beteiligung und  
die Krangpenden bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes und Vaters  
**Franz Tillmann**  
sage ich hiermit allen Verwandten,  
Bekanntem, besonders der Firma  
Rudig u. Amberg sowie den Kolle-  
gen und Kollegen den herzlichsten  
Dank.  
Sophie Tillmann und Sohn.  
Von der Reise zurück.  
**Dr. Süßmann, Augenarzt**  
Charlottenburg, Berliner Str. 130.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme beim Hinscheiden meiner  
lieben Frau sage ich allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten meinen  
herzlichsten Dank.  
185  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Jacob Esser und Kinder.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moriplatz  
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Mitglieder-Versammlungen**  
Heute Mittwoch, den 28. August:  
**Bezirk Schöneberg** abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathaus-  
sälen, Martin-Luther-Str. 69.  
Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Verbands-  
angelegenheiten.

**Jalousiearbeiter** abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Anton Becker,  
Reberstr. 17.  
Tagesordnung: 1. Lohn- und Arbeitsverhältnis in den Jalousiefabriken  
Deutschlands. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenangelegen-  
heiten.

**Maschinenarbeiter** (Bezirke Osten, Nordosten, östliche Vor-  
orte, Norden, Moabit, Südwesten und  
westliche Vororte) abends 8 Uhr, im Englischen Garten,  
Alexanderstraße 37c.  
Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung.  
2. Verbandsangelegenheiten.

**Bilderrahmenmacher** abends 6 Uhr, im Dresdener Garten,  
Dresdener Str. 45.  
Tagesordnung: 1. Die Lage in unserer Branche. 2. Anträge zur  
Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

**Einsetzer** abends 8 1/2 Uhr, bei Merkowksi, Andreatstr. 26.  
Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung.  
2. Bericht vom Verbandstag. 3. Branchenangelegenheiten.

**Bodenleger** abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-  
ufer 14/15, Saal 3.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Anträge zur General-  
versammlung.

**Perlmutter-, Horn- und Steinfuß-Knopfarbeiter**  
abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 5.  
Tagesordnung: 1. Fortsetzung der letzten Branchenversammlung.  
2. Bericht vom Verbandstag. 3. Anträge zur Generalversammlung.  
4. Wahlwahl zur Kommission.

**Donnerstag, den 29. August:**  
**Bezirk Charlottenburg** abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus,  
Koslinstr. 3.  
Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der  
Kontrollkommission. 3. Verbandsangelegenheiten.

**Stellmacher** abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler  
Straße 11/12.  
Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Verbands-  
und Branchenangelegenheiten.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Maler etc.**  
Filiale Berlin. - Melchiorstr. 28.  
**Donnerstag, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Bericht von der General-  
versammlung. 3. Verschiedene-Kassenangelegenheiten bezw. wichtige Mit-  
teilungen.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 180/4  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis:  
Hof I  
Ami Nordert, Nr. 1239.  
Verwaltungsstelle Berlin  
Charlottenstraße 3.  
Hauptbüreau:  
Hof III  
Ami Nordert, Nr. 1987.

**Donnerstag, den 29. August 1912, abends 8 Uhr:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
der  
**Elektromonteuere u. Helfer Groß-Berlins**  
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Kollegen! Mit Rücksicht auf die verschiedenen Angelegenheiten, welche  
durch den Bericht der Kommission mitgeteilt werden, ist es notwendig, daß  
Sie zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung erscheinen. 123/7  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin. Etuisbranche.  
**Donnerstag, den 29. August 1912, abends 5 1/2 Uhr,**  
im Graphischen Vereinshaus, Alexanderstr. 44:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Der gewerkschaftliche Kampf. Referent: Kollege Klar. 2. Neuwahl  
eines Vertreters zur Ortsverwaltung und Tarifkommission. 3. Ber-  
scheidenes. 25/4  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
**Die Ortsverwaltung. Die Branchenleitung.**

**Ohne jede Anzahlung**  
**Pianos**  
erstklassiges Fabrikat  
(5mal prämiert, Staatsmedaille)  
in allen Holz- u. Sillarien, von  
wunderbar. Tonfülle (Flügelton)  
**Flügel und Harmoniums**  
gegen kleine monatliche Teilzahlung  
Für jedes Instrument gewährt ich 10-jährige schriftliche Garantie  
**Conrad Krause Nachf.,**  
Berlin, Anshacher Strasse 1,  
Ecke Kurfürstendamm Tel. Ch 10410  
Auch Sonntags geöffnet.

**Rosenthaler Hof**  
Rosenthaler Str. 11/12. Inß. Otto Schilling. Telefon: Amt N. 2438.  
**Sämtliche Räume renoviert.**  
9 Bierzimmer, Regelbahn, 3 Säle mit Bühne bis 400 Personen,  
noch einige Sonnabende und Sonntage frei. 57762

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden).  
Soeben erschienen: 246/20  
**Die Wertzuwachssteuer.**  
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.  
Von Albert Südekum.  
(Seit 12 der Sozialdemokratischen  
Gemeindepolitik.)  
Preis 1 M.  
Vereinsausgabe 40 Pf.

**Auf Teilzahlung!**  
Ohne Anzahlung! Kein Kassierer.  
**Teppiche, Gardinen,**  
**Stores, Portieren,**  
**Stopp-, Plüsch- und**  
**Divadecken.**  
**Matzner, Gutfeldstraße 41,**  
Silberbergstr. Karten od. Besuch erbet.

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße)  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Sehr gr. Ausw. fort. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schleier  
etc. v. einfachsten bis zum  
hocheleganten Genre zu  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Haabfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**WESTMANN**  
Mohrenstraße 37a (nahe Jerusalem Str.)  
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Aus meiner  
**eigenen Fabrikation**  
nach Pariser Originalmodellen:  
Original { Flauschmäntel { 15, 18, 22,  
                  { 25, 36, 75 M.  
                  { Plüschmäntel { 33, 42, 48,  
                  { Kostüme { 54, 65, 150 M.  
                                  { 15, 18, 25,  
                                  { 33, 50, 140 M.  
**Keine Dutzendware!**  
Unmöglich ist es, auf diesem kleinen Raum  
alle Artikel und Passons zu nennen, daher  
nur 3 kleine Beispiele:  
**Bitte überzeugen!**  
**Sommer-Konfektion m. Ermäss. bis 70%**  
**Pelz-Konfektion noch zu Sommerpreisen!**  
**Einsegnungskleider**  
Sonntags geöffnet 8-10 Uhr vormittags.



# Zur Einsegnung

## Schwarze Anzüge

Satin-Kammgarn, Diagonal, Cheviot, Corkscrew und Tuch-Gewebe

M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.-  
M. 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

## Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviots, Foulés, Melton in glatten und schrägen Geweben, schwarzen und vielen blauen Farben

M. 45.- 36.- 30.- 27.- 24.-  
M. 21.- 18.- 15.- 12.- 10.-

## Prüfungs-Anzüge

Moderna Stoffe in großer Farben- und Muster-Auswahl. Schöne Fassons

M. 36.- 30.- 25.- 20.- 15.- 9.-

**Sehr preiswert** Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Hüte, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.



# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Berlin. Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Letztlicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenfrei!

Eine Erleichterung in der Entwöhnung der Säuglinge, besonders im Sommer, wo eine größere Reizung zu Durchfällen besteht, bietet die als verdauungsregelmittel bekannte „Kufete“-Kindernahrung, die der Kuhmilch zugefügt, diese leichter verdaulich macht und so einen rationelleren Uebergang zur festen Nahrung bildet. „Kufete“ hat einen hohen Nährwert, regt den Appetit an, wirkt muskel- und knochenbildend und ist billig im Gebrauch.

Von der Reise zurück.  
**Frauenarzt Dr. Bakofen.**  
Von der Reise zurück.  
**Zahnarzt Ewald Fabian**  
Wilmsdorf, Hohe-Zollern-Damm 193.

**Zur Einsegnung**  
empfeht  
**B. FEDER** Brunnenstrasse 1  
Frankfurter Allee 89  
Rottbuser Damm 103  
**auf Teilzahlung**  
Konfirmanden- und Prüfungs-Anzüge  
Konfirmanden- und Prüfungs-Kleider  
Hüte — Schuhwaren — Wäsche  
Grosse Auswahl in allen Abteilungen  
Kleinste Anzahlung! Wochenrate 1 Mark!  
Strengste Discretion! Billigste Preise!  
Jeder Konfirmand erhält ein Geschenk

Gemeinsame  
**Orts-Krankenkasse**  
für  
**Adlershof**  
und Umgegend.  
Zu einer  
**Außerordentlichen**  
**General-Versammlung**  
am Freitag, den 6. September,  
abends 7 Uhr,  
im Restaurant Lehmannsdorfer zu  
Adlershof am Bahnhof  
laden wir hiermit die Vertreter der  
Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein.  
Tagesordnung:  
Punkt 1. Beschlussfassung über die  
Antragstellung auf Aufnahme der  
Kasse nach der Reichsversicherungs-  
ordnung.  
Punkt 2. Wahl eines Vorstands-  
mitgliedes der Arbeitgeber.  
Punkt 3. Bericht über die 8. Kon-  
ferenz der freien Vereinigung der  
Krankenkassen der Provinz Branden-  
burg am 4. August 1912 in Frank-  
furt a. O. und der 19. General-  
versammlung des Hauptverbandes  
Deutscher Ortskrankenkassen in Köln  
am 18., 19., 20., 21. August 1912.  
Punkt 4. Sonstige Kassenangelegen-  
heiten. 278/4  
Adlershof, den 27. August 1912.  
Max Knappe, Vorsitzender.

**Idealbrikett der Zukunft**  
**Michel**  
74 Riesenformat, frei Gelass  
jeder Etage, M. 8,25 pro 1000,  
ersten Sautenberger Marken  
voll gleichwertig.  
**Michel-Vertrieb**  
Neukölln, Bergstraße 110.  
Telephon 1510.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot  
nach Mass, which, danner, Zuteile  
von 25 Mark an. Moritz Laband,  
Neue Promenade 3, II. (Stadt-Bier)

**Stavistr. 39-32** Querstraße an der  
Müllerstraße 113  
**1- bis 2-Zimmer** Wohnungen mit und ohne Bad,  
mit Warmwasser-Versorgung,  
electr. Nachtbeleuchtung, sonn und Gartenhaus, in neuen trockenen  
Häusern sofort billig zu vermieten. Zu erfragen Nr. 37 beim  
Verwalter Meyer.

**Raucht**  
**Kressin Cigaretten**  
2 1/3 Pf.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 28. August 1912.  
Anfang 7 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus. 834 von  
Verführungen.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Der Rosen-  
kavalier.  
Prater. Die liebe Berliner.  
Anfang 8 Uhr.  
Krona. Ueber den Brenner nach  
Venedig.  
Deutsches. Faust, 1. Teil.  
Peking. Die verurteilte Glocke.  
Königsgräber Straße. Die fünf  
Frankfurter.  
Neues. Der liebe Augustin.  
Berliner. Große Hofnen.  
Schiller O. Das Konzert.  
Schiller-Charlottenburg. Hohe  
Politik.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.  
Die leuchtende Söhne.  
Thalia. Antolinchen.  
Sternfeld. Wie man Männer  
besticht. Die Original-Klabrias-  
partie.  
Trianon. Die Briefstache. Ein  
peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.  
Wierow. Schwindelmeister u. Co.  
Schauspielhaus. Ein Königreich  
m. d. D.  
Kleines. Der Unerschämte. Der  
Kart seiner Uhr. Kolligens  
Geburtstag.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Schloßer  
Schiller. Der verkaufte Galte.  
Ein wenig Musik.  
Kole. Die goldene Eva.  
Folies Caprice. Parfians-  
Ensemble.  
Walhalla. Nur nicht drängeln.  
Anfang 8.30 Uhr.  
Luisen. Der verkaufte Rehbock.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Kammerstücke. Mein Freund Leeb.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralspalast. Fischel: Boonie.  
Sternwarte. Invalidentanz. 57-58.

**Schiller-Theater O.**  
Walther-Theater.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Das Konzert.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Kompagnon.**  
**Schiller-Theater**  
Charlottenburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Hohe Politik.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Gefährliche - Paracelsus.**  
Der grüne Kakadu.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Lokalbahn.**  
Hierauf: **Die Medaille.**  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Hofnen.**  
**Theater in der Königgrätzer Straße**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
Operette von Leo Fall.  
**Residenz-Theater.**  
**Wiedereröffnung**  
Sonnabend, den 31. August, 8 Uhr:  
**Der Herr von Nr. 19.**  
Schwanz in 3 Akten von Rexaul und  
Barre.  
**Metropol-Theater.**  
**Schwindelmeister & Comp.**  
Schant-musik. Romdile in 3 Akten, aus d.  
Engl. völlig frei bearb. von A. Freund.  
Wahl von R. Kellon, u. a. Länge von  
2 1/2 Stücken. In Szene gef. v. Dir. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

**Zentralverband der Dachdecker und  
verw. Berufsgenossen Deutschlands**  
Filiale Berlin.  
Sonnabend, den 31. August 1912:  
**23. Stiftungsfest**  
unter Mitwirkung des „Berliner Uk-Trios“,  
des Gesangsvereins „Melodia“-Neukölln u. a.  
Zahlreichen Besuch erwartet. **Das Komitee.**  
Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr nachmittags geöffnet.

**Luna-Park, Halensee.**  
Donnerstag, den 29. d. M.: **Zum Besten des Invalidendank:**  
**Großes Militärkonzert und Monstre-Aufführung**  
des Musik- und  
Trompeterkorps  
sowie der Spielleute des III. Armeekorps, ca. 500 Musiker. Leitung:  
i. Armeemusikinspizient: Herr Professor Grawert. Zum Schluss:  
**Großer Zapfenstreich der Infanterie, Kavallerie und Artillerie.**  
Eintrittskarten im Vorverkauf: 75 Pf. beim Invalidendank.  
Unter den Linden 24, Potsdamer Str. 20, bei A. Wertheim und  
bei Looser u. Wolff. — An der Abendkasse 1 M. Reservierte  
Vordertische auf beiden Terrassen für 4-8 Personen pro Billett  
1,50 M. nur beim Invalidendank — Sämtliche Freibillotte,  
Passpartouts haben keine Gültigkeit.

**Herrnfeld**  
Theater  
**Wie man  
Männer bessert!**  
**Die Original-  
Klabrias-Partie**  
Beide Stücke mit Anton  
und Donat Herrnfeld in  
den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-12 (Theaterkasse.)

**DOSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 102.  
**Die goldne Eva.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
**Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.**  
**Apollo**  
Theater  
Letzte Tage  
des grandiosen Programms  
Tanzphänomen **Pertina**  
Der populäre Kunstschütze  
**Bordeverry.**  
Der Wunderpapagei  
**Lora**  
und 8 weitere große Attraktionen.

**Passage-Theater.**  
**Wiedereröffnung**  
Sonnabend,  
den 31. August.  
Gastspiel der  
sieben Spaßmacher  
in ihrer  
Revue  
„Da tut sich was.“

**Königstadt-Kasino.**  
Ode Holmann- u. Alexanderstr.  
Täglich: Varietés u. Theater  
im herrlichen Naturgarten.  
**8 Glanznummern**  
und „So leben wir“.  
Gesangsburleske in 2 Akten.  
Tägl. Kaffeeküche bis 6 Uhr.

**ZOO**  
**LOGISCHER**  
**GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-  
Doppelkonzert.**  
Eintritt 1 Mark,  
von abends 6 Uhr ab  
50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Passage-Panoptikum**  
**Prinz**  
**ATOM**  
Das kleinste mens-  
liche Labowen.  
Das Wunder aller Wunder.  
Lebend! Ohne Extra-Entree!

**Voigt-Theater.**  
Geundbrunnen Badstraße 58  
Mittwoch, 28. August 1912:  
**Elitetag!**  
**Der rechte Weg.**  
Tanz  
bei großem Orchester.  
Kaffeneröffnung 8 Uhr. Auf, 4 Uhr.  
Voranzeige! Zum Benefiz für das  
technische Personal und die Haus-  
kellner: Robert und Gertraud.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. „Die Briefstache“.  
„Ein peinlicher Zwischenfall“.  
„Der Dieb“.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.







Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des 5. Viertels (Ortsrat Vohagen-Rummelsburg) im großen Saale des Café Bellevue. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen D. John: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 2. Diskussion. 3. Bezirks- und Viertelsangelegenheiten.

Kaulsdorf. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in „Hammanns Gesellschaftshaus“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Thema: Religiöse Probleme in der Arbeiterbewegung. (Kirchensteuer - Volkssteuer!) Referent: Emil Unger - Berlin. Die Herren Pfarrer sind schriftlich eingeladen.

Bessen. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen P. Kurzner: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralsversammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Sonnenblumen.

Eine der schönsten Herbstblumen, die Sonnenblume, steht augenblicklich wieder in vollster Blütenpracht. Die hohen, fingerstarken Stengel mit den mächtigen Blättern und Blütenköpfen begünstigen die Anzucht als lebendes Grenzzeichen, an Hecken und Zäunen, vor allem auch zur Umgehung von Lauben. In Haus- und Biergärten findet man die Sonnenblume seltener. Hier genießt sie in verkehrter Anschauung mehe den Ruf einer Feld- als einer Gartenpflanze und ist deshalb verpönt. Anspruchslosere Naturfreunde wie unsere Laubenkolonisten wissen ihren Wert zu schätzen. Eine Laubenkolonie ohne Sonnenblumenanzucht ist undenkbar und einen wunderhübschen Eindruck macht es in der Tat, wenn bei fast jeder Laube die im Winde sich schwingenden Stauden, die „Chrysanthem des Proletariats“, mit ihren funkelnden gelbschwarzen Augen gleichsam Wache halten. Der Laubenbater ist stolz, sobald der riesige Blütenfeld seine gelben Gipfel strahlenförmig nach allen Seiten fendet, und paßt höflich auf, daß die Stengel nicht gedrückt werden und die Sommerpracht nicht frühzeitig untergeht. Bei Laubenfesten gibt es häufig auch eine „Sonnenkönigin“, deren Geschick und Geschick es verstanden hat, sich mit den gelben Blüten reizvoll zu schmücken. Fährt man mit der Ringbahn an Hunderten von Groß-Berliner Laubenkolonien vorüber, so winken uns überall die weithin leuchtenden herrlichen Blütensterne entgegen. Es ist eine dankbare Pflanze, die bis in den September hinein bei Wind und Regen der Sonne Konkurrenz macht. Nach dem Abblühen kommen die Kinder zu ihrem Recht, die nach altem Brauch gern von den reifen Samenkörnern naschen. Neuerdings wird die Sonnenblume auch als Balkonpflanze verwendet. Sie gedeiht hier aber nicht recht, weil ihre Wurzel viel Erde und Bewegungsfreiheit braucht.

Eine Zunahme der Heiratsziffer von Groß-Berlin

wird für das Jahr 1911 in den „Statistischen Monatsberichten Groß-Berlin“ (3. Jahrgang, 3. Heft) durch Prof. Silbergleit festgestellt. In den Jahren 1910 und 1911 wurden in dem beteiligten Gebiet 35 534 und 37 275 Ehen geschlossen, davon in Berlin allein 21 848 und 22 672, in den Vororten allein 13 688 und 15 103. Von 1910 zu 1911 mehrten sich die Eheschließungen für Groß-Berlin um 6,31 Proz., im besonderen für Berlin allein um nur 3,77 Proz., aber für die Vororte allein um 10,85 Proz., dagegen nahm in demselben Zeitraum die Bevölkerungszahl zu für Groß-Berlin nur um 3,35 Proz., für Berlin allein um 0,61 Proz., für die Vororte allein um 6,88 Proz. Die Heiratsziffer, d. h. das Verhältnis der Zahl der heiratenden Personen zur mittleren Bevölkerungszahl, war in den beiden Jahren für Groß-Berlin 19,44 und 19,99 pro 1000 der Bevölkerung, im besonderen für Berlin 21,22 und 21,98 pro 1000, für die Vororte nur 17,14 und 17,70 pro 1000. Die Zunahme der Heiratsziffer ist, wie man sieht, nicht beträchtlich.

Aus den in diesen Ziffern hervortretenden Unterschieden zwischen Berlin und dem Vorortgebiet will Silbergleit keine Schlüsse ziehen. Er weist darauf hin, daß bei den Verbindungen ortszuständiger Männer mit auswärtigen Bräuten die Eheschließungen meist im Wohnort der Braut vollzogen werden und so der örtlichen Heiratsziffer entgegen. Zur Erklärung der Unterschiede zwischen den Heiratsziffern Berlins und der Vororte kann das aber wohl nicht ausreichen; denn es ist nicht anzunehmen, daß in Berlin so sehr viel häufiger als in den Vororten eine Braut einen außerhalb wohnenden Mann geheiratet hätte. Selbstverständlich ergeben sich auch bei den einzelnen Vororten, wenn man sie gesondert betrachtet, noch Unterschiede der Heiratsziffern. So war in den Jahren 1910 und 1911 die Heiratsziffer z. B. in Charlottenburg 19,70 und 19,45, aber in Schöneberg nur 17,12 und 16,84 und in Wilmersdorf gar nur 15,21 und 15,49. Nebenbei bemerkt: in Charlottenburg und in Schöneberg ist von 1910 zu 1911 nicht eine Zunahme, sondern eine Abnahme der Heiratsziffer eingetreten. Von östlichen Vororten seien hier genannt Reinickendorf mit 18,87 und 19,34, Lichtenberg mit 17,22 und 19,33, Weißensee mit 18,72 und 21,09. Lichtenberg und Weißensee fallen durch besonders starke Zunahme der Heiratsziffer auf.

Silbergleit hebt auch den Unterschied zwischen der Heiratsziffer Groß-Berlins und derjenigen von ganz Preußen hervor. Daß im Jahre 1910 Groß-Berlins Heiratsziffer mit 19,44 um 3,9 über den Durchschnitt des ganzen Landes hinausging, erklärt er vornehmlich aus der abweichenden Altersverteilung der hauptstädtischen Bevölkerung, in der die für die Eheschließung hauptsächlich in Betracht kommenden Altersgruppen besonders stark vertreten sind. In der Entwidlung der Heiratsziffer des ganzen Landes sieht er übrigens kein Anzeichen dafür, daß die Ehemündigkeit zugenommen habe. Zwar sei Preußens Heiratsziffer von 1906 bis 1910 von 16,5 auf 15,5 heruntergegangen, aber auf dieser Höhe von 1910 habe sie schon am Ausgang der 70er und am Anfang der 80er Jahre gestanden.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Der Magistrat Berlin gibt folgendes bekannt: Nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911 (Reichs-Gesetzbl. S. 989) sind von den versicherten Angestellten und ihren Arbeitgebern Vertrauensmänner zu wählen. Diese Vertrauensmänner wählen Beisitzer für den Verwaltungsrat, die Rentenausschüsse, die Schiedsgerichte und das Oberchiedsgericht und können von der Reichsversicherungsanstalt oder den Rentenausschüssen bei Erledigung ihrer Geschäfte zur Mitwirkung in Anspruch genommen werden. Sie sind also die Vertreter der Be-

teiligten bei der Ausführung und Handhabung des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Die Wahlen der Vertrauensmänner werden voraussichtlich im Herbst d. J. stattfinden. Hierbei gilt als Ausweis:

- a) für die versicherten Angestellten die Versicherungskarte, b) für die Arbeitgeber eine von der Gemeindebehörde ausgestellte Bescheinigung über die Zahl der von ihnen regelmäßig beschäftigten versicherten Angestellten.

Die Versicherungskarten werden von den Ausgabestellen der Angestelltenversicherung für die versicherten Angestellten ausgestellt, insoweit sie nicht Mitglieder von Ersparnissen sind. Voraussetzung für die Ausstellung der Versicherungskarte ist, daß der versicherte Angestellte zuvor die Vordrucke einer Aufnahme- und Versicherungskarte, welche bei den Ausgabestellen unentgeltlich erhältlich sind, ausgefüllt und der Ausgabestelle eingereicht hat.

Alle versicherten Angestellten werden aufgefordert, sich schleunigst von der Ausgabestelle, in deren Bezirk sie beschäftigt sind, oder von ihrem Arbeitgeber, sofern er im Besitze der Vordrucke ist, die Vordrucke einer Aufnahme- und einer Versicherungskarte verabreichen zu lassen und unter Einreichung der ausgefüllten Vordrucke bei der Ausgabestelle ihres Beschäftigungsortes die Ausstellung der Versicherungskarte zu beantragen. Ueber die Ausfüllung gibt die mit den Vordrucken auszugebende Belehrung Auskunft.

Als Ausweis ist der Ausgabestelle der Steuerzettel und gegebenenfalls die Quittungskarte der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorzulegen.

Versicherte Angestellte, welche bei den Wahlen nicht im Besitze einer Versicherungskarte sind, gehen ihres Wahlrechts verlustig.

Die Arbeitgeber, welche versicherte Angestellte beschäftigen, werden aufgefordert, bis zur Wahl sich von der Gemeindebehörde eine Bescheinigung über die Zahl der von ihnen regelmäßig beschäftigten versicherten Angestellten ausstellen zu lassen. Ohne diese Bescheinigung können sie zur Wahl nicht zugelassen werden.

Für den Stadtkreis Berlin ist eine Ausgabestelle der Angestelltenversicherung SO. 16, Am Köpenicker Park 8, geöffnet von 8-3 Uhr, errichtet worden.

Die Ausgabe erfolgt dort vom heutigen 28. August ab.

Es wird den Arbeitgebern dringend empfohlen, die Vordrucke für die Aufnahme- und Versicherungskarten in der für ihre Angestellten erforderlichen Anzahl von der Ausgabestelle zu erfordern und sie nach Ausfüllung durch die Angestellten und tunlichster Nachprüfung der Richtigkeit der Ausgabestelle wieder einzureichen. Es würden hierdurch nicht nur die Ausgabegeschäfte bedeutend erleichtert, sondern auch den Arbeitgebern und den Angestellten Wege und Wartezeit erspart werden. Schließlich würde den Arbeitgebern der Nachweis der Zahl der von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Personen ohne jede Schwierigkeit ermöglicht, so daß ihnen die für die Zulassung zur Wahl erforderliche Bescheinigung ohne weiteres ausgestellt werden könnte.

Schriftliche Anträge und Anfragen einzelner Angestellter können bei dem Umfang der Geschäfte nicht berücksichtigt werden.

Ein Liebesdrama

hat sich gestern morgen gegen 5 Uhr in dem Hause Friedrichstr. 41 zu Lichtenberg abgespielt. Dort versuchte der 34jährige Arbeiter Karl Günterberg seine Geliebte zu ermorden. Der Täter versuchte zu entfliehen, wurde jedoch festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Ueber die Tat wird folgendes berichtet: In dem Hause Friedrichstr. 41 wohnte seit etwa einem halben Jahre der 34jährige Arbeiter Karl Günterberg mit seiner Wirtschafterin, der 24jährigen Matilde Bahlow. Zwischen beiden entspann sich ein Liebesverhältnis, dem vor kurzem die Verlobung folgte. Am 1. Oktober sollte die Hochzeit stattfinden, doch bemerkte Günterberg seit einiger Zeit, daß das Mädchen immer lächler wurde. Er äußerte seiner Braut gegenüber nichts, doch beobachtete er die W. heimlich und verfolgte sie auf ihren Ausgängen. Dabei machte er vorgestern abend die Beobachtung, daß die Wirtschafterin sich mit einem in der Nähe wohnenden Musiker traf und mit diesem zusammen eine Gastwirtschaft aufsuchte. G. folgte den beiden unauffällig und machte, als die W. nach Hause zurückgekehrt war, dem Mädchen heftige Vorwürfe, die damit endeten, daß das Mädchen die Verlobung für aufgehoben erklärte. Die W. zog sich dann in ihr Zimmer zurück und verriegelte die Tür, da der Arbeiter sie bedrohte und erklärte, daß sie das Haus nicht lebend verlassen werde, wenn sie sich von ihm trennen wolle. Während der Nacht verhielt sich G. ruhig; gestern morgen um 5 Uhr klopfte er gegen die Tür des Zimmers der Wirtschafterin, indem er sie bat, den Kaffee zu bereiten. Als die W. ahnungslos öffnete, stürzte sich ihr Geliebter mit erhobenem Weil auf sie, warf das Mädchen auf ihr Bett und verfeigte ihr zwei wuchtige Schläge über den Kopf, die die Schädeldede zertrümmerten. Auf die Hilferufe der Betroffenen eilten Nachbarn hinzu und drangen in die Wohnung ein. Der Täter versuchte sich durch die Flucht zu retten, wurde aber auf der Straße eingeholt und der Polizei übergeben. Das Mädchen, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde auf der nächsten Unfallstation verbunden und von dort aus nach dem Rummelsburger Krankenhaus überführt, wo sie in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Eine Liebestragödie hat sich gestern morgen in Lichtenberg abgespielt. Auf dem Gelände der Erziehungsanstalt fanden Arbeiter ein junges Mädchen von 15 Jahren und einen um drei Jahre älteren jungen Mann mit Schußverletzungen in der Brust auf. Die beiden jungen Leute wurden in das Augusta-Victoria-Krankenhaus gebracht, wo der Arzt Schußverletzungen in der Brust feststellte. Ueber die Gründe, die das Liebespaar zu dem Entschluß, aus dem Leben scheiden zu wollen, getrieben haben, wird folgendes berichtet: Der 18jährige Schriftsetzer Max W. hatte vor einigen Monaten auf einem Tanzvergnügen die 15jährige Hedwig M., bei ihren Eltern wohnhaft, kennen gelernt. Zwischen den jungen Leuten entspann sich bald ein Liebesverhältnis, das jedoch von den Eltern des jungen Mädchens nicht gebilligt wurde. Daraufhin beschloß das Liebespaar, nach Amerika auszuwandern und dort zu heiraten. Aber auch dieser Voratz scheiterte an der Mittellosigkeit beider. Nun beschloßen die jungen Leute, aus dem Leben zu scheiden. Nach einer durchabumelten Nacht begaben der junge Mann und das Mädchen sich auf das Gelände der Lichtenberger Erziehungsanstalt, und dort jagte der Schriftsetzer zuerst sich und dann seiner Braut einen Schuß in die linke Brustseite. Die Verletzungen beider sind jedoch nicht lebensgefährlich, so daß die jungen Leute schon nach einigen Wochen aus dem Krankenhaus entlassen werden dürfen.

Großfeuer auf dem Rieselgut Osdorf. Gestern nachmittag gegen 1 Uhr kam auf dem Rieselgut Osdorf, das der Stadt Berlin gehört, ein Großfeuer zum Ausbruch. Der Brand entstand in der größten Scheune des Gutes, die mit Heu und Stroh voll angefüllt war. Die Flammen griffen mit einer solchen Schnelligkeit um sich, daß

in kurzer Zeit die ganze, etwa 50 Meter lange Scheune lichterloh brannte. Aus allen umliegenden Ortschaften eilten die freiwilligen Feuerwehren zu Hilfe, und auch von den städtischen Nachbargütern Friederichsdorf und Birchholz waren bald Hilfsmannschaften zur Stelle. Man mußte sich darauf beschränken, die umliegenden Gebäude zu schützen, denn von der brennenden Scheune selbst war nichts mehr zu retten. Die Ursache des Feuers konnte nicht mehr festgestellt werden, doch vermutet man Brandstiftung. Personen sind bei dem Brande, soweit es sich feststellen ließ, nicht zu Schaden gekommen.

In der Kauerer Messerstecherstraße ist in der gestrigen Nacht in Kauen ein Gelegenheitsarbeiter David von Beamten der Kauerer Polizei aufgegriffen und auf die dortige Polizeiwache im Rathaus gebracht worden. Der festgenommene leugnet, der gesuchte Messerstecher zu sein. Er gab an, zu der fraglichen Zeit in Berlin gewesen zu sein und dort zwei Nächte in der „Wiesenburg“ genächtigt zu haben. Er habe dort einen gewissen „Ernst“ kennen gelernt, mit dem er während seines Aufenthaltes in Berlin zusammen gewesen sei. Die Berliner Kriminalpolizei sucht gegenwärtig festzustellen, wer dieser „Ernst“ sein könnte. Gestern morgen wurde er den beiden Herren, die im Nebenabteil saßen, und den Verbrecher haben fliehen sehen, gegenübergestellt, beide wollen in ihm den gesuchten Täter wiedererkannt haben. Von dem Manne wurden mehrere photographische Aufnahmen gemacht, die noch im Laufe des gestrigen Tages den drei im Krankenhaus befindlichen Damen vorgelegt werden sollten.

Großere Bedeutung als der Festnahme des genannten, mehrfach wegen Betrugs verurteilten Landstreichers legt die Polizei einem Kleiderfunde bei, der im Spandauer Stadtwalde gemacht wurde. Dort fand man eine noch sehr gut erhaltene graufarbene Tuchhose mit grünen Streifenmuster und ein gleich gutes blaues Jackett. Die Kleidungsstücke könnten sehr gut einem Menschen von 1,60 Meter Größe passen, der etwa die Statur des Messerstechers hätte. Ob der Kleiderfund wirklich mit dem Attentat in Zusammenhang steht, läßt sich noch nicht sagen.

Zum Brande des Theaters des Westens. Die Nachforschungen nach den Ursachen des Bühnenausbrandes im Theater des Westens haben die Annahme einer vorsätzlichen Brandstiftung nahezu entkräftet. Entgegen den Ansichten des Personals glaubt die Polizei vielmehr an eine fahrlässige Anlegung des Feuers oder an einen nachträglich schwer zu findenden Defekt in der großen Beleuchtungsanlage, der eine Flammenentwicklung zur Folge hatte. Den Verdacht einer mutwilligen Brandstiftung glaubt man deswegen von der Hand weisen zu müssen, weil keine verdächtige Person zur fraglichen Zeit gesehen wurde. Ebensovienig wie dem ersten, vor vier Wochen eingehenden Drohbrief an das Baubüro des Baumeisters Schring legt die Polizei einem neuen Drohbrief Bedeutung bei, der gestern abend bei dem Architekten eintraf. Es heißt in dem Schreiben: „Wir wollen ein neues Wahlrecht haben und sind zusammengetreten, um Dachstuhlbrände in Berlin zur Beunruhigung des Publikums zu veranstalten. Wie Sie gehört haben, haben wir schon eine Reihe von Dachstuhlbränden angelegt. Nun ist das Los auf Sie gefallen. Die vier Bomben, die wir in die Ecken der Bühne gelegt haben, sind leider nicht am Abend während der Vorstellung, sondern schon am Mittag explodiert.“ Dem Briefe liegt selbst nach Ansicht der Polizei großer Unfug zugrunde. Nach Abschluß der polizeilichen Untersuchungen wird heute der Geh. Saurat Grafmann mit mehreren Herren an der Brandstelle Erhebungen anstellen. Branddirektor Bahrt, der ein umfangreiches Protokoll ausgearbeitet hat, will den Theaterbrand noch in einer ausgedehnten sachwissenschaftlichen Schrift behandeln. Inzwischen schreiten, so wird berichtet, die Verhandlungen über die Wahrung einer anderen Wähne rüstig fort. Dem Direktor sind u. a. folgende Bühnen angeboten worden: das Stollische Theater, das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater, das Bellealliance-Theater, das Zentral-Theater, der Sportpalast und eine große Reihe auswärtiger Bühnen. Die Verhandlungen mit dem Neuen Schauspielhaus sind einen Schritt weitergekommen und haben Aussicht auf guten Erfolg.

Ein Automobilunfall. Ein Auto, in dem vier Potsdamer Herren einen Ausflug unternommen hatten, fuhr gestern nacht infolge Lösung eines Pneumatiks in der Nähe von Rikolasse gegen einen Baum. Die Insassen und der Chauffeur wurden herausgeschleudert, drei Herren und der Chauffeur erlitten leichtere Verletzungen, während der vierte, ein Kaufmann Stefan, eine schwere Gehirnerschütterung davontrug.

Ueber die Frühjahrszugänge nach Groß-Berlin

bringen die „Statistischen Monatsberichte Groß-Berlin“ in ihrem vorben erschienenen dritten Heft des 3. Jahrganges eine Zusammenstellung. In Berlin und den 87 an die Reichsregierung angegliederten Vororten (fast sämtlich im Umkreis von 15 Kilometer um das Berliner Rathaus gelegen) wurden aus den beiden den Osterzugstermin einschließenden Monaten März und April 1912 zusammen 209 440 Personen als Zugewogene gemeldet, im einzelnen für März 79 167, für April 130 273. Ihnen standen für daselbe Gebiet Groß-Berlin und für dieselben beiden Monate zusammen 197 639 Weggezogene gegenüber, im März 87 045, im April 110 594. Hiernach wäre im Zeitraum der beiden Monate aus Wanderungen eine Bevölkerungsmehrung um 11 801 verblieben, im März zwar eine Abnahme um 7878, aber im April eine Zunahme um 19 079. Zu dem Wanderungsgewinn von 11 801 kam ein aus den beiden Monaten sich ergebender Geburtenüberschuß von 4580, so daß der gesamte Bevölkerungszuwachs sich für Groß-Berlin auf 16 381 beziffert.

Berlin allein hatte im Frühjahr 1912 eine Bevölkerungsentwicklung, die von diesem Groß-Berliner Gesamtbild abweicht. Für März und April zusammen blieb, da gegenüber 67 700 Zugewogenen 81 156 Weggezogene in Rechnung zu stellen waren, ein Wanderungsverlust von 13 456. Dagegen hatte das Gebiet der 87 Vororte allein einen Wanderungsgewinn von 25 257, der durch Berlins Wanderungsverlust sich für das ganze Gebiet Groß-Berlin auf 11 801 (wie schon oben angegeben) erhöhte. Der Geburtenüberschuß aus den beiden Monaten betrug für Berlin allein 1554, sodas hier der Wanderungsverlust von 13 456 den Geburtenüberschuß aufzehrte und dann noch ein Bevölkerungsrückgang von 11 902 sich ergab. Das Gebiet der 87 Vororte allein hatte einen Bevölkerungszuwachs von 28 283, während für das ganze Gebiet Groß-Berlin infolge des Berliner Bevölkerungsrückganges nur 16 381 (wie oben angegeben) herauskommen.

Die Bevölkerungszahl berechnet sich für Ende April 1912 in Groß-Berlin auf 3 885 043 Personen, in Berlin allein auf 2 079 070 Personen.

Ein Versicherungsschwindler, der seit langer Zeit in Berlin und auch in den Provinzkädten sein Unwesen trieb, konnte gestern endlich dingfest gemacht werden. Der Gauner brauchte zu seinem Schwindel falsche Quittungen verschiedener Feuerversicherungsgesellschaften. Er veranlaßte harmlose Leute, ihre Einrichtung durch ihn versichern zu lassen, nahm ihnen nicht nur die Aufnahmehöhen ab, sondern erhob auch noch nach einigen Tagen die erste Prämie. Er stellte stets eine Interimskquittung aus und setzte darunter einen gefälschten Stempel. So- mit gelang dieser Schwindel in unzähligen Fällen, weil die Geschädigten erst später, als die zweite Rate fällig sein mußte, errieten daß sie einem Gauner ins Garn gegangen und in Wirklichkeit bei der Gesellschaft gar nicht versichert worden waren. Der Schwindler stellte sich jetzt wieder einem hiesigen Generalagenten als Agent nach vor, ließ sich Formulare geben und ging wieder auf seine Vertriebsreisen aus. Die Kriminalpolizei entsandte den Gauner, der sich bei seiner Festnahme Müller nannte, als einen 42 Jahre alten



Agenten Max Schmelzer aus Friesen in Sachsen. Er wurde sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein Zusammenstoß zwischen einer Autodroschke und einem Straßenbahnwagen, bei dem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich am Montagmorgen gegen 7/8 Uhr am Königsplatz. Dort fuhr die Autodroschke I. A. 8189 gegen die Seitenwand eines Motorwagens der Linie 24. Der Anprall war so heftig, daß das Auto stark beschädigt wurde und an dem Straßenbahnwagen 3 Seitenscheiben zerbrachen. Durch umherfliegende Glassplitter wurden drei Personen verletzt.

Mit dem Fahrrad in den Zeltomkanal gestürzt und ertrunken ist der bei der Zeltom Kreisverwaltung beschäftigte Gärtner Koffke aus Steglitz. Er fuhr vorgestern Abend um 7 Uhr am Ufer des Zeltomkanals entlang in der Richtung nach Zehlendorf zu und sah in der Luft einen Flieger nach. Dabei fuhr er sehr, stürzte in den Kanal und ertrank. Die Leiche ist geborgen.

Feuer in einer Lampenfabrik. Gestern Abend kurz nach 7 Uhr wurden mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Lampenfabrik von F. Hirschhorn in der Köpenicker Str. 140 gerufen, wo im zweiten Stock des ersten Quergebüdes ein größerer Brand ausgebrochen war. Als der erste Löschzug an der Brandstelle eintraf, stand der Vorderraum schon vollständig in Flammen. Nach halbstündigem Wassergebrauch konnte die Gefahr als beseitigt gelten. In den oberen Stockwerken, wo sich die Hängearbeiten und die Radiererei befinden, ist nur wenig Schaden angerichtet worden, dagegen ist die Raderei fast vollständig ausgebrannt. Die Ursache des Feuer ist nicht ermittelt. Eine Betriebsänderung tritt bei der Firma nicht ein. — Vorher wurde die Feuerwehre nach dem Grünweg 73 alarmiert, wo im ersten Stock des Vorderhauses in einem Leihhause eine Gasexplosion erfolgt war. Durch Stichflammen wurde dort der Klempner Wilhelm Schneider im Gesicht und an den Händen verletzt, so daß er die Hilfe der nächsten Unfallstation in Anspruch nehmen mußte. Die Explosion ist wieder dadurch herbeigeführt worden, daß der Klempner eine schadhafte Gasleitung mit einem Licht abzweigte. Feuer ist in dem Raum weiter nicht entstanden.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln.

Des Kindesmordes hatte sich die 25jährige Putzmacherin Martha S. zu Unrecht bezichtigt. Der als Vormund bestellte Buchbindermeister Schuhmacher hatte sich des Mordes nach dem Kinde erkundigt, war aber von der Mutter mit Ausfälligkeiten abgefertigt worden. Er erstattete nun der Polizei Anzeige, worauf die Putzmacherin verhaftet wurde. Sie gab an, daß sie am 21. Mai ertrunken worden und mit dem Kind tagelang umhergeirrt sei. Dekters habe sie im Treptower Park genächtigt. Am 30. Mai habe sie bemerkt, daß das Kind verstorben sei, sie habe daher die Leiche auf einen Waplay in der Dargz Strasse niedergelegt. Da sich die Angabe nicht bestätigte, wurde angenommen, daß die Mutter ihr Kind ins Wasser geworfen habe. Sie gab auch diese Möglichkeit zu, da sie in dieser Zeit durch Hunger und Entbehrungen vollständig von Sinnen gewesen sei. Durch einen Zufall ermittelte die Kriminalpolizei, daß am 1. Juni in einem Kornfeld an der Ganner Chaussee ein etwa acht Tage altes Kind ausgehunden worden ist, das seitens des Magistrats in Pflege gegeben wurde. Dieses Kind wurde als das der Putzmacherin festgestellt. In ihrer Verwirrung hatte sich die Bedauernswerte daher selbst des Kindesmordes beschuldigt.

### Charlottenburg.

Aus dem Fenster gestürzt. Ein trauriger Vorfall, der noch der näheren Aufklärung bedarf, ereignete sich in der Nacht zum Montag im Hause Spandauer Str. 8. In der zweiten Etage des Quergebüdes befindet sich ein Pensionat, in dem dreizehn Gärtnerlehrlinge, die ihre Ausbildung in der Schlosshärtnerei erhalten, Wohnung genommen haben. Das eine Erdzimmer hat der sechszehnjährige Lehrling Wolfgang Wähler mit zwei Kollegen inne. Der junge Mann, der als durchaus solide und nüchtern geschildert wird, war seit acht Tagen an einem inneren Leiden erkrankt und befand sich in ärztlicher Behandlung. Er hatte dabei sein Zimmer während des Sonntags nicht verlassen. Kurz nach Mitternacht hörten Hausbewohner vom Hofe her einen dumpfen Fall und einen gellenden Auffrei. Als sie die Ursache nachforschten, sahen sie Wähler im Nachtwind auf dem Hofe liegen. Er war aus dem Fenster gestürzt und hatte außer einer Gehirnerschütterung eine schwere Kopfverletzung, einen Bruch des rechten Armes sowie einen Knöchelbruch am rechten Fuß erlitten. Ein hinzugerufener Arzt veranlaßte die sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus Westend. Wähler konnte über den Hergang des Sturzes keine Angaben machen. Ein Selbstmordversuch erscheint jedoch ausgeschlossen zu sein.

Durch Kohldämpfe getötet wurde in der Nacht zum Dienstag der 24jährige Schlosser Albert Weid, der auf dem Neubau Bismarckstraße 116 mit anderen Arbeitern Nacharbeiten zu verrichten hatte. Als gegen Morgen die Leute den Bau verlassen, um sich nach Hause zu begeben, blieb W. allein zurück und legte sich in einem Raum nieder, in dessen Mitte ein brennender Kessel zum Austrocknen der Wände aufgestellt war. Als der Bauwarter einen Rundgang durch die Räume machte, fand er W. in bewußtlosem Zustande auf dem Boden liegend. Er benachrichtigte sofort die Polizei und einen Arzt, doch als dieser eintraf, war der junge Mann bereits tot.

### Wilmerdorf.

Die Ungleichheit des Wahlrechts in der Kommune findet eine interessante Beleuchtung durch die erfolgte Eingliederung der stimmberechtigten Bürger in die Wählerabteilungen. Nach den aufgestellten Wählerlisten können bei den diesmaligen Wahlen 18 887 Wähler (gegen 17 856 im Vorjahre) ihr Wahlrecht ausüben; also ein Mehr von 1031 Wähler. Die gesamten Steuern dieser Wähler betragen 5 990 258,90 M., gegenüber 5 844 934,14 M. im vorigen Jahre, mithin eine Steigerung von 635 324,06 M. Damit hat sich gleichfalls der Durchschnittsatz um ein wesentliches gehoben und zwar von 310,25 M. auf 317,56 M.

Von den Wählern entfallen 608 auf die 1. Abteilung, 3284 auf die 2. Abteilung, während die 3. Abteilung 15 065 Wähler aufweist. Die Zunahme der Wahlberechtigten betrug danach gegen das Vorjahr 64, bezw. 322 und 1215. Die Steuerleistung hat sich in der 1. Abteilung vermindert. 1911 entrichtete der Höchstbesteuerter 181 311,75 M., der letzte dieser Abteilung Angehörige 1670,00 M. Gegenwärtig tritt an Stelle dessen eine Steuerleistung von 126 049,60 Mark bezw. 1656,40 M. Die Höchstbesteuerung hat sich also um mehr als 5000 M. reduziert. Wähler, die eine Steuer von 1656,40 Mark bis zu 317,80 M. entrichten, gehören der 2. Abteilung an, und alle diejenigen, deren Einkommen einem geringeren Steuerfusse als 317,40 M. unterliegen, rubrizieren unter die Wähler der 3. Abteilung.

Im Vergleich der einzelnen Abteilungen zueinander zeigt es sich demnach, daß die Wähler der 2. der 3. Wählerabteilung gegenüber ein etwa fünffaches Wahlrecht haben. Die 1. Abteilung übt der 2. Abteilung gegenüber ebenfalls ein fünffaches Wahlrecht aus, wogegen in der 3. Abteilung 25 Wähler erst so viel Stimmrecht haben als ein Wähler der 1. Abteilung. — Treffender kann die Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts nicht illustriert werden.

### Groß-Sichterfeld.

Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde hier vergangene Nacht verübt. Geldschrankräuber drangen in die Vorkammerge der Chausseestraße 92a belegenen Hilfskasse für allgemeine Berufszweige ein, indem sie Nachschlüssel und Dietrich anwandten. Im Kassenzimmer

„Knabberten“ sie nach harter Arbeit den Geldschrank auf und raubten mehr als 700 M. bares Geld. Der Rückweg nahmen sie durch das Fenster.

### Steglitz.

Die Eisfabrik scheint sich zum Schmerzensklinde für unsere Gemeindeverwaltung auszuwachen zu wollen. Nachdem schon im Januar d. J. der Versuch fehlgeschlagen war, mit einer Genossenschaft von Interessenten einen Vertrag auf Abnahme der gesamten Eisproduktion abzuschließen, ist nunmehr auch der Gemeindevorordnete Bank von dem in einer außerordentlichen Sitzung am 1. August von der Gemeindevorstellung genehmigten Verträge zurückgetreten, weil einige Forderungen an den Bedingungen ihm nicht zulagen. Aber auch jetzt noch scheint die Verwaltung den von unieren Vertretern wiederholt vorgeschlagenen Weg, den Vertrieb selbst in die Hand zu nehmen, nicht geben zu wollen. Sie sucht auf dem Interatenwege wieder kapitalstättige Abnehmer von Kristalleis, die ihre möglichst spezialisierten Offerten bis zum 5. September einreichen sollen. Da das Eiswerk fast fertig ist und die Anlage doch unumgänglich benutzbar stehen bleiben kann, ist es leicht möglich, daß sich unsere bürgerlichen Gemeindevorretter doch zu dem nach ihrer Ansicht unmöglichen Schritt entschließen müssen, den sozialdemokratischen Anträgen zu folgen und den Eishandel selber zu besorgen. Daß die Sache nicht irgendeinem Bureaukraten, sondern einem fähigen Geschäftsmann unterstellt werden muß, ist natürlich Bedingung. Geschieht dies, dann vermögen wir nicht einzusehen, weshalb die Gemeinde die Sache nicht ebenfugot machen kann wie ein früherer Wäckermeister. Wir zweifeln nicht, daß in diesem Falle nach einigen Jahren sich genähende Leute finden werden, die dann das als „Großtat unserer weitsehenden Gemeindevorwaltung“ feiern werden, was jetzt nur „der Rot gehorchend, nicht dem eignen Triebe“ getan wurde.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich die 21jährige Frieda Kohn, Kreisstr. 40. Das junge Mädchen hatte vor kurzem einen jungen Mann kennen und lieben gelernt, doch ihre Hoffnung auf Gegenliebe sollte sich nicht erfüllen. Es glaubte nun ohne den Geliebten nicht leben zu können und beschloß, in den Tod zu gehen. Nachdem das Mädchen an die Eltern zwei rührende Abschiedsbriefe geschrieben, öffnete es in der Küche die Gashähne und morgens wurde die Unglückliche leblos aufgefunden. Wie ein Arzt feststellte, war der Tod bereits seit zwei Stunden eingetreten.

### Reinickendorf.

Die hiesige Gemeindevorstellung veröffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1911, das dritte seit Bestehen. Er zeigt in allen Teilen eine gesunde Weiterentwicklung dieses nach modernen Grundbügen verwalteten Gemeindevornehmens. Die Sparanlagen erhöht sich um 1 978 827,01 M. und erreichte eine Höhe von 3 189 774,42 M. Die Zahl der Sparer erhöhte sich von 2820 im Vorjahre auf 6663. Sehr wesentlich dürfte zu diesem Ergebnis beigetragen haben die am 1. Januar 1911 in Kraft getretene Erhöhung des Zinsfußes von 3/4 auf 3/2 Prozent. Die Verzinsung beginnt an dem der Einzahlung folgenden Tage und endet mit dem der Abhebung des Guthabens vorausgegangenen Tage. Die den Sparern gutgeschriebenen Zinsen erreichten die Höhe von 75 789,49 M. Fast die Hälfte aller Sparer (3334) hatten nur ein Guthaben von 60 M. und weniger; dann fällt sehr schnell mit der zunehmenden Höhe des Sparguthabens die Zahl der Kontensparer. Von über 60—300 M. waren nur 1585, bis 600 M. 845, bis 1500 M. 747, bis 3000 M. 271, bis 10 000 M. 150, aber über 10 000 M. immer noch 80 Konteninhaber. Das durchschnittliche Guthaben eines Sparer beträgt 453,10 M., gegen 462,19 M. im Vorjahre.

Die Annahme und Auszahlung der Sparguthaben erfolgt außer bei der Hauptkasse, noch in der am 1. April 1911 in der Sparrnweberstr. 109 eröffneten Zweigstelle. In den bestehenden 11 Annahmestellen dagegen werden nur Einzahlungen entgegengenommen. Zur Förderung der Sporttätigkeit wurden „Heimspargbüchsen“ ausgegeben, von denen 1429 Stück in Umlauf sind. Diese brachten 74 523,42 M. an Spareinnahmen. Auch waren im neuen Geschäftsjahre in den fünf Gemeindevorstellungen Sparautomaten zur Aufstellung gelangt, die jedoch bei großer Arbeitslast ein nur mäßiges Ergebnis zeigten. Nur 7976,60 M. wurden vereinnahmt.

Wesentlich größere Umsätze werden erzielt durch die Ueberweisung der Gehälter und Uebernahme der Zahlung von Steuern durch die Sparkasse. Die erstere Einrichtung ergibt eine Einnahme von 219 098,26 M., während an Steuern usw. 52 939,14 M. gezahlt wurden. Der Gesamtumsatz betrug 5 192 031,50 M. (3 475 576,98 M. Einlagen und 1 716 454,52 M. Abhebungen). Dies Geld kommt leider der Arbeiterklasse nicht zugute. Die Gemeinde Reinickendorf besitzt verhältnismäßig umfangreichen Grundbesitz, den zu veräußern sie sich große Mühe gibt. Welchen Segen könnte die Gemeinde verbreiten, wenn sie diesen Gemeindegutbesitz und die erparten Millionen im Interesse einer gesunden Wohnungspolitik verwenden würde. Doch dazu ist die Sparkasse nicht errichtet worden; solche sozialpolitischen Erwägungen haben bei ihrer Gründung nicht Vate gestanden. Und so werden die Millionen nicht im Interesse des Volkswohls und der Allgemeinheit, sondern zur Förderung der in Groß-Berlin typischen aller Kultur und Hygiene höhnisprechenden Wohnungsalarmität benötigt. 2 580 400 M. sind auf diese Weise in Form von Hypothekendarlehen den Bodenbesitzulanten und den mit ihnen eng verbundenen Bauwägen zugeflossen. Der Rest des Vermögens (786 000 M.) ist dem Gelely entsprechend angelegt. Durch das Sinken des Kurswertes dieser Papiere erlitt die Kasse im verfloffenen Jahre einen beträchtlichen Verlust von 6519,50 M., dem Reservefonds wurden aus dem Reingewinn 21 487,23 M. zugeführt. Nach dem Umzuge in das neue Verwaltungsgebäude ist vom Sparkassenvorstande die Errichtung einer Stahlkammer mit verriegelbaren Tresoren (Cafes) beschlossen worden. Die Sparkassen kommen damit immer näher ihrem Ziele: einer von der Gemeinde verwalteten Bank für kleine und kleinste „Kapitalisten“.

### Oranienburg.

Die Gründung einer Rotstandkasse wurde in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Konsumvereins beschlossen. Jedem Mitglied soll bei Auszahlung der Rückvergütung eine Mark in Abzug gebracht werden. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden die Herren Junz und Pappe, als Kontrolloren Herr Körtitz gewählt. Die Beschlüsse der Statutenberatungskommission wurden nach kurzer Debatte genehmigt; die abgeänderten Paragraphen sollen als Anhang dem Statut beigelegt werden.

### Rotowels.

Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung des Kartells wurde beschlossen, zwei Anteilsscheine a 20 M. von der Glasbläsergenossenschaft des Reininger Oberlandes zu übernehmen. — Am 2. und 3. Juli wurde eine Bautenkontrolle, bei der 46 Arbeitsstellen kontrolliert wurden, unternommen. 16 Bauwägen und 18 Arbeiter wurden nicht den Vorschriften entsprechend angetroffen. Auf Vorstellung der Kontrolloren wurde von den Unternehmern resp. Polieren sofortige ordnungsmäßige Herstellung zugefugt. Auch wurden die Verbandsräster einer genauen Prüfung unterzogen. Es zeigte sich auch hier, daß auf 22 Arbeitsstellen diese nicht in Ordnung waren. Auf einem Neubau des Oberlin-Krankenhauses arbeiten die Dachbeder und Klempner ohne Schutzhelme. Da der Unternehmer Grell sich weigerte, dieselbe herstellen zu lassen, blieb nichts weiter übrig, als Anzeige zu erstatten. Der Mauerpolier auf dem Bau der Sternwarte verweigerte den Kontrolloren den Zutritt zum Bau. Vom Baumeister wurden die Kontrolloren schließlich vom Platz getrieben. Die Gewerkschaftsangehörigen werden umso mehr ermut, etwaige Mißstände auf der Arbeitsstelle sofort dem Gewerkschaftskartell zu melden. Von den 355 auf den Bauten beschäftigten Arbeitern waren 258 in den Zentralverbänden organisiert, 97 waren unorganisiert. Es ist demnach noch eine stattliche Zahl indifferenten Arbeiter aufzuklären und den Organisationen zuzuführen.

Erweiterung der Fortbildungsschulspflicht. Vom 1. April 1913 ab soll der Unterricht in der Fortbildungsschule auf alle jungen B.

lichen Arbeiter von 14—17 Jahren ausgedehnt werden. Leider reichen die vorhandenen, erst vor einiger Zeit durch Hinzunahme der ebemaligen Turnhalle erweiterten Schulräume nicht aus, um den Unterricht in den etwa fünf neu zu bildenden Klassen in die Tagesstunden zu legen; es wurde hierfür die Zeit von 6—8 Uhr abends in Aussicht genommen. Hoffentlich ist nun auch der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo der nicht minder notwendige Fortbildungs- resp. Hauswirtschaftsunterricht für die jugendlichen Arbeiterinnen und Dienstmädchen zur Einführung gelangt.

Der Arbeiter-Samaritanerkolonne, die vor einiger Zeit bei der Gemeinde die Gewährung einer Weichisse nachgesucht hatte, jedoch zunächst abschlägig beschieden wurde, bewilligte die Gemeindevorstellung auf ein neuerliches Gesuch hin eine Weichisse von 30 M. pro Jahr, rückwirkend bis zum 1. April d. J. Die Kolonne hat nach dem eingereichten Bericht in der Zeit vom Juli 1911 bis April 1912 in 39 Fällen Unfallhilfe geleistet.

### Spandau.

Ein netter Arbeitskollege ist der Schlosser P., der in der Gewerkschaft bei dem Meister Maltke beschäftigt war. Er quoll über vor Frömmigkeit und wollte bei jeder Gelegenheit seine Arbeitskollegen bei den Vorgesetzten denunzieren. In letzter Zeit fiel es auf, daß von den dort in Reparatur befindlichen Militärfahrern Teile verschwand. Der Verdacht fiel auf P. und bei einer Hausdurchsuchung stellte es sich heraus, daß er ein ganzes Fahrrad zusammengepflohen hatte.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein recht plumper Erpressungsversuch

an zwei Damen lag einer Anklagesache zugrunde, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Reichheim die 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt war der Friseurgehilfe Otto Geisler. — Mitte Juli d. J. erhielten die in Wilmerdorf wohnhaften Schwestern Alma und Clara Reichheim einen Brief, in dem sie aufgefordert wurden, umgehend 50 Mark unter einer bestimmten Chiffre an das dortige Postamt zu senden, andernfalls ihnen große Unannehmlichkeiten bevorstünden. Der anonyme Briefschreiber erging sich dann in allen möglichen geheimnisvollen Andeutungen, aus denen niemand klug wurde. Die beiden Damen übergaben den Brief sofort der Kriminalpolizei. Der Beamte, der das betreffende Postamt zu beobachten hatte, brauchte gar nicht lange zu warten, denn nach kurzer Zeit erschien ein Schuljunge und fragte, ob Briefe unter jener Chiffre eingegangen seien. Er erhielt auch den üblichen mit Papierschneideln gefüllten „Kangbrief“. Der Beamte folgte dem Jungen und nahm dann den jetzigen Angeklagten, als er den Brief in Empfang nahm, fest. — Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten nahm das Gericht noch einmal davon Abstand, die sonst bei dergleichen Erpressungen übliche hohe Strafe zu verhängen und erkannte nur auf 3 Monate Gefängnis.

### Der Schatz auf dem Friedhof.

Zwei junge, unbescholtene Mädchen begingen einen recht lödlichen Streich, den sie mit einer mehmonatigen Gefängnisstrafe zu büßen haben. Die Verkäuferinnen Olga Drabnitz und Frieda Bunne wurden gestern der Ferienstrafkammer des Landgerichts II aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Die beiden Angeklagten waren in einer der Filialen der Suttergeochhandlung Wilhelm Göbel in Baumhuldenweg mit noch zwei anderen jungen Mädchen als Verkäuferinnen tätig und wohnten mit diesen gemeinsam in einem Zimmer. In diesem befand sich ein Kasten, in dem am 20. Juni d. J. ein Geldsack mit 1300 M. Inhalt aufbewahrt wurde. Das Kalk wird abends von der ersten Verkäuferin verschlossen und war auch am 20. Juni verschlossen worden, als die erste Verkäuferin mit ihrer Kollegin ausging. Als die Drabnitz allein war, kam die Verlockung über sie, das Geld zu stehlen, sie teilte der B. ihren Plan mit und diese hatte keine Bedenken, mitzutun. Mittels Nachschlüssels wurde das Kalk geöffnet und der Schatz geborgen. Als am nächsten Morgen der Diebstahl entdeckt wurde, fiel sofort der Verdacht auf die Angeklagte Drabnitz, die denn auch bald nach anfänglichem Leugnen ihre Verfehlung eingestand. Ueber den Verbleib des Geldes gab sie an, daß die Mitangeklagte Bunne, die sich aus dem Staube gemacht hatte, es übernommen hätte, das Geld an dem Grabe ihrer Mutter auf dem Friedhofe zu vergraben zu lassen. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben dann auch die Richtigkeit dieser Angabe. Man fand auf dem Friedhof vergraben den Betrag von 1151 M. Nachträglich entdeckte man in einem Koffertraum verstreut den noch fehlenden Betrag bis auf 175 M., den die beiden Mädchen am Abend vorher verausgabt hatten. Herr Göbel ist somit wieder zu seinem Gelde gekommen. Der Gerichtshof verurteilte die leichsinnigen Mädchen zu je 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

## Verfammlungen.

Die Portefeuillebesitzer beschäftigten sich kürzlich in einer Versammlung mit dem neuen Heimarbeitergesetz. Der Referent Weinschild teilte unter anderem mit, daß die Unternehmer sich mit dem Gedanken trügen, beim Bundesrat zu beantragen, die Bestimmungen über die Arbeitsräume für die Portefeuillebranche aufzuheben, da hier Mißstände wie bei anderen Heimarbeitergewerben nicht zu finden seien. Dagegen will der Verbandsvorstand unter den Heimarbeitern Erhebungen veranstalten, und darauf gestützt beim Bundesrat beantragen, diesem Verlangen der Unternehmer nicht nachzugeben, da die Voraussetzungen dazu fehlen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, deren wesentlichste Punkte folgende sind:

„Da das Hausarbeitergesetz vom 20. Dezember 1911 ungeeignet ist, auch nur die größten Mißstände in der Heimarbeit der Lederwarenindustrie zu beseitigen, rüden die Portefeuille- und Lederwarenarbeiter Berlins das dringende Ersuchen an den Bundesrat, den § 6 des Hausarbeitergesetzes betreffs Beschaffenheit der Arbeitsräume auch auf das Lederwarengewerbe in Anwendung bringen zu lassen. Von den Lederwarenfabrikanten wird auf das Bestimmteste erwartet, daß sie die durch das Hausarbeitergesetz entstehende Belastung der Heimarbeiter auf Grund der Vereinfachung anlässlich der Tarifbewegung 1911 völlig übernehmen.“

Marktbericht von Berlin am 26. August 1912, nach Ermittlung des kaiserl. Viehgeschäftsamts. Marktschaffenspreise (Steinmaß) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Roden 30,00—30,00. Erbsenbohnen, weiße, 30,00—30,00. Erbsen 40,00—40,00. Kartoffeln (Steinmaß) 6,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,00. 1 Kilogramm Karpen 1,60—2,40. Kalle 1,00—3,00. Sander 1,40—3,00. Gschite 1,60—3,00. Darsche 1,00—2,40. Schlete 1,60—3,00. Fische 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—4,00.

### Witterungsübersicht vom 27. August 1912.

Stationen	Barometerstand am 0 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerstand am 0 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	744,0	W	4	wolfig	16	Saparanda	748,0	ND	4	bedeckt	8
Damberg	749,0	W	2	bedeckt	13	Petersburg	750,0	SW	3	bedeckt	11
Berlin	746,0	W	1	bedeckt	14	Scilly	733,0	SE	3	wolfig	10
Frankfurt	747,0	W	1	bedeckt	12	Aberdeen	732,0	SE	4	wolfig	11
Rostock	753,0	SE	0	bedeckt	12	Paris	738,0	W	3	bedeckt	13
Wien	752,0	SE	0	Regen	10						

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. August 1912. Etwas kühler, zeitweise anflarend, vielfach wolfig mit einzelnen Regenschauern und ziemlich frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.